



Der Oberösterreichische Landtag

"Das Schicksal des
Verfassungsvertrages und
die wirtschafts- und sozial-
politische Ausrichtung der EU"

am Montag, 26. September 2005,
von 9.00 bis 13.00 Uhr
in Linz, Landhaus, Steinerner Saal

DER OBERÖSTERREICHISCHE LANDTAG

Enquete:

**"Das Schicksal des
Verfassungsvertrages und
die wirtschafts- und sozial-
politische Ausrichtung der EU"**

Protokoll

**Montag, 26. September 2005
Linz, Landhaus, Steinerner Saal**

(Beginn der Enquete: 9.07 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen. Als Präsidentin des Landtags freue ich mich, Sie alle begrüßen zu dürfen bei unserer Enquete des Oberösterreichischen Landtags zu Fragen der Europäischen Union, die sich zum einen mit dem Verfassungsvertrag und zum anderen mit der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der Europäischen Union beschäftigen wird.

Wir bereiten uns als Republik Österreich ja für das nächste Jahr auf die kommende EU-Präsidentschaft vor und auch das verlangt einen intensiven Prozess der Bewusstseinsbildung, sowohl innerhalb politischer Gremien als auch in der Öffentlichkeit. Die Obmännerkonferenz des Oberösterreichischen Landtags hat beschlossen, eine öffentliche Enquete zu diesen von mir bereits besprochenen und angesprochenen Fragen abzuhalten. Wir verfolgen damit das Ziel, dass die Mitglieder des Landtags und auch die interessierte Öffentlichkeit über die tägliche Ausschussarbeit hinaus dieses relevante Thema diskutieren und auch darüber informiert werden.

Wenn man den Verfassungsvertrag anschaut, dann muss man ein wenig in die Geschichte zurück. Ausgangspunkt dieses Prozesses war ja die Erklärung von Nizza im Dezember 2000. Damals konnten sich die Staats- und Regierungschefs zwar auf diesen Vertrag von Nizza einigen, der ja eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Erweiterung war. Aber bei vielen Mitgliedern und Teilnehmern dieses Gipfels und auch bei den Beobachtern hat sich damals das Gefühl eingestellt, mit diesem Vertrag habe man quasi nur den kleinsten gemeinsamen Nenner erreicht und die ambitionierten Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Union im Wesentlichen noch nicht besprochen waren. Dieses Unbehagen fand auch seinen Ausdruck in der erwähnten Erklärung zur Zukunft der Union, in der, wenn auch nur in wenigen Themenbereichen zu einer strukturierten Diskussion im Laufe des Jahres 2001 aufgefordert wurde.

Diese Debatte mündete, wie Sie sich erinnern im Dezember 2000 in der Erklärung von Laaken, mit der ein Konvent zur Zukunft Europas einberufen und mit einer Aufgabenstellung in Form eines Kataloges von mehr als 60 konkreten Fragen versehen wurde. Vorbild für diesen Konvent war offensichtlich der zur Erweiterung der Grundrechtscharta geschaffene Konvent unter dem Vorsitz des damaligen Bundespräsidenten oder vormaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, dessen Arbeit man im Allgemeinen oder auch heute noch als sehr erfolgreich empfunden hat.

Die Bezeichnung dieses Gremiums als Konvent, sein Mandat und seine Zusammensetzung ließen schon erkennen, dass die Assoziation mit einer verfassungsgebenden Versammlung erwünscht war. Adressaten dieses Entwurfs waren Staats- und Regierungschefs, die ihre Beratungen darüber im Oktober 2003 aufnahmen und, nachdem der Text bei Beibehaltung der vom Konvent vorgegebenen Struktur und inhaltlichen Grundausrichtung in manchen Punkten noch abgeändert wurde, mit der feierlichen Unterzeichnung am 29. Oktober 2004 in Rom zum Abschluss gebracht werden konnte.

Der Verfassungsvertrag kann aber erst in Kraft treten, wenn er in allen Mitgliedsstaaten angenommen wird. Er ist sozusagen ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger Europas. Es ist formal ein völkerrechtlicher Vertrag. Nach den Vorschriften jedes einzelnen Mitgliedsstaates wird er ratifiziert. 13 Mitgliedsstaaten haben bereits ratifiziert bzw. ein Referendum mit einer zustimmenden Meinung abgehalten. Auch der Nationalrat in Österreich hat die Europäische Verfassung am 11. Mai 2005 mit nur einer Gegenstimme

beschlossen. Die Referenden in Frankreich und Holland, die negativ ausgegangen sind für den Vertrag, haben eine Diskussion in Gang gesetzt, die bis heute andauert. Dänemark und Großbritannien haben daraufhin ja auch ihre Referenden abgesetzt. Der Prozess stockt also.

Die Fragestellungen, und darum sind wir für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der heutigen EU-Enquete sehr dankbar, die Fragen sind rechtlicher und auch politischer Natur. Ist der vorliegende Text zu retten? Kann man ihn abändern? Muss man ihn abändern? In welchem Verfahren hat das zu erfolgen? Sind die Inhalte des Verfassungsvertrags teilbar in einen ratifikationspflichtigen Teil, in einen quasi sonstigen Teil, der auch ohne Referendum umgesetzt werden kann? Um diese und ähnliche Fragen kreist die Diskussion im Rat und in den Regierungen der Mitgliedsstaaten.

Ich freue mich sehr, dass wir Mitglieder des Europäischen Parlaments zu unserer Veranstaltung gewinnen konnten, Herrn Dr. Paul Rübiger, Frau Dr. Maria Berger und Herrn Johannes Voggenhuber. Herr Andreas Mölzer hat uns heute um 8.30 Uhr in der Früh davon informiert, dass er nicht kommen kann, weil er erkrankt ist. Ich bedanke mich bei Ihnen sehr herzlich für Ihr Kommen. Sie werden uns Informationen geben und in einer Diskussion uns auch Rede und Antwort stehen. Die Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Frau Dr. Benita Ferrero-Waldner wird sich im Laufe des Vormittags unserer Diskussion anschließen.

Ich möchte Ihnen die Damen und die Herren des Europäischen Parlaments in einigen wenigen Worten noch näher vorstellen und Sie damit auch herzlich begrüßen. Frau Dr. Maria Berger ist Delegationsleiterin der Sozialdemokratischen Partei der sozialdemokratischen Europaabgeordneten und SPE-Koordinatorin des Rechtsausschusses. Sie arbeitet im Ausschuss für konstitutionelle Fragen am Ratifizierungsprozess mit. Frau Dr. Berger ist Oberösterreicherin. Sie kommt aus Perg und ist seit 1996 Mitglied des Europäischen Parlaments, herzlich willkommen. (Beifall) Herr Dr. Paul Rübiger ist als Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und unter anderem in der Delegation zum gemischten parlamentarischen Ausschuss Europäischer Wirtschaftsraum. Auch Dr. Paul Rübiger ist ein Oberösterreicher, er stammt aus Wels und ist ebenfalls seit 1996 Mitglied des Europäischen Parlaments. Lieber Paul, herzlich willkommen. (Beifall) Ich begrüße sehr herzlich Herrn Johannes Voggenhuber. Johannes Voggenhuber ist Mitglied des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, dessen Vizepräsident er von 1999 bis 2002 war. Der Salzburger Johannes Voggenhuber ist seit 1991 Europaspcher der Grünen, seit 1995 Abgeordneter im EU-Parlament, herzlich willkommen. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer Plenumdiskussion wollen wir diese Fragen, die von mir schon angesprochen worden sind, heute beraten. Zum einen eben die Fragen der neuen Verfassung, quasi der Zukunft des Konvents und des Schicksals des Europäischen Konvents, zum anderen aber auch die wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele der Europäischen Gemeinschaft. Auch hier geht es um die wichtige Frage, wie Europa seine gewachsenen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen beibehalten kann ohne im weltweiten Wettkampf um die Wirtschaftsstandorte zu unterliegen. Ist ein großes, ja ein größeres Europa eine Chance für unsere Wirtschaft, eine Chance für die Menschen in Europa und auf der Welt?

In der heutigen Enquete wollen wir diesen und ähnlichen Fragen nachgehen, was sich die Menschen aus wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht erwarten und wie wir alle miteinander auch den Erwartungen der Bevölkerung gerecht werden können, indem wir doch

verstärkt auf Information und Diskussion gehen. Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich heute Zeit genommen haben, um diese gemeinsame Diskussion und Information durchzuführen. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich, die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, im Besonderen die Herren Klubobmännern, den Herrn Bundesrat Kneifel, die Mitglieder der Landesregierung werden im Laufe des Vormittags zu uns stoßen. Ich begrüße, aber ich habe ihn noch nicht gesehen, den Herrn Nationalratsabgeordneten Walch, der sich angemeldet hat, ja auch ein Oberöreicher. Sehr herzlich begrüße ich die Herren des konsularischen Korps, die Vertreter der Interessensgemeinschaften. Ich bedanke mich bei unserer EU-Informationsstelle und damit auch bei allen Damen und Herren des Hauses, dass sie an dieser Diskussion teilnehmen.

Ich eröffne sie somit und bitte darum in der Reihenfolge, wenn ich das vorschlagen darf, Herrn Dr. Paul Rübiger, Frau Dr. Maria Berger und Johannes Voggenhuber in einer ersten Runde ihre Standpunkte und Standorte mit uns zu besprechen. Im Anschluss bitte ich die Herren Klubobmänner um ihre Statements und dann gibt es eine allgemeine Diskussion. Nochmals danke, dass Sie da sind. Ich erwarte mir und bin froh, wenn wir eine angeregte Diskussion haben und wenn es interessante Aspekte für uns alle gibt. Danke vielmals. Herr Dr. Paul Rübiger, bitte.

Abg. zum Europäischen Parlament **Dr. Paul Rübiger**: Ja, zuerst möchte ich mich bei der Landtagspräsidentin Angela Orthner für die wirklich gelungene Einführung bedanken und auch für die Initiative, dass diese Veranstaltung im Oberösterreichischen Landhaus stattfinden kann. Zweitens freut es mich, dass die Vorsitzenden der EU-Ausschüsse aus dem Bundesrat und dem Oberösterreichischen Landtag Kneifel und Schürer hier sind. Ich glaube das ist für eine fachlich orientierte Diskussion ganz besonders wichtig. Und mich freut es, dass ich wieder in meinem Oberösterreichischen Landtag zurück sein darf. Ich war ja fünf Jahre hier Vorsitzender des EU-Integrationsausschusses und darum freut es mich, wenn die Kollegen hier dementsprechend engagiert weiter machen.

Sehr geehrte Klubobleute, meine sehr geehrten Abgeordneten und Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten uns immer wieder über die Geschichte Europas im Klaren werden. Und ich kann mich noch gut erinnern, wie ich in der HTL in Steyr war, habe ich einen Geschichtesprofessor gehabt, der immer gesagt hat, Österreich hat in der Geschichte Europas immer eine wichtige Rolle gespielt. Und das kann man de facto bestätigen, das ist bis heute der Fall. Ich möchte nicht auf das leidige Thema der Sanktionen zurückkommen, aber Bundeskanzler Schüssel hat es jetzt am Samstag bei einer Großveranstaltung im Kaufmännischen Vereinshaus gut auf den Punkt gebracht, in dem er gesagt hat, Österreich ist frei. Und ich glaube, das gilt für uns als Bewegung als wesentliche Grundlage in unseren Gedanken, wie wir uns in Zukunft politisch aufstellen, wie wir Gesellschaftspolitik betreiben. Und dieses Österreich ist frei, dieser klare Freiheitsbegriff der eigenen Entscheidung, der Selbstständigkeit, gilt natürlich auf allen politischen Ebenen.

Der Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Pühringer, hat etwas Zweites, Wesentliches gesagt, und zwar im Hinblick auf die Geschichte, glaubt an dieses Österreich! Und er hat es gesteigert in dem er gesagt hat, die neue Devise für die Zukunft ist auch, glaubt an dieses Europa! Und ich erwähne das deshalb, weil ich war am Donnerstag und Freitag in Lissabon bei einem Think Tank der christlich demokratischen Parteien und da hat der ehemalige Premierminister Asznar ein Referat gehalten und das hat mich sehr zum Nachdenken veranlasst, weil er in dieser Gruppe ganz einfach streng analytisch gesagt hat, dieser europäische Verfassungsvertrag ist tot und das Zweite, wir brauchen ihn auch nicht mehr. Konzentrieren wir uns rein auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten, schauen wir dass

Binnenmarkt, Währungsunion, Stabilitätspakt in Ordnung gehen, aber verabschieden wir uns vom Projekt des europäischen Verfassungsvertrages.

Für mich war das schon ein kleiner Schock und ich war auch eigentlich sehr überrascht, dass es nicht wirklich massive Gegenredner gegeben hat. Es hat sich keine wirkliche Diskussion zu diesem Thema entwickelt und auf der langen Reise nach Hause habe ich mir das lange durch den Kopf gehen lassen und ich bin eigentlich erst wieder seit Samstag Abend, wo Schüssel und Pühringer diese zwei wesentlichen Sätze gesagt haben, wieder ganz fest der Meinung, dass wir sehr wohl diesen Verfassungsvertrag brauchen. Und ich glaube es ist auch gut, dass man darüber nachdenkt, dass man beide Seiten hört, dass man die Vor- und Nachteile sieht. Und letztlich ist es ja darum gegangen, dass wir mit dem Verfassungsvertrag uns überlegen, machen wir weiter mit dem alten Konzept der Regierungskonferenz und da möchte ich jetzt Herrn Asznar ansiedeln, der natürlich das als Regierungsvertreter mit der alten Methode, des sich Zusammensetzens, nach Mitternacht, wenn dann alle müde waren hat man irgendeinen Text gefunden, den die Fachjuristen über viele Wochen dann präzisieren und verfeinern mussten oder gehen wir den neuen Weg, nämlich den Weg des Konvents. Und da möchte ich auch dem Abgeordneten Voggenhuber gratulieren, weil er hier sehr konsequent diesen Weg des Konvents beschritten hat und auch nicht nachlässt und jetzt auch vom Europäischen Parlament ernannt wurde in diesem Bereich Vorschläge zu erarbeiten als zuständiger Berichterstatter. Und ich glaube, jetzt ist unsere Kreativität gefragt, wie wir dieses Projekt de facto, und jede staatliche Gemeinschaft braucht dementsprechende rechtliche Grundlagen, wie wir dieses Projekt vorantreiben.

Eine Methode könnte natürlich auch sein, dass Ende 2006 die Staats- und Regierungschefs, das Europäische Parlament und die Kommission sagen, das ist eine interinstitutionelle Vereinbarung, also eine Vereinbarung die zwischen den drei Institutionen geschlossen wurde, die de facto mit den 25 Staats- und Regierungschefs besiegelt wurde, mit einer großen Mehrheit des Europäischen Parlaments und letztlich einstimmig von der Europäischen Kommission verabschiedet wurde. Und wir halten uns ab dem 1. 1. 2007 an diese festgelegten Bestimmungen interinstitutionell und das kann natürlich dann von jeder Institution nach gewissen Regeln dann auch wieder dementsprechend gekündigt werden.

Eine zweite Möglichkeit, aus meiner Sicht, ist natürlich die nächste Wahl zum Europäischen Parlament, die 2009 stattfindet. Die Frage ist, wie werden wir uns bei dieser Wahl aufstellen, nämlich auch der Bevölkerung einmal klar zu machen, dass die politische Reise, die parteipolitische Reise bei dieser Wahl bestimmt wird, wo dieses Europa de facto hinmarschiert.

Aber zweitens, völlig unabhängig und auch völlig unabhängig von der Parteipolitik, müssen wir die Spielregeln und letztlich auch den Gestaltungsrahmen dieser Europäischen Union auf ordentliche Grundlagen stellen, damit wir in diesem Europa der 25, und das kann man heute schon gar nicht mehr sagen, in diesem Europa der 27 de facto, Konflikte auch lösen können.

Die Präsidentin Orthner hat es schon richtig gesagt, 13 Mitgliedsstaaten haben schon ratifiziert, also wir haben de facto schon eine Mehrheit der Staaten, die sich für diese Verfassung entschieden haben, die nämlich ratifiziert haben. Wir haben das schon einstimmig von den 25 Ministerpräsidenten gehabt und ich glaube, dass eine Mehrheit der europäischen Bevölkerung ja diesen Verfassungsvertrag will und auch in Frankreich haben sich letztlich fast 50 Prozent zu diesem Verfassungsvertrag bekannt und ich glaube, dass die Diskussion über den Verfassungsvertrag uns noch ganz intensiv beschäftigen wird, weil zum Beispiel unsere britischen Freunde äußerst großen Wert darauf legen, auch endlich

einmal festzulegen, was Europa nicht zu regeln hat, also wo Europa keine Regelungsbefugnis hat. Und das gilt in Großbritannien als Hauptargument für den Verfassungsvertrag.

Ich möchte jetzt nicht im Detail auf den Verfassungsvertrag eingehen, weil mir eine zweite Frage zum sozialen Europa eigentlich sehr wichtig ist, das ist nämlich die finanzielle Vorausschau. Wir diskutieren derzeit ziemlich intensiv die finanzielle Vorausschau bis zum Jahr 2013. Das ist de facto der Rechtsrahmen in dem die Finanzen geregelt werden. Wir haben derzeit ein Jahresbudget, und ich bin Mitglied des Haushaltsausschusses, von ungefähr 106 Milliarden Euro. Wir reden de facto um eine Summe von 1.000 Milliarden Euro. Und ich glaube schon, dass es sehr entscheidend ist, was mit diesen 1.000 Milliarden Euro geschehen wird. Ein Großteil wird die Beschäftigung in unserer Landwirtschaft sichern. Dieser Teil ist ja schon fixiert worden von den Staats- und Regierungschefs. Ein weiterer Teil geht in die so genannte Außenpolitik. Für mich als Wirtschaftsvertreter ist der zentrale Teil die interne Politik, das sind ungefähr 10 Prozent des europäischen Haushaltes, und wenn wir an die Lissabonstrategie glauben, die ja zum Thema Nummer eins gesetzt wurde für diese Periode, und ich glaube sicherlich auch darüber hinaus, dann geht es um Wachstum und Beschäftigung. Und was heißt eigentlich Wachstum und Beschäftigung? Das sind zwei so neutrale Ausdrücke, mit denen man relativ wenig anfangen kann. Wachstum heißt, was zum Beispiel die Metaller jetzt am Wochenende abgeschlossen haben, 3,1 Prozent plus. Das findet man tatsächlich wieder in der Brieftasche. Dafür ist man auch bereit sich hart auseinanderzusetzen, zu streiken, um diese Forderungen nach Wachstum mit aller Härte durchzusetzen. Ich kann den Sozialpartnern nur gratulieren. Sie haben einen Abschluss auf den Tisch gelegt und es kann dementsprechend in Zukunft wieder weiter gearbeitet werden.

Was heißt Beschäftigung? Je mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit kommen, desto schwieriger wird es möglich sein, die Sozialbedingungen in Europa zu halten. Wir wissen, dass die Bevölkerung immer älter wird, dass der Aktivzeitraum des Lebens sich senkt. Deshalb muss es Nummer eins sein, das hat der Christoph Leitl einmal gut auf den Punkt gebracht, eigentlich müssten wir null Prozent Arbeitslosigkeit anstreben. Und erst mit null Prozent Arbeitslosigkeit, wo jeder in der Gesellschaft eine Chance bekommt Arbeit zu haben, glaube ich können wir auch dieses soziale Europa dementsprechend in Zukunft mitgestalten, und darauf sollten wir achten.

Das bedingt allerdings, dass wir auf den Weltmärkten dementsprechend präsent sind. Derzeit kommt ein Drittel unserer Beschäftigung von unseren Exporten, Dienstleistungen und Produkten in den Weltmärkten. Das heißt, wir müssen uns bemühen, Marktführerschaft in verschiedenen Bereichen zu bekommen, und auch in der Landwirtschaft ist das eine wesentliche Herausforderung. Ich war unlängst in Australien und da wurde uns gezeigt, dass da ein neuer Wald gepflanzt wurde mit 5 Kilometer mal 5 Kilometer, und ich habe da gefragt, ja was wird denn angebaut in Australien bitte? Und da hat uns der zuständige Führer erklärt, das ist ein Walnussbaumwald, der in Zukunft vollautomatisch geerntet und verpackt wird und die Walnüsse sind in 8 Jahren für den deutschen Markt bestimmt. Also die Australier haben sich jetzt überlegt, wie sie in 8 Jahren auf dem deutschen Markt Marktführer für Walnüsse werden.

Ich glaube, dieses Denken, dieses prinzipielle Denken, mit welchen Produkten, mit welchen Dienstleistungen wir uns im internationalen Wettbewerb behaupten können, das muss im Vordergrund stehen. Dazu dient natürlich auch das 7. Rahmen-Forschungsprogramm, das wir derzeit durchführen mit ungefähr 80 Milliarden Euro. Dass wir hier Schwerpunkte setzen,

wie zum Beispiel Gesundheit bis ins hohe Alter. Je länger wir die Menschen gesund erhalten, desto weniger Sozialkosten werden in diesem Bereich anfallen.

Also wir müssen uns bemühen, dieses Europa in eine Zukunft zu führen, die für uns alle die Grundlage ist, dass wir dieses Europa in der Welt verteidigen, dass wir es schützen können und dass wir gemeinsam stark auftreten können. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Bitte Frau Abg. Dr. Berger.

Abg. zum Europäischen Parlament **Dr. Maria Berger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich auch anschließen dem Lob an Sie Frau Präsidentin und an den Oberösterreichischen Landtag, dass diese Enquete stattfindet. Sie ist sozusagen ein Vorbild, möchte ich fast sagen, dafür in Österreich und damit unterscheidet sich der Oberösterreichische Landtag auch wohltuend vom österreichischen Nationalrat, der diese Woche am Donnerstag in vollem Wissen, dass wir Europaabgeordnete heute Nachmittag bis inklusive Donnerstag zur Plenartagung nach Straßburg müssen, trotzdem seinen Europatag so angesetzt hat, dass wir sicher nicht teilnehmen können, geschweige denn dort ein Rederecht hätten. Das heißt, um so dicker muss das Lob für den Oberösterreichischen Landtag hier ausfallen.

Ich halte auch die thematische Verknüpfung, die für diese Enquete gefunden wurde, für sehr richtig, den Verfassungsvertrag auch im Lichte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu sehen, denn ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und behaupten, dass die wirtschaftliche und soziale Situation Europas zur Bedrohung insgesamt für den europäischen Einigungsprozess werden kann. Es ist offensichtlich bisher nicht gelungen das volle Potenzial des europäischen Einigungsprozesses für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation zu nutzen und soweit es gelungen ist, das auch darzustellen.

Und wenn ich hier für eine Weiterführung dieses Einigungs- und Verfassungsprozesses plädiere, dann im Wesentlichen um eine zweite Chance zu bekommen, eine zweite Chance sowohl für die Europäische Verfassung als auch für einen Neustart in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Europas.

Ich möchte nur einige wenige Kennziffern zur aktuellen wirtschaftlichen Situation Europas hier bringen. Bei allen Unterschieden zwischen den Mitgliedsstaaten, und diese Unterschiede geben auch ein bisschen Mut für die Zukunft, aber insgesamt ist die durchschnittliche Entwicklung Europas nicht sehr erfreulich. Wir haben über die letzten Jahre Wachstumsraten, die weit niedriger sind als in den Jahren davor. Wir liegen beim Wachstum weit unter unseren Haupthandelspartnern. Trotz aller Bemühungen oder auch Nichtbemühungen auf nationaler, soweit zuständig, auf europäischer Ebene, ist es nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit tiefer als die jetzigen 9 Prozent zu drücken. Die Reallöhne sind in Europa in den Jahren 1995 bis 2005 mit durchschnittlich ein Prozent hinter der Reallohnentwicklung, zum Beispiel auch in den USA, zurückgeblieben. Die berühmten Mc Jobs oder die Working Poor, also die Leute die arm sind obwohl sie Arbeitseinkommen haben, sind auch in Europa keine Randerscheinung mehr, sondern in manchen Gesellschaften schon ein typisches Phänomen. Und insgesamt haben wir in Europa 15 Prozent der Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben.

Mitverantwortlich dafür ist zweifellos auch die ungleichgewichtige Wirtschaftspolitik der Europäischen Union, mit sehr strengen Verfahren und Kriterien. Vergemeinschaftet und

europäisiert ist ja tatsächlich nur die Geldpolitik, und diese ist vor allem für Zeiten längerer Rezessionen, so wie wir sie jetzt hatten und haben, zu einseitig stabilitätsorientiert und wachstums- und beschäftigungsfeindlich.

Ordnungspolitische Maßnahmen, von denen wir uns sehr viel versprochen haben, nämlich die schrittweise Verwirklichung des Binnenmarktes oder auch die Liberalisierung einzelner Sektoren, wie des Energiesektors, des Telekommunikationssektors, haben in dem gegebenen wirtschaftlichen Umfeld für sich allein auch nicht diese erhofften und belebenden Wirkungen gebracht.

Dr. Paul Rübiger hat schon über das EU-Budget gesprochen. Mit ein Prozent des Bruttoinlandproduktes der Europäischen Union ist das europäische Budget zum einen so klein und zum anderen falsch gewichtet, um hier sozusagen zu den strengen Vorgaben der Geldpolitik, die eher wachstumsbremsend sind, Wachstumsimpulse setzen zu können, tatsächlich auch gegensteuern zu können.

Mit diesem Instrumentarium ist das der Union zur Verfügung stehende verpflichtende Instrumentarium mehr oder minder schon beschrieben. Alles andere ist nach wie vor im Kern und dort wo es sozusagen um verbindliche Maßnahmen geht, Sache ausschließlich der Mitgliedsstaaten. Wir haben den Lissabonner Prozess, in den wir auch sehr große Hoffnungen gesetzt haben, dass seine Ziele, auch die Etappenziele, bisher nicht erreicht wurden, ist im Wesentlichen im Verantwortungsbereich der Mitgliedsstaaten, die von ihren Spielräumen, die auch unter den gegebenen, sehr strikten Vorgaben der Europäischen Union in der Geldpolitik durchaus gegeben sind, sehr unterschiedlich Gebrauch gemacht haben. Vorbild können uns hier die skandinavischen Staaten sein, die nicht nur bei der Erfüllung der einzelnen Lissabonziele die besten Werte haben, sondern uns insgesamt auch zeigen, dass das was wir wollen, nämlich eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit Europas, dass diese Wettbewerbsfähigkeitserhöhung nicht zu Lasten der sozialen Sicherheit gehen muss, so wie das in anderen Mitgliedsstaaten probiert wird.

Die ungleichgewichtigen und lückenhaften wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Union bzw. der sehr einseitige Grad der Vergemeinschaftung haben auch zu einem verstärkten Standortwettbewerb der Mitgliedsstaaten gegeneinander geführt. Zum Beispiel die fehlende Kompetenz zur Harmonisierung der Besteuerung von Unternehmen bzw. die Tatsache, dass hier eine gemeinsame Vorgangsweise nur einstimmig zwischen allen Mitgliedsstaaten gemacht werden kann, ist heute sicher mit Ursache dafür, dass wir einen sehr gefährlichen Wettlauf haben, wer bietet die niedrigsten Steuern, wer bietet die niedrigsten Löhne, um eben noch Unternehmensansiedelungen zu bekommen. Und in diesem Wettlauf ist sicher auch eine neue Gefährdung des europäischen Einigungsprozesses zu sehen. Wenn die Einigung in den Fünfzigerjahren begründet worden ist, um sozusagen dem Wettbewerb, der letztendlich in Kriege geführt hat, zwischen den Mitgliedsstaaten zu überwinden, dann haben wir heute wieder eine Situation, wo auf diesem Gebiet versucht wird, sich gegenseitig sozusagen die Unternehmen abspenstig zu machen und einen sehr starken Wettbewerb, der insgesamt dann auch natürlich zu einer Gefährdung des Sozialstaates führt, wenn die entsprechenden staatlichen Einnahmen nicht mehr gegeben sind.

Dieser Befund, dass nämlich die Europäische Union von den Mitgliedsstaaten nicht jene Kompetenzen bekommen hat, um zu einer gleichgewichtigeren wirtschaftlichen Entwicklung kommen zu können, dieser Befund gilt auch für andere Bereiche der Politik. Der gilt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik, er gilt insbesondere für Fragen der inneren Sicherheit, aktuelles Stichwort Terrorbekämpfung, er gilt zum Beispiel für die

Außenhandelspolitik, Stichwort WTO-Verhandlungen. Auf allen diesen Gebieten haben wir eine sehr große Kluft zwischen dem was die Europäische Union an Möglichkeiten hat und dem was die Erwartungen der Bürger sind.

Das sind genau diese Gebiete, wo die Bürgerinnen und Bürger den höchsten Sinn gemeinsamen europäischen Handelns sehen würden. In der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Wirtschaftspolitik, bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terror, bei den Welthandelsverhandlungen mit den USA, mit Japan. Und genau in diesen Gebieten sind aber die Kompetenzen sehr, sehr schwach ausgeprägt. Enttäuschungen auf diesem Gebiet werden natürlich der europäischen Politik zugerechnet und nicht der nationalen Politik. Mit dem Verfassungsvertrag haben wir uns erhofft, dass wir zum Teil diese Kluft überwinden können, nicht so sehr durch die Schaffung neuer Kompetenzen der Union, sondern indem bestehende Kompetenzen durch den Übergang vom Einstimmigkeits- zum Mehrstimmigkeitsprinzip auch handhabbar gemacht werden und ausübbar gemacht werden, dass wir diese Kluft überwinden und hier sozusagen eine höhere Übereinstimmung zwischen Erwartung und Möglichkeiten bekommen. Das ist teilweise gelungen. Wo es tatsächlich nicht gelungen ist, ist auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Hier ist es auch im Konvent und bei der Regierungskonferenz dann noch einmal ein kleines Stück den Mitgliedstaaten gelungen, alle jene, die sozusagen den Steuerwettbewerb nach unten selbst führen wollen, haben natürlich auch verhindert, dass es zu einer Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung kommen kann. Einer der Vorreiter hier war zum Beispiel Irland, das sich sehr vehement gegen einen Übergang zur Mehrstimmigkeit auf diesem Gebiet ausgesprochen hat.

Wenn wir in Europa weiterkommen wollen, vorwärts kommen wollen, dann glaube ich, ist es notwendig, beide Reformprozesse gleichzeitig in Gang zu bringen und auch gemeinsam zu betrachten, den Reformprozess der Verfassung, den wir auch aus anderen Gründen natürlich dringend brauchen. Es geht auch um Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union. Und auf der anderen Seite ist es aber sicher so, dass wir diese Verfassung irgendwie nur dann vom Eis bekommen werden, wenn wir sozusagen über die Politik, auch stark über die nationale Politik, stärker die Nachricht begreifen, die die Bürger nicht nur bei den Abstimmungen in Frankreich und in Holland gesendet haben. Und wir werden die Verfassung aber auch brauchen, damit wir diese Erwartungen insbesondere in die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit der Union auch einlösen können. Ohne diese Verfassung ist die Europäische Union einfach sozusagen von den Kompetenzen her dazu nicht in der Lage.

Das heißt, wenn wir diesen doppelten Prozess gehen müssen, wird er sicher länger und schwieriger sein, als wir uns das vielleicht noch vor einem halben Jahr vorgestellt haben. Ich denke, dass Politikerinnen und Politiker, egal auf welcher Verantwortungsebene, jetzt besonders gefordert sind, nicht einfach dumpfen, antieuropäischen Stimmungen nachzugehen, sondern berechnete Sorgen aufzugreifen und in einer erneuerten europäischen Politik zu beantworten. Was ist die Alternative? Ein Mehr an nationalem Gegeneinander, ein Mehr an regionalem Gegeneinander, ein Rückfall in Nationalismus und Kleinstaaterei. Ich glaube, gerade hier in einem oberösterreichischen Landtag für ein Bundesland wie Oberösterreich sind wir uns einig, dass das keine Perspektive sein kann. Auch wenn es manchmal unpopulär sein mag, glaube ich müssen wir diesen europäischen Weg weitergehen auf allen Ebenen, aber insbesondere auch im Wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich mit einem neuen Ansatz und Reformen. Dankeschön. (Beifall)

Abg. zum Europäischen Parlament **Johannes Voggenhuber**: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich vielmals auch als einziger Salzburger in dieser Oberösterreich-Runde, dass Sie mich eingeladen haben, dass Sie mir die Gelegenheit geben, Ihnen meine persönliche Sicht der Dinge zu sagen, dass Sie aber auch mit dieser Einladung und diesem Hearing einen Anspruch erheben, Anteil zu nehmen und sich einzumischen in den Fortgang der Dinge in Europa. Und dass Sie sehr deutlich auch den Menschen im eigenen Land zeigen, dass man eine Distanz, nämlich die viel beschworene Entfernung zwischen Europa und den Menschen, von beiden Seiten her verkürzen kann, nicht nur von der Seite Europas, sondern auch von Seiten vor allem der Kommunen und Regionen. Und lassen Sie mich sagen, ich als ganz persönliches Bekenntnis und ich sage das hier nicht zum ersten Mal, aber nicht so oft vor einem Parlament, dass ich die Lösung dieser umfassenden Krise Europas auch zu einem ganz wesentlichen Anteil von den Parlamenten erwarte. Wenn es nicht gelingt, das Schicksal Europas den Bürokratien und Staatskanzleien zu entwenden und dieses Europa zu einer Sache der Menschen zu machen, dann wird es scheitern. Und glaube Sie mir, in all meiner Erfahrung, es ist nicht die Vielfalt Europas, die in Gefahr ist, es ist die Einheit Europas, die bedroht ist. Und ich denke, es muss tatsächlich zu einem Erinnerungsprozess der Parlamente kommen in Europa, nämlich sich erinnern an die ureigensten Aufgaben.

Es ist schon richtig, dass in der friedlichen und prosperierenden Aufbauzeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Parlamente zu einer Art Wächterrolle geworden sind, die den Regierungen die Mehrheiten geben, die Opposition kontrolliert, aber im Wesentlichen ist es die Rolle eines Notars der Gesetzgebung, der überwacht, ob alles den rechten Weg geht, aber im Wesentlichen sind es die Regierungen, die den Lauf der Dinge bestimmen. In Europa sind wir in einer Aufgabe wie unmittelbar nach dem Krieg. Wir haben die Frage einer europäischen Verfassung zu entwickeln. Und das ist ihrer tiefsten Natur nach eine Aufgabe der Parlamente. Nur wenn die Parlamente sich in diese Verfassungsgebung Europas einmischen, nur dann wird es gelingen. Stellen Sie sich vor, die Regierungen hätten unsere Verfassungen gemacht. Bis heute wäre die Demokratie noch nicht erfunden, bis heute hätte man die Republik noch nicht verwirklicht. Sie wurde - wie hat es immer geheißen, die Fürsten müssen gezähmt werden. Wenn es eine europäische Kultur gibt, ist es die Zähmung der Macht und in dieser Zähmung der Macht, in der sich die Bürger die res publica, die Sache der Menschen, erobert haben und die Würde der Demokratie erobert haben, das war die Erfindung der Parlamente. Und ohne die Parlamente wird es uns nicht gelingen, aus dieser Krise einen Ausweg zu finden. Das ist meine tiefe Überzeugung.

Das Europa der Staatskanzleien, der Regierungen, die im eigenen Land Exekutive, in Brüssel Gesetzgebung hinter verschlossenen Türen sind, ohne Öffentlichkeit der Gesetzgebung, zum Teil ohne parlamentarische Kontrolle, zum Teil mit Kontrollrechten nur auf dem Papier. In Europol habe ich in zehn Jahren nicht eine einzige Anfrage eines nationalen Abgeordneten gefunden. Da sagt man aber, das unterliegt der Kontrolle der nationalen Parlamente, da kümmert euch mal nicht drum. Also ich glaube, dass dieses Europa der Staatskanzleien, und das ist die tragische Seite der augenblicklichen Krise, einerseits die Ursache der Krise ist und andererseits der Nutznießer. Denn mit dem Scheitern der Verfassung bleibt genau das aufrecht, gegen das die Menschen protestiert haben, das Europa der Eliten, der technokratischen, ökonomischen, politischen, bürokratischen, das intransparente Europa hinter den verschlossenen Türen, das Europa, das nicht handlungsfähig ist, das Europa, das sich mit 25 Mitgliedstaaten in Einstimmigkeit gegenseitig blockiert bis zur Bewegungsunfähigkeit und damit ja die Erwartungen der Menschen zwangsläufig enttäuscht.

Aber lassen Sie mich zu dieser Krise noch etwas sagen. Die Krise ist in aller Munde, aber sie auch einmal zu benennen und zu sehen, wie tief und wie ultimativ sie vielleicht ist. Man muss ja derzeit ein wirklicher eingefleischter Optimist sein, um an den Fortgang des europäischen Einigungswerkes zu glauben. Ich glaube ja, ich habe den Sisyphus zum Schutzpatron Europas erklärt, das war jener griechische Sagenheld, der immer zur Strafe den Stein auf den Berg rollen musste und wenn er oben angekommen ist, ist er wieder hinuntergerollt und er musste wieder von vorn anfangen. Also ein bisschen ist das unser Schutzpatron, mit dem wir uns darüber trösten. Vielleicht könnten wir uns ja auch trösten, dass Europa Kathedralen geschaffen hat über 20, 30 Generationen mitten in Kriegen, aufgebaut, zerstört und am Ende einfach daran festgehalten und irgendwie ist es geworden. Manchmal fehlt ein Turm bis heute, und dann kommen die Menschen und sagen, es ist eigentlich mit einem Turm schöner als mit zweien. Also vielleicht wird auch die eine oder andere Niederlage zur Schönheit dieser politischen Einheit Europas beitragen und es muss nicht alles gelingen.

Aber das, worin wir stecken, ist eine tiefe und umfassende Vertrauenskrise. Die Menschen sehen nicht mehr den Wert dieser Idee, ihre Notwendigkeit, ihren Anteil daran und den Gewinn. Es ist ja nicht nur die Verfassung gescheitert, und wir werden darauf zurückkommen, was das bedeutet. Sie erinnern sich an den Irak-Krieg. Allein eine Frage der eingeforderten Loyalität der USA hat Europa entzwei gerissen und es war auch der europäische Verteidigungsminister, der gesagt hat, wenn Europa nicht in dieser gemeinsamen Politik bleibt, werden wir es spalten. Die mehrjährige Finanzplanung von 2007 bis 2013 ist vollständig blockiert. Über die Einnahmen der Union gibt es keinerlei Einigung. Da wäre vielleicht auch einmal ein interessantes Wort, da wird gestritten, im Vertrag steht 1,27 Prozent Einnahmen der Union, ausgeben tun wir weniger. Nun soll es auf ein Prozent blockiert werden, wir haben uns an den Nettozahler-Briefen sehr populistisch beteiligt, aber niemand fragt sich eigentlich, wie das gehen soll. Da streiten sich Staaten, die zwischen 42 und 48 Prozent Staatsquote haben, ob sie dem gemeinsamen Europa ein Prozent geben zur Erfüllung seiner Aufgaben, ein Prozent. In derselben Zeit dieses Streites wurden die Aufgaben der Europäischen Union ins Unermessliche gesteigert.

Der Lissabon-Prozess ist schon erwähnt worden, wirtschaftliche Entwicklung Europas, Forschung, Wissenschaft, Arbeitspolitik, der Versuch eines Wachstumsmodells Europa, die Erweiterung um zehn Staaten, weitere Staaten stehen vor der Tür, die europäischen Verkehrsnetze, Investitionen in allen Gebieten, Bildungspolitik, Gesundheit, - von Außen- und Sicherheitspolitik ganz zu schweigen - alles unerhörte neue Aufgaben, und die Mitgliedstaaten, die Reichsfürsten, wie ich immer sage, setzen sich hin und streiten tatsächlich um 0,6 Prozent des Bruttonationalprodukts. Staaten, die trotz dramatisch reduzierten Aufgaben und Verantwortungen noch immer 40, 45, 47 Prozent des gesamten Bruttosozialproduktes verbrauchen. Ist das wirklich angemessen? Ist das wirklich angemessen und kann Europa damit die Erwartungen, die man unentwegt schürt, mit Recht, erfüllen? Soll Europa damit wirklich den Gefahren der Globalisierung entgegentreten? Wo das Jahresbudget der Republik Österreich die Portokasse von General Electric ausmacht? Mit einer unerhörten globalen Macht soll ein einzelner Nationalstaat wirklich noch das europäische Sozialmodell verteidigen? Glaubt das jemand? Glaubt jemand, dass ein loser Staatenbund, in denen die Regierungen Europa nebenberuflich regieren, weil der Finanzminister ist zuerst einmal Finanzminister und dann irgendwo auch Gesetzgeber und Ratsmitglied in Europa, dass ein loser Staatenbund die Probleme, die jetzt auf dem Tisch liegen, lösen kann? Das kann niemand glauben und wer das den Menschen weismacht, der betrügt sie um dieses Europa, ein Europa, das ein Versprechen ist, ein uneingelöstes Versprechen, und das wir gegeben haben am Ende von zwei Weltkriegen und am Ende des

Nationalsozialismus, weil wir begriffen haben, dass der Nationalstaat nicht im Stande ist, die Zukunft friedlich und prosperierend in innerem und äußerem Frieden zu bewältigen.

Also jemand hat immer von der Büchse der Pandora gesprochen, das ist auch so eine mythologische Geschichte, diese antike Büchse einer Göttin, in der alle Krankheiten enthalten waren. Und das kommt mir immer wieder vor, dass sie irgendjemand geöffnet hat. Und nichts Neues, dieses Krisen verraten nichts Neues, es sind die uralten Krankheiten Europas, der Feudalismus, die Macht der Exekutive, die Parlamente, die schwächer und schwächer werden, die Öffentlichkeit, die mehr und mehr unter dem Aspekt, das ist alles sehr kompliziert und alles sehr weit weg, hinausgedrängt wird aus den Entscheidungsprozessen, die Exekutive, die sich das Recht anmaßt, Gesetzgeber zu sein zum Beispiel in Europa. Glaubt jemand wirklich, dass das die Menschen überzeugt? Die Menschen lernen in der Volksschule, dass es eine Öffentlichkeit der Gesetzgebung geben muss, dass die Grundrechte gesichert sein müssen, dass alles rechtsstaatlich abgewogen sein muss, dass die Gerichte und Parlamente alles kontrollieren können.

Vieles davon ist in Europa nicht verwirklicht und es ist deshalb nicht verwirklicht, weil die Regierungen es nicht wollen. Nicht Europa, sondern dieser Bereich der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Was haben wir in der Verfassung getan? Deshalb bin ich so betroffen und berührt davon, dass die Menschen sich gegen diese Verfassung gewandt haben, weil es mir ein bisschen so vorkommt, als hätte der Patient aus Ärger über die Krankheit den Arzt erschossen. Und weil wir ja diese Verfassung den Regierungen abgetrotzt haben über Jahre, Stück für Stück, Buchstabe für Buchstabe, und weil diejenigen, man müsste nur einmal einen Blick werfen, das sage ich den Leuten in Frankreich und von Attack und von vielen, die sich da auch mit Stolz, dass sie endlich diese Verfassung da erstochen haben oder abgemurkst haben, sie sollen einmal schauen, wer sich in Europa die Serviette umbindet, wer übers ganze Gesicht grinst. Das sind doch nicht die, die ein soziales Europa wollen, das sind doch nicht die, die nach der europäischen Demokratie schreien. Das sind die EU-Gegner, das sind die Nationalisten, das sind die Le Pen's, das sind die Briten, die sagen, na endlich, danke liebe Franzosen, die sind ja von einer Dankbarkeit, das waren sie seit vielen Jahrhunderten nicht mehr gegenüber Frankreich, danke liebe Franzosen, dass ihr uns diese Arbeit abgenommen habt.

Und ich kann Ihnen nur sagen, weil der Herr Rübig das ja auch zitiert hat, ist nicht die einzige Stimme, wir haben es ja auch mit einem Kommissionspräsidenten zu tun, der dieser Meinung ist und einem Ratspräsidenten im Augenblick, der der Meinung ist, wir brauchen keine Verfassung. Wer auf die europäische Verfassung verzichtet, der verzichtet auf das Europa der Bürger. Der behält den Staatenbund von Regierungen und Staatskanzleien, von Provinzfürsten hinter verschlossenen Türen, und das wird nicht, wie der Herr Blair glaubt oder Herr Barroso, das wird nicht das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Es ist schon wahr, dass so eine Verfassung ein unglaublich kompliziertes Ding ist. Wer will das den Menschen in jedem Detail erklären? Aber die Menschen haben ein sehr gutes Gefühl, ob sie dem vertrauen können oder nicht. Wissen Sie, wenn jemand Flugangst hat, ist es nicht sehr klug, ihm die Gebrauchsanweisung einer Turbine mitzugeben. Da wird er wahrscheinlich am Ende ängstlicher einsteigen als vorher. Aber das Vertrauen in einen Piloten, in eine Fluglinie und das alles, das erwirbt man nur über viele, viele Jahre und das ist entscheidend. Und dieses Vertrauen haben wir nicht. Nicht dass wir über jede Zeile einer Ding, und warum die Institutionen und die Gewaltenteilung so und die Kontrolle hier und die Gesetzgebungsverfahren sowieso sind, nicht das. Aber wir haben dieses Vertrauen verloren und die Menschen haben ein Urvertrauen in Europa, in die Demokratie. Sie trauen uns Politikern so ziemlich alles zu. Aber letztlich, letztlich, und das ist ein kostbares Gut, glauben

sie daran, dass es rechtsstaatlich und demokratisch und unter Achtung ihrer Grundrechte geschieht die Entscheidung, die Machtausübung. Und wenn sie dieses Vertrauen verlieren, dann ist es wirklich außerordentlich gefährlich. Umso mehr, als die sozialen Spannungen hinzukommen. Wer soll auf die Gefahren der Globalisierung antworten? Ja, es ist richtig, wir haben in der Verfassung nicht das von mir umstrittene, umkämpfte, ich bin auf allen Barrikaden des Konvents gestanden, es ist mir auch viel gelungen, damals diesen Arbeitskreis auch zu erzwingen und die soziale Frage auf den Konvent zu setzen und auch dann letztlich als Folge davon mit Unterstützung der großen Mehrheit des Konvents gegen das Präsidium die Verankerung der sozialen Werte in der Verfassung zu erreichen. Das alles würden wir nun in Frage stellen, wenn wir diese Verfassung ablehnen.

So, jetzt die Bürgerinnen und Bürger, das ist auch so ein dramatischer Aspekt so eines Referendums, können ja nur Ja oder Nein sagen. Die Mehrheit der bisher Befragten haben Ja gesagt, die Mehrheit der Bevölkerungen, die Mehrheit der Parlamente, und in Niederlande und in Frankreich haben die Menschen Nein gesagt, aber was es bedeutet, warum sie Nein gesagt haben, darum wird jetzt gefochten. Jetzt geht es also wieder um die Deutungshoheit, was haben die Bürger gemeint und jetzt stellen die Gegner Europas ihren Fuß in die Tür und sagen, die Bürger haben Nein gesagt, die Bürger haben Nein zu Europa gesagt. Wenn Sie, ich habe mir über den Sommer die Mühe gemacht, als Berichterstatter diese ganzen riesigen Eurobarometer-Umfragen zu lesen, was haben die Franzosen, die Französinen unmittelbar nach der Abstimmung gesagt. Da gibt es umfassende Untersuchungen. Und das ist schon erschreckend, was uns die Regierungen sagen und was diese riesigen Umfragen ergeben. In beiden Ländern, so verschieden die Motive waren, in beiden Ländern, sowohl in Niederlande wie in Frankreich, haben die Menschen mit zwischen 62 und 65 Prozent gesagt, dass ihr Nein nur diesem Entwurf, nicht aber dem europäischen Verfassungsprozess gegolten hat, dass sie mit derselben Mehrheit in beiden Ländern eine Überarbeitung der Verfassung wollen und in beiden Ländern steht als oberstes Ziel, nein, nicht die Renationalisierung, nein, nicht die Durchsetzung der nationalen Interessen, das soziale Europa. Das soziale Europa, weil niemand glauben kann, dass die politische Einheit Europas gelingen kann ohne einen sozialen Zusammenhalt. Das ist unser europäisches Erbe.

Ich sagte, dass die Gegner den Fuß in die Türe stellen. Die britische Ratspräsidentschaft erklärt uns, wir sollen die institutionelle Nabelschau beenden. Europa soll die institutionelle Nabelschau beenden, wir sollen ordentlich Politik machen. Da kommen sie ins Parlament und erklären uns, was ordentliche Politik heißt. Das heißt, wir reduzieren uns auf Wachstum, Wachstum, Wachstum, das neoliberale Glaubensprogramm, internationale Kriminalität, Terrorismusbekämpfung. Gewinnen wir die Menschen, und wer fragt dann noch nach Transparenz, nach Demokratie, nach dem Recht der Parlamente, nach gerichtlicher Kontrolle. Wir machen Power und wir machen interkontinentale Politik und damit werden wir das Vertrauen gewinnen. Ich kann nur warnen, ich kann nur warnen, wer das glaubt, wer die Bürger für so dumm hält, wer die Erbsünde der Politik, die Bürger für dumm zu halten, noch einmal begeht, und immer wieder begeht, der wird ein Europa der sozialen Spannungen und ein Europa ernten, das auseinander fällt. Ich sage es immer und immer wieder, weil es meine Erfahrung ist. Es ist erschreckend an der Schwelle des 21. Jahrhunderts den Gespenstern des 19. Jahrhunderts zu begegnen. Der Entdemokratisierung, der Willkür der Exekutiven, der Balancepolitiken des Kampfs um die Vorherrschaft und Hegemonie, der Achsenbildungen in Europa, der Zusammenrottungen von Staaten, um sich gegenseitig in ihren Interessen zu schädigen oder die Vormacht darüber zu entwickeln. Also, ich glaube, dass dieser Verfassungsprozess notwendig ist, um aus einem Europa der Eliten, aus einem Europa der Technokratien und Staatskanzleien eine europäische Demokratie zu formen. Eine res publica, eine Sache der Menschen. Und die Vielfalt wird nicht in Gefahr kommen,

ganz im Gegenteil, sie wird von der einebnenden, brachialen Gewalt der Globalisierung vielleicht mehr geschützt werden können. Denn wir brauchen nicht glauben, dass wir nicht harmonisiert werden. Wir brauchen nicht glauben, dass wir nicht immer gemeinsamer werden in vielen Bereichen. Dass wir eingeebnet werden in unserer Vielfalt, in vielem, aber nicht von unserem Willen zusammen zu leben, von der ökonomischen Macht der Globalisierung werden wir einfach eingeebnet, vielleicht auch amerikanisiert. Vielleicht wird es dann gar nicht mehr eine europäische Einebnung sein.

Nun bin ich beauftragt worden, diesen Bericht zu erstellen, wie der Ausweg aus der Krise ist. Manche Ehre kann auch eine ziemliche Last sein, aber das, glaube ich, es heißt ja so, wen Gott strafen will, dem erfüllt er seine Wünsche, und dieser Bericht, werden wir ja sehen, er wird das Europäische Parlament herausfordern. Die ersten Skizzen jedenfalls haben für heftigste Bewegungen gesorgt. Ich weiß nicht, ob das Parlament als Anwalt der Bürger die Kraft haben wird, das zu tun, was es jetzt tun muss, das Heft in die Hand nehmen und die Initiative dazu zu ergreifen. Deshalb ist mein Vorschlag, dass in einer ersten Phase des europäischen Dialogs an die Bürgerinnen und Bürger aller 25 Staaten eine Frage gestellt wird, mitten in dieser Krise, mitten in diesem Streit, den viele für aussichtslos halten, eine Frage gestellt wird. Was haben wir gemeinsam? Was ist unser Konsens? Können wir in der Verfassung die Grundrechte außer Streit stellen? Sie wurden nirgendwo kritisiert. Grundrechtecharta, wir brauchen sie für die innere Sicherheit. Es gibt jeden Tag die Begehrlichkeiten von Polizei und Geheimdiensten, wir brauchen die Grundrechte. Die Menschen, auch die, die Nein gesagt haben, wollen diese Grundrechtecharta. Die Demokratie, haben wir wirklich etwas gegen mehr Parlamentsrechte, die Öffentlichkeit der Gesetzgebung, die Bürgerinitiative? Haben wir etwas gegen die Verankerung der sozialen Werte, ist der Wertekodex in dieser Verfassung im ersten und zweiten Teil etwas, worauf wir uns verständigen können? Dann sollten wir es in einem ersten Verfassungsvertrag verankern, diesen Konsens, um ein bisschen mehr Demokratie und Öffnung und Öffentlichkeit und Bürgernähe auch unter die Füße zu kriegen für den Streit um die großen Zukunftsfragen, die wir dann in einer zweiten Phase dann ohnehin behandeln müssen.

Die großen Zukunftsfragen, die man tabuisiert hat. Was soll am Ende dieses Integrationsprozesses genau rauskommen? Was sind die Grenzen Europas? Es nutzt nichts zu sagen, ihr versteht nichts von der Türkei, ihr habt keine Ahnung von unseren geostrategische Überlegungen, die Menschen bestehen auf ihrem Recht, selber zu bestimmen, was Europa ist. Die Parlamente haben darüber zu entscheiden, nicht die Regierungschefs hinter verschlossenen Türen. Was sind sie, die Grenzen Europas? Wie definieren wir die? Was ist dieses berühmte Sozialmodell, das ja von allen verlangt wird, aber keiner sagt, was ist es denn? Welche Kompetenzen für Europa, für die Staaten, wie viel Geld, welche Gesetze bedeutet das denn? Wie gehen wir denn mit der Bolkestein-Richtlinie weiter um? Die ist ja nicht durch die Verfassung entstanden, die ist ja durch die jetzige EU entstanden. Die Frage der außenpolitischen Rolle. Ist die NATO das Sicherheitssystem Europas, ja oder nein? Also, ich denke, in einer zweiten Phase könnten wir diesen Streit um die Zukunftsfragen lösen, und dann am Ende vielleicht kommt eine Verfassung, die über das hinausgeht, über das, was die Frau Präsidentin gesagt hat, es war ein Kompromiss, ja, es war ein Kompromiss. Und dieser Kompromiss hat die Menschen nicht gewonnen. Er hat interessanterweise die Regierungen nicht wirklich überzeugt. Wir hatten sie nicht als unsere Anwälte an unserer Seite, und die Menschen hat es nicht gewonnen. Und ich glaube, dass das die Aufgabe ist. Die Menschen zu gewinnen für diese politische Einheit Europas, ohne die vieles, auch an unserer Vielfalt, auch an unserer Demokratie, auch an dem europäischen Sozialmodell, wirklich in eine außergewöhnliche Gefahr kommt, wenn uns das nicht gelingt.

Gelingen wird es uns nur mit dem Wollen und der Zustimmung der Menschen, und derer, die sie vertreten, dem Europäischen Parlament. (Beifall)

Erste Präsidentin: Vielen herzlichen Dank für diese erste Runde und für die Standpunkterklärung, und auch für das Aufwerfen vieler offener Fragen. Es wird uns die Diskussion heute nicht ausgehen. Danke Frau Dr. Berger, Herr Dr. Rübiger und Herr Voggenhuber. Ich bitte jetzt die Klubobmänner des Oö. Landtags um ihre Statements und darf Herrn Mag. Michael Strugl, Klubobmann der ÖVP, um die erste Wortmeldung bitten.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Voggenhuber lädt geradezu ein, und ich finde das auch gut an dieser Stelle der Diskussion, hier darauf einzugehen oder zu erwidern. Sie haben den Sisyphus als Figur aus der Mythologie erwähnt, und ich kann mir schon vorstellen, dass Sie sich manchmal so fühlen oder dass man sich in der Europäischen Union auch so fühlt. Was ich einfach feststelle, als jemand, der vielleicht einen stärkeren Fokus auf der nationalen Politik hat, wenn man nicht in diesen europäischen Institutionen auch gesetzgebend tätig ist, und was mir dazu einfällt, ist ein anderes Bild, auch aus der Mythologie. Die Griechen haben gesagt, wenn etwas nicht so läuft, wie man sich das vorstellt, der Wagen zieht den Ochsen, und wenn man sich die Diskussion über Europa, den Verfassungsvertrag oder auch die konkrete europäische Politik anschaut, dann hat man manchmal schon den Eindruck, es ist eine verkehrte Welt. Und ich sage das jetzt ganz bewusst, auch provokant, ein bisschen auch als Antwort auf das, was Sie auch zugespitzt hier gesagt haben. Natürlich kann man hergehen und kann man sagen, ja, wir überwinden die Krise nur, wenn es gelingt, die nationalen Egoismen zu überwinden. Und ich würde sagen, da haben Sie sicherlich auch ein Stück weit Recht. Aber es ist umgekehrt auch nicht so, dass es mit dem europäischen, und jetzt sage ich es auch zugespitzt, Zentralismus funktioniert, dass dann auch das Vertrauen der Bürger damit gewonnen wird, denn das ist doch in Wirklichkeit zumindest das psychologische Problem, in dem sich diese EU befindet. Wenn beispielsweise in zwei nationalen Staaten dann bei einem Referendum ein Nein herauskommt. Wir müssen uns doch fragen, was steht denn hinter dieser Entscheidung, welche Befindlichkeit ist es denn, die dazu geführt hat, dass dieser Prozess jetzt einmal ins Stottern gekommen ist? Und ich sage auch gleich dazu, damit hier kein Missverständnis entsteht, ich glaube auch, wir brauchen diese europäische Verfassung, ich glaube halt nur, es wird nicht so einfach zu sagen, entweder die Fürstentümer sind es, die schuld sind, oder die Zentralisten sind es. Ich glaube, man muss differenziert und auch ein bisschen tiefer an das herangehen. Denn um auch Ihr Wort zu verwenden, die res publica, das, was unsere gemeinsame Sache ist, egal jetzt, auf welcher Ebene eines Parlaments man sich befindet, ist doch letztlich immer, wie Sie richtig gesagt haben, der Bürger. Das heißt also, von dort aus ist meiner Meinung nach die Analyse auch zu erstellen.

Nun, es ist ja ein weiter Weg gewesen bis zu diesem Verfassungsentwurf. Beginnend von den Römischen Verträgen, über Maastricht, über Amsterdam, über Nizza, bis zu dem Punkt, an dem wir jetzt stehen. Und dazu kommt, dass wir gerade einen großen Schritt der Erweiterung vollzogen haben. 25 Staaten, 450 Millionen Menschen, das heißt, ein gewaltiges Projekt, das hier organisiert wird, und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es eine Politik geben soll in diesem gemeinsamen Europa ohne eine Grundlage, die eine Art Verfassung ist. Natürlich, wir haben Verträge, wir haben beispielsweise in Nizza eine Menge Fragen dort auch diskutiert, und es gibt natürlich entsprechende Grundlagen. Aber was liegt denn näher, und auch deswegen plädiere ich für diese Verfassung, als alle diese Grundlagen zusammen zu fassen, in einer gemeinsamen Verfassung. Und darüber hinaus klar zu machen, nach welchen Regeln funktioniert diese EU, wer entscheidet, wer ist zuständig. In einem zweiten

Teil zu sagen, was sind denn die Grundrechte der Bürger dieser Europäischen Union. Sie haben es erwähnt, ein ganz wichtiges Stück dieser Verfassung, dass es bisher in dieser Form ja eigentlich, zumindest auf dieser Ebene, nicht gegeben hat. Und schließlich, was macht denn die Politik dieser EU aus, welche Politiken gibt es denn letztlich? Es ist ein Zufall, dass gerade auch wir Österreicher ganz genau in dieser Phase zehn Jahre dieser Europäischen Union angehören. Und wenn man sich auch kritisch fragt, was hat es uns gebracht, diese Mitgliedschaft in dieser Europäischen Union, dann muss man sagen, eine ganze Menge eigentlich. Natürlich ganz besonders im Bereich der Wirtschaft, der Beschäftigung, des Wachstums. Für mich ist es auch ein wichtiger Teil der europäischen Politik, das zu gewährleisten. Warum? Weil das eine wichtige Basis dafür ist, wie es den Menschen in dieser EU auch geht. Das wirtschaftliche Fundament, die wirtschaftliche Grundlage ist ja letztlich der Nährboden dafür, und auch die Voraussetzung dafür, dass wir auch soziale Politiken machen können. In den Nationalstaaten genau so, wie letztlich auch auf europäischer Ebene.

Es ist das Beispiel Irland erwähnt worden von der Frau Abgeordneten Berger. Ich war letzte Woche dort, und natürlich kann man feststellen, Irland hat sich sehr stark entwickelt wirtschaftlich, mit einer Politik, natürlich kann man das kritisieren, dass beispielsweise mit einer Art flat-tax hier, wenn man den Vorwurf hier so formuliert, Steuerdumping gemacht wird. Man kann auch die andere Seite anschauen, nämlich durch diese Art von Steuerpolitik unglaublich viele Investitionen auszulösen in einem Land durch ausländische Unternehmen. Ich glaube, kaum ein Land hat das in diesem Umfang geschafft, foreign direct investments in diesem Ausmaß anzuziehen, und hat es damit geschafft, die Arbeitslosigkeit von rund 13 Prozent auf 4 Prozent zu senken. Das ist natürlich auch eine Voraussetzung, wenn Menschen in Beschäftigung stehen, wenn das Einkommen der Menschen dadurch steigt, dass es auch den Menschen dort besser geht. Aber natürlich hat man sehr wenig getan um entsprechende soziale Netze dort zu knüpfen, und das kann man mit Recht kritisieren. Was ich damit sagen will, ist, so einfach ist es nicht, schwarz und weiß zu sagen, entweder nur dieser Weg ist der Richtige, wenn Sie so wollen, der neoliberale Weg, aber man kann auch nicht sagen, das funktioniert jetzt alles, ohne dass wir uns kümmern um Wachstum, um Beschäftigung, um wirtschaftliche Prosperität. Es wird wohl Hand in Hand gehen müssen.

Wenn wir eine Bilanz ziehen wollen heute, zehn Jahre Österreich und auch wir in Oberösterreich in dieser Europäischen Union, und wir schauen uns auch die Zahlen an, dann muss man zunächst einmal sagen, es hat uns einiges gebracht. Wir haben, wenn ich bei Oberösterreich beginne, einen deutlichen Zuwachs an Arbeitsplätzen in dieser Zeit bekommen. Das ist positiv zu vermerken. Wir haben eine deutliche Steigerung bei der Zahl der Unternehmen um rund 40 Prozent. Wir haben ein Wirtschaftswachstum in dieser Zeit, in diesen zehn Jahren, im Durchschnitt von 2,6 Prozent gehabt, das ist in Zeiten wie diesen so schlecht nicht. Natürlich wünschen wir uns mindestens 3 Prozent Wachstum, um auch weiter Arbeitslosigkeit senken zu können, auch wenn sie bei uns niedriger ist als in anderen Ländern. Wir sind, und das ist bekannt, ein Exportland. Wir haben in dieser Zeit die Exporte um 92 Prozent steigern können. Das ist für uns eine bedeutende wirtschaftliche Grundlage für letztlich auch die gute Position dieses Landes. Wenn man bedenkt, dass rund 200.000 Arbeitsplätze an diesen Exporten unmittelbar hängen. Und wir haben, und das sollte man auch nicht vergessen, mit EU-Geldern wesentliche Investitionen tätigen können in diesem Land. Ich denke an das flächendeckende Netzwerk von Technologiezentren, auch eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung dieser Region.

Wenn ich weggehe von Oberösterreich und Österreich insgesamt anschau, dann muss man generell sagen, wir sind durch diese Entwicklung, insbesondere EU-Erweiterung, in eine

ganz andere Position gerückt. Wir waren hier an einer Grenze, die, wenn Sie so wollen, tot gewesen ist, durch die Teilung Europas, und sind jetzt insgesamt in die Mitte gerückt und haben auch wesentlich profitiert von dieser Entwicklung. Wir haben ein deutlich gestiegenes Bruttoinlandsprodukt. Wir haben allein durch die Auswirkungen des Binnenmarktes in Österreich 70.000 Arbeitsplätze mehr bekommen. Wir haben auch österreichweit hohe Investitionen von internationalen Unternehmen im Land. Die haben sich vervielfacht. Wir haben jetzt eine positive Handelsbilanz durch das starke Steigen der Exporte, und so weiter. Das heißt, wirtschaftlich hat uns diese EU einiges gebracht.

Und ich verstehe natürlich auch, wenn man sagt, und wo ist jetzt letztlich das soziale Europa und was bedeutet das am Ende des Tages auch für uns? Und ich denke mir ganz einfach, hier wird die Aufgabe liegen, die vor uns liegt. Wir haben als Land, sowohl Österreich als auch Oberösterreich, einen hohen sozialen Standard, und es ist nun einmal so, dass die Sozialpolitik im engeren Sinn derzeit von den nationalen Staaten letztlich zu organisieren ist. Und das ist meiner Meinung nach auch nicht falsch, denn letztlich wird auch die EU nicht alles einheitlich regeln können in diesem Bereich. Was wir brauchen werden ist ein Rahmen, was wir brauchen werden ist ein Standard, auf den sich der europäische Bürger letztlich verlassen kann. Aber was wir auch brauchen werden, ist trotzdem auch die Politik der Parlamente, letztlich auch in diesem Bereich. Ich halte es auch für fatal, wenn man jetzt sagen würde, wir brauchen keine Verfassung. Oder wir bekommen keine. Und wenn man dem nicht zustimmt, dann muss man fragen: Wie geht es denn jetzt weiter mit diesem Verfassungsvertrag? Vielleicht ist es ein Ausweg zu sagen, ja dann schauen wir uns halt Teile an. Was ist denn konsensfähig? Was kann man denn gleich machen? Unserer Meinung nach wäre ja eine gesamteuropäische Abstimmung der bessere Weg gewesen, um genau solche Situationen zu vermeiden und dann zu sehen, gibt es eine Mehrheit in diesem Europa für eine derartige Verfassung. Aber wir müssen auf der anderen Seite auch sagen, vielleicht ist es eine Krise, dass wir jetzt diese Verfassung nicht auf den Weg gebracht haben wie wir uns es vorgestellt haben. Eine Krise der EU und Europas in dem Sinn ist es für mich deswegen nicht, denn wir werden ja trotzdem uns auch weiterhin zu diesem gemeinsamen Europa bekennen, zumindest von unserer Seite her kann ich das so sagen.

Der Ausweg aus der Verfassungskrise ist aber nicht in erster Linie eine Frage des technokratischen Prozedere, sondern ich glaube schon, man muss einmal sehen, was hat denn dazu geführt, dass es dieses Unbehagen gibt. Und ich kenne jetzt die Umfragen in Frankreich und in Holland nicht, muss ich ganz ehrlich sagen, aber was ich weiß, ist, dass auch in Österreich so etwas wie ein gewisse Skepsis und ein Unbehagen da ist. Und daher wird man dort ansetzen müssen und auch die Frage beantworten müssen: Was ist das, was wir wollen? Welches Europa ist das was wir anstreben? Wir haben den Erfolg auch europaweit auf dem Modell der sozialen Marktwirtschaft aufgebaut, weil klar war, dass der wirtschaftliche Erfolg, das ökonomische Wachstum und das soziale Wachstum sozusagen Hand in Hand einhergehen werden müssen. Und das ist letztlich auch wichtig, glaube ich, dass das auch in einer Verfassung zum Ausdruck kommt.

Wir von der Volkspartei haben dieses Ordnungsmodell der ökosozialen Marktwirtschaft, das letztlich in diese Richtung weist und damit sowohl für die Wirtschafts-, für die Finanz- als auch für die Sozialpolitik einen entsprechenden Weg hier zeigt, dass also das Zusammenleben auf dieser Basis sowohl der Prosperität, aber auch der sozialen Gerechtigkeit gehen muss. Und das ist vielleicht auch zu wenig zum Ausdruck gekommen in diesem Verfassungsvertrag, obwohl es sehr wohl diesen Geist beinhaltet und dass es nicht gelungen ist, das bis zum Bürger zu tragen. Das ist wohl der wirkliche Grund für die

momentane Situation, in der wir uns befinden. Denn eine Grundlage würde diese Verfassung allemal uns geben für das Europa, das wir uns gemeinsam wünschen.

Wenn ich daran denke was der Verfassungsvertrag alles beinhaltet, was als wertvoller Bestandteil dieses Kodex ist, dann muss es einem eigentlich weh tun und leid tun, dass wir momentan hier nicht weitergekommen sind. Das beginnt bei den gemeinsamen Werten, das geht, wie ich schon erwähnt habe, über die Sozialcharta, aber ganz wesentlich auch, wir haben auch letztlich die Rolle der Nationalstaaten darin berücksichtigt in einer Art und Weise wie wir es eigentlich auch immer gesehen haben mit einem Subsidiaritätsprinzip, wo erstmals in dieser Verfassung ja auch ausgedrückt wird, dass letztlich die Europäische Union erst dann regeln soll und Maßnahmen ergreifen soll, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen, wenn nicht sichergestellt ist, dass beispielsweise ein Land mit seinen eigenen Möglichkeiten das nicht erreichen kann. Und es ist auch klar ausgedrückt in dieser Verfassung der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung, dass eben innerhalb dieser Verfassung und innerhalb dieser Zuständigkeiten, die in dieser Verfassung geregelt sind, die EU tätig wird.

Und es könnte sich sogar ein Nationalstaat darauf berufen auf dieses Subsidiaritätsprinzip zu sagen, hier ist die EU zu weit gegangen. Das wäre sogar unter Berufung auf diese Verfassung möglich auch nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das ist doch das, worüber, seien wir einmal ehrlich, landauf, landab diskutiert wird, ob denn das verhältnismäßig ist, was hier geregelt wird durch die EU, ob sie denn nicht zu viel will, ob sie denn nicht zu viel regelt, ob denn das eine oder das andere besser aufgehoben wäre in der Regelungskompetenz der nationalen Parlamente. Das sind Fragen, die immer wieder diskutiert werden. Hier würde die Verfassung ja auch eine Antwort geben durch eine entsprechende Kompetenzverteilung. Und ich glaube, auch deswegen, nicht nur, aber auch deswegen wäre ein solcher Verfassungsvertrag letztlich auch ganz wichtig.

Und ich möchte schließen auch wieder bei einem Bild aus der Antike. Für mich wäre, wenn es gelingen würde, die Verfassung wieder auf den Weg zu bringen mit welcher, wenn Sie so wollen, mit welcher Taktik auch immer, für mich wäre es nicht letztlich der Sysphos, der dort steht und diesen Stein immer wieder hinaufrollt auf diesen Berg bis er ihn letztlich wieder herunterrollt und dann geht er wieder hinunter und rollt ihn wieder hinauf. Für mich wäre es eher der Atlas, Sie wissen, das ist also jener Held, der dort steht und das Himmelsgewölbe trägt, das sehr schwer ist und der kann gar nichts anderes tun als dort zu stehen und das zu tragen, aber wenn wir den nicht hätten, dann würde so manches einstürzen, also ein tragendes Element, ein Rahmen für das Europa, wäre diese Verfassung. Und so gesehen muss man bedauern, dass es nicht gelungen ist, das dem Bürger zu erklären. Wer daran schuld ist, das traue ich mir nicht zu sagen, ob es Brüssel ist, ob es die Nationalstaaten sind, ob es die Politiker sind, wahrscheinlich ist es nicht der Bürger, sagen wir einmal so. Es wird wohl unsere Aufgabe sein, den Menschen das besser zu erklären. Die EU-Skepsis ist etwas mit dem wir konfrontiert sind. Das können wir beklagen, aber wir können es dabei nicht bewenden lassen, wenn wir haben wollen, dass die Leute das akzeptieren, dass sie das annehmen, dass sie sich letztlich auch in dieser EU aufgehoben fühlen, dann werden wir noch einiges vor uns haben. Und das ist, glaube ich, ein gemeinsames Werk. Es wird uns nicht weiterbringen, wenn wir jetzt darüber streiten, wer es war, sondern es wird uns nur weiterbringen, wenn wir sagen, wo ist denn letztlich die tiefere Ursache, letztlich auch die emotionale, der emotionale Hintergrund für dieses vorläufige Scheitern. So möchte ich es einmal ausdrücken und wenn wir das beheben könnten, dann hätten wir eine gute Chance, dass aus der EU das wird was wir uns doch letztlich alle wünschen. Das nehme ich jetzt

einmal an, nicht nur in diesem Raum hier, und dann kann dieses Europa der Bürger im Sinne der res publica auch gelingen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich bitte den Herrn Dr. Karl Fraiss, Klubobmann der sozialdemokratischen Fraktion, um seine Ausführungen.

Abg. Dr. Fraiss: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und werte Kollegen aus dem europäischen Parlament, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben relativ viel über griechische Bilder heute gehört. Ich möchte als Sozialdemokrat mit einem beginnen: Warum wir heute beisammensitzen? Weil es eine Initiative unsererseits war mit einem ganz bestimmten Zugang. Und ich bedanke mich bei den anderen Fraktionen, dass sie mitgegangen sind. Sisyphos von heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht irgendwer. Sisyphos von heute sind Menschen, die um ihren Arbeitsplatz zittern müssen, die in Österreich alleine knapp mit einer Million an die Armutsgrenze stoßen. Alleinstehende Mütter, die schauen müssen, wie sie durchkommen. Und wenn ich Ihnen dieses Bild jetzt vor Augen halte, dann glaube ich, sind wir sehr nahe daran, warum in Österreich eine EU-Skepsis von über 60 Prozent besteht. Wir sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht dafür da zu fragen, wie erklären wir den Menschen die EU, sondern wie machen wir eines, wie überzeugen wir die Menschen gemeinsam als Bürger dieses Europas mit uns zu gehen und als überzeugte Bürger an einer gemeinsamen, ob sie verfassungsmäßig festgelegt ist, wozu ich mich bekenne, könnte aber auch in anderen wirtschaftlichen sozialen Fragen jedenfalls zu einer gemeinsamen Formel gefunden werden.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Landtag unsere Aufgabe darin gesehen, dass sich in diesem Europa, etwas was der Kollege Voggenhuber sehr richtig gesagt hat, eigentlich die Kompetenzen in die Anonymität verschwindelt haben. Es gibt irgendwo hinter verschlossenen Türen Entscheidungen, die wir letztendlich dann als auszuführende Richtlinien auf Landes-, Bundesebene umzusetzen haben. Wir haben kaum eine Chance, es heißt dann unsere Gesetze sind anzupassen. Meine Damen und Herren, ist das wirklich das, was wir den Bürgern erklären sollen, dass wir anzupassen haben? Oder wäre nicht eigentlich der umgekehrte Weg, nämlich als bekennender Europäer, dass man sagt, man will mit den Bürgern im Grund all das was für sie umgesetzt werden soll, auch im Interesse der Bürger zu verlaufen hat und nur dann, wenn wir diese Wege von unten nach oben richtig verstehen, sind wir meines Erachtens auf dem richtigen Weg, dass die Bürger auch eine für sie interessante Verfassung verstehen werden. Jemanden ein Buch hinzuknallen, zu erklären, dass ist eure Verfassung, wird schief laufen.

Und wenn wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht zu einer Neuorientierung in diesem Europa kommen, dass wir nicht kapieren, dass sich zwar Kompetenzen verschoben haben von Landtagen zu nationalen Parlamenten, von nationalen Parlamenten zur EU, aber gleichzeitig die Politiker vor Ort die Sorgen, Bedürfnisse der Menschen unmittelbar spüren und die nicht von denen wahrgenommen werden können, die relativ weit weg sind davon, die von vielen institutionellen Fragen, Bedürfnisse und so weiter geprägt sind, die natürlich von einer gemeinsamen Ausgangsposition getragen sind, aber die nicht immer sehen was die Auswirkungen sind, welche Auswirkungen auf den Menschen tatsächlich zutreffen. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, war unser Zugang, warum wir heute auch hier beisammensitzen und warum wir uns bemühen werden jährlich eine solche Enquete abzuhalten, weil wir glauben, dass wir gegenseitig miteinander reden müssen, weil wir die Verpflichtung haben für die Bürger etwas wahrzunehmen, ihre Anliegen und Sorgen zu transportieren in gegenseitiger Art, nicht als Einwand, sondern gegenseitig.

Dann glaube ich, werden wir vieles aufarbeiten können, was man geglaubt hat, überfallsartig über die Bühne zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum haben die Holländer und die Franzosen dagegen gestimmt? Warum ist die Skepsis bei uns so hoch? Es ist doch nicht so, dass die Menschen die Verfassung studiert hätten und gesagt haben, da gefällt mir ein Satz oder zwei Sätze nicht drinnen. Tatsache ist doch, dass die reale Politik, wie sie derzeit in Europa läuft, eigentlich nicht dem entspricht, was die Menschen gerne haben wollen, und dass der soziale Faktor, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in dieser Verfassung zu kurz kommt, ist für mich einfach klar. Und da sage ich mit aller Deutlichkeit, denn die sozialen Werte drinnen zu verankern, meine sehr verehrten Damen und Herren, und parallel daneben eine Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus zu fahren, ist einfach einseitig, denn die Auswirkungen, wenn ich frage, ob Beschäftigung, Wachstum und gleichzeitig ist Beschäftigung nicht auch eine Frage, die ich an die Wirtschaft kopple. Das finde ich beispielsweise nicht drinnen, sondern Beschäftigung wird dann letztendlich zur nationalen Frage herunterkommen. Man kann es bei Wachstum mitlesen, aber dort hat sie absolut keine praktische Ausformung, sondern praktische Ausformung wird es dann auf nationalstaatlicher Ebene, wenn es zur Arbeitsmarktbeschäftigung, Arbeitsmarktpolitik herunterkommt.

Wir glauben aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie es die Bürger auch sehen, Arbeit ist mehr als nur vielleicht mit Kursen, Übergangsbestimmungen oder sonstigen Leistungen jemanden über Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen. Arbeit ist ein Anspruch, ist ein Recht für die Menschen, das ist mehr als nur Geld verdienen, das ist im Grunde die Selbstwürde, die Eigenwürde des Menschen, dass er für sich selbst aufkommen kann. Und das finde ich nicht drinnen. Und ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir die Arbeit als die Grundlage für unser gemeinsames Zusammensein in diesem Europa wirklich auf eine Stufe bringen, ob das mit einem Wort drinnen steht oder nicht drinnen steht, ist nicht die Frage. Mir geht es um die Auswirkung der Politik, die in eine völlig andere Richtung geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eines zu beachten und auch wenn das bestritten wird, aber mit dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich auch Europa bei gleichen Festlegungen anders entwickelt. Und wenn der Herr Kollege Strugl heute von der ökosozialen Marktwirtschaft gesprochen hat, so mag das für ihn und für manche seiner Kollegen gelten, ich bestreite es aber zutiefst, dass in Europa die soziale Marktwirtschaft das Grundprinzip ist. Und ich erkläre ganz ausdrücklich, dass das neoliberale Prinzip im Vormarsch ist, dass im Grund unter dem Vorwand der Globalisierung und der Marktwettbewerbsfähigkeit letztendlich diese neoliberalen Formen im Gegensatz zu anderen Ländern absolut auch in Europa Vorrang erhalten. Wenn Siemens jetzt erklärt hat beispielsweise nur, dass 10.000 Menschen abgebaut werden müssen trotz hoher Gewinne, dann wird mir niemand erzählen können, dass es sich hier um eine soziale Marktwirtschaft handelt, sondern ich sehe geradezu die Auswüchse des Neoliberalismus bei uns. Gleiches könnte ich für Sony und andere Betriebe genauso anführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was bedeutet das für die Menschen? Sind sie wirklich nur noch die Ausgelieferten, die letztlich darauf warten, irgendwann den blauen Brief zu bekommen, die darauf warten in einem Europa, wo sie gewohnt waren in einer sozialen Marktwirtschaft auch mit Sicherheit zu leben, plötzlich in Unsicherheit zu leben, dass sie nicht mehr wissen wie lange sie beschäftigt sind, dass sie unter Umständen mit Änderungskündigungen bedacht zu schlechteren Bedingungen weiterarbeiten müssen. Gibt darauf die Verfassung eine Antwort? Ist nicht ihre Aufgabe. Ich sage es ausdrücklich. Aber gibt die EU darauf eine Antwort? Die Ergebnisse, die realen Ergebnisse, und der Menschen

von draußen schauen anders aus. Und das wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was wir als Oberösterreichischer Landtag im Konsens in der Auseinandersetzung mit den Kollegen des Europäischen Parlaments in eine intensive Diskussionsphase eintreten müssen. Wie schaffen wir es, dass wir nicht ein Europa der Bürger nur haben, sondern ein Europa der überzeugten Bürger? Und wenn uns das gelingt, die Menschen mitzunehmen, ihnen aber auch die realen Lebensgegebenheiten zu vermitteln, dann glaube ich, haben wir eine Chance. Wenn wir glauben, dass wir in der Globalisierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, gegen den amerikanischen und asiatischen Markt bestehen, in dem wir halt immer weniger den Menschen geben an Bezahlung, an Einkommen, in dem wir im Grund die Arbeitszeit noch mehr reduzieren, noch billigere Jobs produzieren. Glaubt wirklich jemand hier im Saal, dass das Billigstprinzip das Gewinnerprinzip sein wird oder glaubt nicht jemand dass das Qualitätsprinzip auch für die Menschen, sowohl was das Kaufkraftwachstum und Ähnliches betrifft, die besseren Chancen haben wird?

Denn eines ist klar, jene, die auf ihre Steuern verzichten, die die so genannten Standortvorteile im Grund anzubieten haben, werden für eine gewissen Zeit Vorteile haben. Sie werden aber letztendlich als soziale, sage ich einmal, Schwachstellen als Standorte übrig bleiben, denn es wird wieder billigere geben, es wird wieder günstigere Standpunkte geben. Und ich wünsche denen alles Gute, die am Ausverkauf Europas aber auch der Welt mitgewirkt haben. Ich gebe nur ein Beispiel zu bedenken, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Europa ist vieles was Produktion früher war bereits weg gegangen, wir haben es nicht mehr. Geblieben ist uns eigentlich von den großen außer Maschinenbau und sonstigen Einrichtungen nur noch die Autoindustrie. Ich frage mich allen Ernstes, warum setzt man sich in Europa nicht stärker mit der Frage auseinander, wenn auch die Autoindustrie eines Tages in China landen wird, wie bereits jetzt sehr viele dort landen und bereits produzieren und wenn dann dort ein VW um 7.500 Euro produziert wird? Glaubt dann allen Ernstes noch jemand daran, dass dann die Stahle und die Bleche und Sonstiges aus Oberösterreich im Grund bezogen werden. Glaubt wirklich noch jemand daran, dass die Zulieferfirmen dann noch im Randbereich unseres Bundeslandes um Linz herum oder in der Steiermark letztendlich dann noch die Aufträge haben werden. Glaubt wirklich jemand daran, dass wir all das mit Dienstleistungen ersetzen können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich glaube, der europäische Markt braucht Selbstbewusstsein, er braucht auch eine Orientierung am Menschen, er braucht eine soziale Orientierung. Wenn wir damit den Menschen vermitteln können, dass die Politik für sie wiederum da ist, dass Politik nicht nur das ausführt, was die Wirtschaft ihr vorgibt, sondern endlich die Politik auch wieder kapiert, dass sie gestaltendes Element in diesem Europa ist, dann werden wir das Vertrauen der Menschen in Europa wieder gewonnen haben. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke, Herr Dr. Frais. Ich bitte den Klubobmann der Grünen, Herrn Gunther Trübswasser um sein Statement.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Europäischen Parlament und aus dem Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Karl Frais hat in sehr eindrucksvollen Worten die Ängste, die Skepsis der Menschen in diesem Land artikuliert. Ich denke, es ist die Aufgabe der Politik, der Landtage, der Parlamente, des Europäischen Parlaments, diese Skepsis zu kennen, darauf zu reagieren und die entsprechende Politik zu machen.

Was den Verfassungsvertrag betrifft, so kann ich mich dem, was Johannes Voggenhuber gesagt hat, voll und ganz anschließen. Ich denke, dass keine Verfassung zu haben jedenfalls schlechter ist als eine Verfassung, die verbesserungsfähig und

verbesserungswürdig ist. Wir alle wissen, dass diese Verfassung nicht hundert Prozent von dem gebracht hat, was wir oder was sich die sozial-umwelt-engagierten Menschen erwartet haben, Menschen, die Erwartungen an die Menschenrechte gehabt haben. Aber trotzdem es ist nach wie vor eine Chance, ein Regelsystem in Europa zu implantieren, das eine weitere Entwicklung möglich macht. Der berühmte Fuß in der Tür.

Es ist schon interessant, wenn ein Vertrag, der von den meisten Parlamentariern unterstützt wird, von den Regierungen gewollt wird, bei Volksabstimmungen so schlecht abschneidet. Da ist etwas passiert in diesem Europa und da hat sich ein Bereich von einem anderen entfernt.

Ich denke, diese Enquete im Oberösterreichischen Landtag ist deswegen wichtig, nicht nur, dass die Abgeordneten zum Landtag sich mit europäischen Themen beschäftigen, sondern auch umgekehrt, dass die europäischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sozusagen diesen Link zwischen der Bevölkerung und der „Politik weit weg“ in Brüssel kennenlernen. Ich glaube, die Landtage, die Regionalparlamente und damit auch der Oberösterreichische Landtag haben eine besondere Aufgabe, dieses Bindeglied darzustellen, nicht nur zu vermitteln, Politik verständlich zu machen und den Menschen näher zu bringen, sondern auch in der umgekehrten Richtung, die Ängste, die Skepsis der Menschen an einem größer werdenden Europa weiter zu geben.

Ich denke, wenn etwas seitens der Politik falsch gemacht wurde, dann war es das, dass über Jahre vermittelt wurde, Europa wäre ein Europa der Förderpolitik, der Förderungen und Europa wäre dazu da, damit man Nachteile ausgleichen kann. Ich denke, das hat auch dazu geführt, wie bereits mehrfach ausgeführt wurde, vor allem Johannes Voggenhuber hat es gesagt, dass quasi alle die Hand aufhalten, aber niemand bereit ist, einen Beitrag zu leisten. Da geht es nicht nur um Geld, sondern da geht es auch um Vorrangstellungen, da geht es um Macht.

Wenn wir eines gelernt haben aus dem Verfahren, aus dem Scheitern, zumindest in zwei Ländern, Scheitern des Verfassungsvertrages, so sollte es das sein: Wir müssen den Verfassungsvertrag nicht nur den Menschen erklären, sondern wir müssen sie mitreden lassen. Wir müssen ihnen das Gefühl geben, dass sie nicht nur Objekte sind, die betroffen sind von diesem Verfassungsvertrag, sondern sie müssen das Gefühl haben, Teil eines größeren Ganzen zu sein. So glaube ich, dass ein Dialog, wie er von vielen gefordert wird, jetzt eine große Chance enthält, nämlich diese Europaskepsis wieder auf jenes Niveau zu bringen, das gesund ist. Gesunde Skepsis ist ja an sich etwas Gutes, aber Skepsis darf nicht in Angst umschlagen.

Was ich mir nur wünschen würde und was eine Aufgabe auch des Landtags sein kann, und ich möchte meine kurze Wortmeldung auch dazu benutzen, um an uns selbst zu appellieren, nicht immer nur zu sagen, die sollen das machen und jene sollen auch etwas machen, sondern richten wir unseren Appell auch an uns selbst und ich glaube, die Aufgabe des Landtags muss sein, an diesem Dialog teilzunehmen, und zwar nicht in einer informellen, gelegentlichen Art, sondern dieser Dialog muss institutionalisiert werden und dieser Dialog muss laufend stattfinden.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben in Oberösterreich die Erfahrung gemacht, dass wir von einer Nachbarschaft, die durch einen Eisernen Vorhang getrennt war, einen Übergang erlebt haben in einen neuen alten Nachbarn, sprich die Tschechische Republik. Wir haben den nächsten Schritt erlebt, dass aus einer normalen Grenze einer EU-

Außengrenze eine innere Grenze geworden ist und wir haben all diese Veränderungen auch mit, und wenn ich sage wir, so meine ich die Bevölkerung unseres Bundeslandes, mit einer gehörigen Portion Skepsis verfolgt.

Es ist die Aufgabe, die wir als Landtag haben, nicht nur Gesetze für dieses Land zu machen, zu beschließen, sondern diesen Dialog mit den Menschen aufrecht zu erhalten und ihnen, wenn nicht schon die Skepsis zu nehmen, aber doch die Möglichkeit zu geben, mitzureden. Wir müssen verständlich machen, dass wir nur dann die sozialen Probleme lösen können, wenn wir aktiv in die Europapolitik eingreifen, mitbestimmen, unsere Stimme hörbar machen, wenn wir Europapolitik nicht als Außenpolitik sondern als Innenpolitik begreifen. Wir kennen alle als Oberösterreicher und als Oberösterreicherinnen das Gefühl sozusagen, die Bundeshauptstadt Wien, die viel zu viel von Kulturförderung erhält. Wir ziehen gegen Wien, um Geld für Oberösterreich zu lukrieren. Ein bisschen erinnert mich an dieses die da oben, die regieren und wir da unten haben diesen Antagonismus zwischen Wien und den Bundesländern. Sie ist durchaus vergleichbar mit dem, was zwischen den Regionen und Brüssel derzeit geschieht.

Wir können, und davon bin ich überzeugt, Umweltprobleme nur überregional und in einem größeren Gebiet lösen. Wir können Sozialpolitik heute nicht mehr lösen dadurch, dass wir Protektionismus auf engem Raum betreiben, sondern wir können Sozialpolitik nur dann retten, wenn wir parlamentarisch die Möglichkeit haben, uns europaweit, weltweit durchzusetzen.

Die Globalisierung ist natürlich ein Risiko, es ist eine wahrscheinlich kaum vorstellbare Veränderung. Aber wir können diese Globalisierung nur schaffen, wenn wir auch die Instrumente, die demokratischen Instrumente der Mitbestimmung schaffen, um von unten heraus, von den Menschen, von der Basis dieses Problem anzugehen und auch zu verstehen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir die Frage der Minderheiten- und Menschenrechtspolitik nicht regional lösen können. Wir können nicht das Problem des fehlenden Nord-Süd-DIALOGS, des Nord-Süd-Gefälles lösen dadurch, dass wir nationale, nur nationale Entwicklungshilfe leisten.

Das sind alles Fragen, die ein größeres, ein stärkeres Europa braucht, das das Vertrauen der Menschen in diesem Europa hat. Ich sehe die Aufgabe der Landtage, des Landtags so wie in Oberösterreich, dieses Bindeglied zwischen den Menschen, zwischen der Skepsis der Menschen und einem überregionalen vernetzten Europa zu stärken. Ich denke die Regionalpolitik muss in Zukunft viel eine Netzwerkpolitik sein und darf sich nicht auf einen Regionalismus beschränken, der nur die Vorteile vor der eigenen Haustür sieht. Ich denke, Interessenpolitik zu machen, für die Interessen der Menschen vor Ort einzutreten, ist durchaus legitim, aber wir brauchen beides.

Wir brauchen auch den Blick fürs Größere, für das Gesamte. Dieses neue Denken, ich gebe zu, dass das wahrscheinlich manchem populistischen Politikdenken entgegensteht. Aber ich glaube, diesen Schritt müssen wir wagen, weil wir den Menschen nicht vormachen dürfen, dass die Probleme, die auf uns zukommen, allein nur regional zu lösen sind. Das wird die Aufgabe der kommenden Jahre sein. Ich denke, dieser institutionalisierte Dialog für eine europäische Verfassung kann ein erster wichtiger Schritt dazu sein. Danke schön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke Herr Klubobmann Trübswasser. Ich bitte Herrn Klubobmann der Freiheitlichen, Herrn Mag. Steinkellner um seine Ausführungen.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fühle mich irgendwo erinnert an die Diskussion des Jahres 1994/1995, wo auf der einen Seite natürlich die überwiegenden Vorteile von den verschiedenen Fraktionen dargelegt werden und die Nachteile, die es natürlich auch gibt, wieder von einer Fraktion artikuliert werden.

Wenn man sich den Vertrag über die europäische Verfassung ansieht, sage ich, der ist zweimal bereits gescheitert und damit tot. Das erste Scheitern des Vertrages erfolgte, nachdem man sich in Europa nicht einmal über ein Verfahren einigen konnte. Da gab es oder gibt es unterschiedliche Bürger in Europa, nämlich jene, die im Rahmen eines Votum aufgerufen wurden zu entscheiden und es gab oder gibt jene Länder, wo die Nationalstaaten, die Parlamente entschieden haben, also eine Verfassung, die in ihrer quasi Entstehungsgeschichte schon einen groben Mängel in sich birgt. Denn wenn ich davon ausgehe, dass das Recht vom Volk ausgeht, was grundsätzlich in jeder Verfassung das Grundprinzip sein muss, so muss wohl die Behandlung jedes europäischen Bürgers gleich sein, der Franzose, der Malteser genauso wie der Österreicher.

So, jetzt gab es ein klares Ziel, dass die Staaten, jeder einzelne Staat es für sich regeln konnte wie er wollte, und zwei Staaten haben bereits entschieden, dass sie gegen diesen Vertrag sind, Frankreich und Holland. Glücklicherweise nicht Malta und Österreich. Denn man könnte sich vorstellen, was dann wiederum in Europa los gewesen wäre, wenn zwei kleine Länder sich plötzlich gegen diesen Vertrag gestellt hätten und man fühlt sich erinnert an die Sanktionszeit 2000. Vielleicht hätte Holland auch dieses Problem gehabt, wenn nicht auch Frankreich jetzt diesen Vertrag abgelehnt hätte.

Das heißt, Verfahren nicht korrekt und jetzt ist zur Kenntnis zu nehmen, zwei Staaten haben diesen Vertrag abgelehnt, Einstimmigkeitsprinzip gilt noch, damit brauche ich nicht mehr jammern, sondern zurück zur Tagesordnung und da bin ich bei den Briten. Keine institutionelle Nabelschau sondern hartes Arbeiten, und zwar populäre Arbeitslösungen, die die Menschen wirklich brauchen, wo die Menschen die Europäische Union wirklich benötigen und die spürbar für die Bürger umsetzen. Das wäre doch an und für sich ein sehr einfaches Prinzip.

Ich konnte bei der gleichen Reise wie Michael Strugl mich über die Entwicklung in Irland, aber auch Schottland überzeugen. Und dort wird genau das gemacht, was die Menschen von der Politik erwarten, nämlich eine Politik, die dem Menschen absolut hilft. Wenn in Edinburgh eine Arbeitslosenrate von 2,3 % besteht und Irland quasi vom Armenhaus Europas in 20 Jahren aufgrund Internationalisierung und der Ansiedlung von amerikanischen Computerfirmen und dergleichen jetzt zu einem höheren Bruttoinlandsprodukt wie in Österreich geführt werden konnte, so spüren das Menschen. Das ist natürlich auch die EU, natürlich die Steuerpolitik, aber letztlich ist es Irland genauso wie Schottland gelungen, aufgrund der internationalen neuen Rahmenbedingungen für ihre Menschen jene Bereiche abzudecken, die besonders wichtig sind, etwa die Arbeitsplätze. Die dortigen Politiker schreiben sich das natürlich selbst auf ihren Hut. Und die Europäische Union hat ja keinen Lastenausgleich oder Solidaritätsausgleich zwischen den echten Regionen oder diesen Spitzenregionen herbeigeführt. Es haben die Politiker richtig gehandelt und haben nicht sich um die Institutionen gekümmert, sondern haben im Wettstreit der Regionen, der existent ist, genau jene Weichen gestellt, die ich mir für meine Region, für Österreich, natürlich auch

wünschen würde. Uns geht's gut, aber wenn wir noch die Hälfte der Arbeitslosenrate haben würden, die wir haben, dann würde es uns noch besser gehen.

Und wie erreichen wir das? Durch internationale Solidarität oder durch Ausnützen aller Möglichkeiten für die eigene Heimat oder für den eigenen Nationalstaat, und das jetzt natürlich im Widerspruch an eine hohe Solidarität auf europäischer Ebene, die von den Menschen nicht verspürt wird. Denn der Schutz, den man sich erwartet, den ich mir persönlich erwarten würde von der Europäischen Union im internationalen Wettbewerb, China ist schon angesprochen wurden, wo ist denn der Schutz jetzt für unsere Produktionsstätten? Wenn nunmehr die ersten Autos aus China präsentiert werden zu einem Preis, ein Drittel unserer Kraftfahrzeuge, dann kann man vorausahnen, was passiert. Wenn in Düsseldorf Schuhe ausgestellt werden bei der Messe, die zwei Euro die, Produktion in China, kosten, dann weiß man, welche Probleme hier a la longue noch auf uns zukommen. Rein auf die Dienstleistung umzustellen wird nicht funktionieren.

Aber wo ist denn auch die politische Solidarität etwa der kleineren Staaten? Ganz am Beginn wurde auch die Türkei erwähnt. Wir befinden uns im nächsten Erweiterungsprozess, die Menschen sind schwer verunsichert und es gibt einen kleinen Staat, der ist Mitglied dieser Gemeinschaft, nämlich Zypern, und es waren lange Zeit österreichische Soldaten, die Zypern vom türkischen Teil in Zypern schützten. Jetzt gibt es einen Mitgliedstaat wie die Türkei, wo die Verhandlungen in den nächsten Tagen beginnen sollen, die sind nicht bereit, die Türkei ist nicht bereit, Zypern anzuerkennen. Es ist wieder ein kleiner Staat. Man stelle sich das vor, es wäre Großbritannien, das betroffen sein würde, und Großbritannien würde hier nicht so akzeptiert werden oder eine Politik in Frankreich würde nicht akzeptiert werden. Solange nicht hier die Solidarität auch zu den kleinen Staaten und zu den Problemen dieser kleinen Staaten auf europäischer Ebene besteht, dass jedes Mitglied gleich behandelt wird und auch die Sorgen gleich verstanden werden, werden die Menschen in diesen Ländern nicht begeistert werden können.

Es kann nicht sein, dass es unterschiedliche Bürger in unserer Europäischen Union gibt, sondern es sind uns die Sorgen auch dieser kleinen Staaten sehr, sehr wichtig. Solange hier keine klaren Spielregeln auch im Parlament getroffen werden, man kann natürlich Minderheitsrechte im Parlament für die einzelnen Nationalstaaten absichern, ist es wohl grundvernünftig, dass die Regierungen der jeweiligen Staaten ein gewaltiges Mitspracherecht haben, auch wenn man dort sieht, dass die Kleinen immer wieder unter Druck der Großen kommen.

Nachdem dieser Vertrag zweimal gescheitert ist, ist es eine Aufgabe der Europäischen Union, jetzt wirklich die Ärmel hinaufzukrempeln und sich jener Bereiche anzunehmen, die die Menschen als Problemlösung erwarten. Der Justizbereich etwa. Wenn man resozialisiert, dann kann doch ein Strafgefangener nur dort resozialisiert werden, von wo er auch herkommt. Das heißt, Strafe muss dort verbüßt werden, wo auch das Herkunftsland des jeweiligen Straftäters war. Gibt es nicht. Eine ganz normale Frage, die dort gelöst werden müsste. In der Migrationspolitik, in der Rückführpolitik in andere Staaten außerhalb der Europäischen Union. In der Energiepolitik die Abhängigkeit jetzt aufgrund unserer Treibstoffpreise ist bekannt. Im Sozialbereich. Wenn man sich anschaut, dass in Österreich rund 80 % der Menschen sich Sorgen machen um die Pensionen. In Polen sind es noch 60 % und in Großbritannien sind es interessanterweise nur zehn Prozent. Wenn man die Systeme dann vergleicht, dann stimmt auch hier im Sozialbereich etwas nicht. In der Außenpolitik: Wo ist hier eine für Europa erkennbare gemeinsame Außenpolitik, die den Menschen transportiert wird, wirklich spürbar? Ich denke, es ist falsch, dass unpopuläre

Politik weiter in der Europäischen Union betrieben, fortgesetzt und unbeirrbar gemacht werden muss. Es muss eine populäre Politik für die Menschen in Europa von den Entscheidungsträgern durchgeführt werden, um endlich das Verständnis für die gemeinsamen Lösungen auch zu erreichen. Es ist nur eine gewisse Zeitlang, ganz gleich wer in der Entscheidung oben das Sagen hat, möglich gegen die Bevölkerung - sei es in einem Nationalstaat, sei es auf europäischer Ebene - Politik zu betreiben. A la longue glaube ich, dass die Europäische Union sehr, sehr viele populäre Betätigungsbereiche für die Menschen hätte, hoffentlich beginnt sie bald mit der Arbeit für diese Bereiche. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke, Herr Mag. Steinkellner. Wir hätten unsere erste Runde sozusagen abgeschlossen. Wir würden sie gerne mit in die Diskussion einbinden. Wenn Sie sich zu Wort melden möchten, dann heben Sie - so wie bei uns im Parlament üblich - Ihre Hand oder geben mir oder den Mitarbeitern der Landtagsdirektion diese blauen Zettel, die Sie alle in Ihren Mappen drinnen finden.

Ich würde aber sehr gerne Sie, denn Sie haben wir nicht sehr oft hier, einladen und bitten und zu vielen Fragen von denen ich annehme, dass sie entweder Widerspruch hervorrufen oder Bestätigung dessen, was gesagt wurde, dass ich Sie gleich bitten darf, auch in die Diskussion in einer zweiten Runde mit einzusteigen, bitte, Herr Dr. Rübiger, Herr Voggenhuber.

Abg. zum Europäischen Parlament **Dr. Paul Rübiger:** Ich glaube, ganz ein wichtiger Punkt ist die europäische Verfassung und die dazugehörige Volksabstimmung, wie sie in Europa de facto jetzt derzeit durchgeführt wurde. Ich war unlängst in Washington und da hat bei einem konservativen Think-Tank ein US-Senator sich lustig gemacht über den europäischen Verfassungsvertrag und hat gesagt, man sieht wie abgehoben die Politiker in Europa sind, die wissen überhaupt nicht mehr, was die einzelnen Bürger wollen. Und er hat sich darüber gefreut, dass die Franzosen - die Bevölkerung aus Frankreich - richtig erkannt hat, dass dieses Modell für Europa das völlig falsche Modell ist. Ich habe dann aufgezeigt und habe als erster Redner gefragt, wie denn das mit der amerikanischen Verfassung ist? Ob es über die amerikanische Verfassung auch eine Volksabstimmung gegeben hat? Und falls das nicht der Fall gewesen sein sollte, ob er jetzt bereit wäre, sich über eine Volksabstimmung in fünfzig Bundesstaaten in Amerika auch das Ergebnis dieser Verfassung bestätigen zu lassen? Ich glaube, das ist genau die Diskussion, die wir verfolgen, dass wir auch nicht innerhalb von Europa, sondern außerhalb von Europa, eine Stärkung Europas nicht besonders gern gesehen wird. Und ich glaube, dass wir die Verpflichtung haben, herauszuarbeiten, wo unsere Stärke in Europa ist und was wir gemeinsam eben ganz einfach besser und stärker durchziehen können.

Vielleicht auch noch, was der Karl Frais gesagt hat, "die oben" und "die unten". Ich habe da immer ein sehr gutes Beispiel dafür. Nämlich, wenn wir aus Wels kommen, die Anna Eisenrauch und ich, und hier im Landtag die Diskussion verfolgen über manche Themen, dann sagt man, na ja, die Gemeinden - wir da unten - und Linz, die da oben. Gewisse Sachen würden wir wahrscheinlich in Wels auch anders regeln, wie sie hier im Landhaus geregelt werden. Und vom Landhaus, wenn wir nach Wien schauen - Herr Kollege Anschöber, da werden Sie mir sicher Recht geben - werden wir im Landhaus einiges anders regeln, wie es in Wien geregelt ist. Und von Wien natürlich Richtung Brüssel schaut es genauso aus. Und wenn ich jetzt wieder zurückkomme, mein Vater oder meine Familie würden in Wels auch einiges anders ändern, regeln, wie das derzeit der Fall ist. Also, ich glaube, dieses "Oben" und "Unten" ist ein sehr relativer Begriff. (Unverständlicher Zwischenruf) Nun, du hast gesagt, "die da oben" und "wir da unten", ja? Okay, Faktum ist,

wir sollten uns alle bewusst sein, dass jede Ebene wichtig ist. Und ich sage immer, es ist die demokratische Entscheidung in der Familie genauso wichtig, wie die demokratische Entscheidung in der Welthandelsorganisation. Jede Ebene hat ihre Berechtigung. Und jede Ebene ist wichtig für die Bürger und für die Bevölkerung. Und man kann sich natürlich die Interesse überlegen, dass es die verschiedensten Interessen in der Bevölkerung gibt. Wenn heute hier China kritisiert wird und dass Schuhe um zwei Dollar angeboten werden, ja, dann möchte ich die Hausfrau sehen, die in den diversen Geschäften dann ganz einfach auch günstige Produkte kauft, wo ganz einfach die Kaufkraft im einzelnen Haushalt bei uns dementsprechend steigt. Und ich habe diese Diskussion ganz intensiv auf europäischer Ebene geführt, wie verhalten wir uns in dieser Frage? Und wenn ich heute die Hausfrauen oder die Hausmänner, die einkaufen gehen, abstimmen lasse darüber, ob sie das T-Shirt beim H&M um die Hälfte bekommt oder das Doppelte bezahlt, dann ist mir klar, wie diese Abstimmung ausgeht! Trotzdem müssen wir uns Sorge um unsere Arbeitsplätze machen. Also, hier ein konstruktives, gemeinsames Vorgehen, wie es Mendelson auf europäischer Ebene macht, ist aus meiner Sicht nicht unbedeutend.

Letzter Punkt: Die Besteuerung, die neoliberale Phase. Ich glaube, das Entscheidende ist, dass wir uns auch darum kümmern, dass der Kuchen, der nachher verteilt wird, dass der Kuchen groß ist und für alle reichlich da ist. Und da ist es wichtig, dass die Bauern das Getreide anbauen, dass sie das Risiko tragen, dass einmal eine Ernte schief geht, dass sie die Lagerung durchführen. Da ist es wichtig, dass der Bäcker um drei Uhr in der Früh schon im Geschäft steht und das Brot bäckt und dann das Geschäft, der Handel das dementsprechend auch vertreibt. Je größer der Kuchen, desto gerechter und besser ist es eigentlich für die Bevölkerung und für die Menschen. Deshalb geht es auch darum, dass wir auf Wettbewerbsfähigkeit achten, dass wir schauen, wie kriegen wir einen möglichst großen Kuchen, damit auch das kleinste Stück für jeden ausreicht. Und ich glaube, das ist die Debatte, die wir derzeit in Europa führen. Beide Seiten oder mehrere Seiten bringen immer wieder hier Vorschläge ein. Das Entscheidende ist, dass auch das Europäische Parlament von verschiedenen politischen Parteien getragen wird, dass es keine fixe Koalition gibt, sondern, dass wir in jeder einzelnen Frage um Mehrheiten ringen müssen. Und ich glaube, dass ist auch ein Punkt, der für uns alle in Zukunft von Bedeutung ist, dass Solidarität, Miteinander für die Bevölkerung und für Europa wesentlich besser ist, wie wenn wir uns im kleinlichen Streit auseinander dividieren. Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Herr Voggenhuber, bitte.

Abg. zum Europäischen Parlament **Johannes Voggenhuber:** Ja, ich beginne von hinten, dann kann ich beim Widerspruch anfangen. Der Herr Mag. Steinkellner hat es tatsächlich geschafft, vier Behauptungen in den Raum zu stellen und alle vier sind ein eklatanter Widerspruch. Also, erstens einmal der Verfassungsvertrag ist zweimal gescheitert, weil man nicht eine gemeinsame europäische Volksabstimmung und auch nicht ein Referendum in jedem Staat gemacht hat. Soweit - also, die Frage wurde entschieden nach der jeweiligen nationalen Verfassungsordnung. Das müsste Ihnen doch eigentlich in Ihr Konzept passen. Sie verteidigen ja beständig, dass nicht Europa bestimmt, sondern, dass der einzelne Nationalstaat bestimmt. Und ob ein Referendum stattfindet oder nicht, das ist entschieden worden nach der jeweiligen nationalen Verfassungsordnung. Sie müssten eigentlich sehr glücklich sein. Ich war weniger glücklich, und zwar nicht, weil ich das gefordert hätte, was Sie dann so eingestreut haben, nämlich eine gesamteuropäische Abstimmung One-Man-One-World, das hätte nämlich vorher die Gründung eines zentralistischen Bundesstaates bedurft. Wo Sie, glaube ich, nicht einverstanden gewesen wären.

Nun, dann haben Sie gesagt, die Verfassung ist abgelehnt worden, weil ja Einstimmigkeit und daher eine negative Volksabstimmung, danke, erledigt! Interessant, dass Sie eine juristische Einstimmigkeitsklausel vorziehen gegenüber der überwältigenden Mehrheit der Menschen in Europa und der Staaten. Wir haben bereits mitten im Verfassungsprozess, derzeit mit sechzehn Staaten eine Mehrheit der Menschen und der Staaten durch Referendum oder durch Entscheidung der Parlamente, die für diese Verfassung sind. Also, wenn es um die juristische Klausel gegen die Mehrheit der Menschen geht, dann kann ich es nicht ganz nachvollziehen. Im Übrigen gäbe es dann überhaupt keine Verfassung. Es gibt, glaube ich, kaum eine europäische Verfassung, die nicht einmal gescheitert ist. Wer sich erinnert, die Abstimmung, die Volksabstimmung über die Schweizer Verfassung war negativ und die berühmte Schweizer Verfassung wäre heute wohl nicht sozusagen am Leben und ein großes Beispiel einer demokratischen Verfassung, wenn man die Flinte ins Korn geworfen hätte, als aller Erster.

Und dann haben Sie gesagt, die kleinen Staaten, die kleinen Staaten müssen unbedingt in ihrer Bedeutung bewahrt werden. Ja, wie stellen Sie sich das in einem Regierungseuropa denn vor? In einem Regierungseuropa da zählen nun einmal die großen und mächtigen Staaten! In einem Gemeinschaftseuropa, mit einer demokratischen Verfassung, da zählt jeder gleich! Also, ich will es nur deshalb, damit dieses Gift – das wirkt ja auch, wenn man es nicht behandelt, also wollte ich es nicht im Raum stehen lassen.

Lassen Sie mich noch ganz kurz, wenn ich darf, noch auf zwei Dinge eingehen, die sehr wichtig sind. Der Herr Klubobmann der SPÖ, Herr Dr. Fraiss hat die soziale Frage mit großem glaubwürdigen Pathos angesprochen. Ja, aber da muss man auch dann auch ein paar Fragen stellen! Das ist schon richtig, Sie haben die Gefahren der Globalisierung und des Steuerdumpings und all das und haben uns ein bisschen beschuldigt, darauf zu wenig zu achten. Aber wie ist denn die Rolle der Sozialdemokratie in dieser Frage? Da gibt es kein wirkliches Modell, im Konvent wurde es nicht vorgelegt. Die Sozialdemokraten waren im Konvent gegen Kompetenzen für ein Gemeinschaftseuropa, waren gegen die sozialen Harmonisierungen durch die Sätze und haben auf die offene Koordinierung, also auf das intergouvernementale Europa gesetzt. Die Gewerkschaft detto! Jetzt kommt ein großer Katzenjammer, weil man natürlich sieht, dass der ganze Binnenmarkt und Währungsunion über die erste Säule, natürlich mit Gesetz, Parlament, Gerichtshof, mit Mehrheiten ausgestattet ist, mit Sanktionen, mit genauen Auflagen, um das soziale Europa mit vielen anderen Politiken nur auf dem Softway des intergouvernementalen Europas. Natürlich ist das keine Antwort. Diejenigen, die wenigen, die im Konvent massiv darum gekämpft haben, dass die Steuerharmonisierung, die sozialen Standards harmonisiert werden, dass es eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit einer Gemeinschaftskompetenz, mit Parlament, Gesetzen, Gerichtshof, Öffentlichkeit der Gesetze und das alles gibt, die sind dort in der Minderheit geblieben. Ich denke, das betrifft durchaus auch die Grünen. Schauen wir uns einmal an, was tun die sozialdemokratischen Regierungen in Europa? Sie sind nicht wirklich Barriere gegen den Neoliberalismus. Ein Herr Blair, aber auch ein Herr Schröder sind auch Galionsfiguren in dieser Entwicklung. Also, ich glaube, man sollte es vielleicht weniger auf der Ebene der Parolen besprechen. Ich will auch keine Anklage machen. Es gibt eine ungeheure Schwierigkeit, diese Frage ernsthaft zu beantworten. Was kann noch der Nationalstolz? Was kann er nicht mehr? Was müssen wir europäisieren? Was nicht mehr?

Das Subsidiaritätsprinzip, und damit bin ich auch beim Herrn Mag. Strugl, dem Herrn Klubobmann, mit der Frage der Subsidiarität. Es ist sehr schwierig. Wenn wir sie wirklich ernst nehmen, und ich bin wirklich ein großer Anhänger des Subsidiaritätsprinzips, dann kämen wir zu einem ganz anderen Schluss. Wenn wir es in seiner strengsten sozusagen

katholischen Form nehmen, Entscheidungen müssen so lange auf der untersten, den Menschen nächsten Ebene bleiben, wie sie dort angemessen, gar nicht einmal optimal, angemessen und zur Zufriedenheit der Betroffenen gelöst werden, wenn man, und dann auf der oberen Ebene, wenn das nicht mehr der Fall ist, wenn man dieses Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen würde, dann müsste man heute weite Teile der Politik europäisieren, weil die untere Ebene es nicht mehr kann. Die Verteidigung des europäischen Sozialmodells gegenüber der Globalisierung ist in keinem nationalen Staat mehr möglich. Die Frage der Bekämpfung des Terrorismus und der internationalen Kriminalität ist in keinem Nationalstaat mehr möglich. Das unglaublich Fatale in unsere Situation ist, diese Pseudo-Europäisierung. Dieses, wer hat es gesagt, das Verschwinden der Entscheidungen in der Dunkelheit. Wir nehmen die Kompetenzen, die Souveränitätsrechte dem Nationalstaat weg, sagen den Menschen, das wird europäisiert. Aber in Europa, im gemeinsamen Europa kommt es nie an, sondern, es landet in dieser Twilightzone der intergouvernementalen Zusammenarbeit, wo wir keine Kontrolle als Parlamente, die Öffentlichkeit keine Rechenschaftspflicht einfordern kann. Das ist unser Problem. Wenn das im sozialen Bereich auch so ist? Also, wer sich den Lissabon-Prozess anschaut, der soll bitte, den fordere ich auf wirklich, das intergouvernementale Prinzip in der Frage der Sozialpolitik zu verteidigen. Wer sich dieses Hängen und Würgen des Lissabon-Prozesses mit den Versprechungen des wirtschaftlichen Wachstums und der Arbeitsplatzsicherung anschaut, alle halben Jahre bekommen wir einen Bericht, es ist nichts passiert. Also, es ist einfach so, dass wir das, was wir in der Ökologie getan haben, nämlich die Vergemeinschaftung, dass es Mindeststandards gibt, dass es Harmonisierung gibt, weil es Wettbewerbsverzerrung gibt, wenn der eine ökologische Regeln macht, die der andere nicht macht. Und im Sozialbereich erleben wir es doch jeden Tag. Es gibt Wettbewerbsverzerrungen! Weil die Sozialkosten, zu denen wir uns entscheiden, ein Standortnachteil gegenüber denen ist, die es nicht machen. Und wenn wir nicht Flat Tax haben und die Slowaken machen es, dann ist das ein Standardvorteil für sie. Also beenden wir dieses Spiel. Machen wir es so wie im ökologischen Bereich, was in der Logik des Binnenmarktes klar ist. Beenden wir diesen mörderischen Wettbewerb im Sozialdumping nach unten und machen wir eine europäische Sozialordnung gemeinsam mit Gesetzen in einer europäischen Demokratie. Eine andere Lösung, meiner Überzeugung, kann es für die soziale Frage nicht geben. Und wer da versucht dazwischen herumzurätseln, der wird die Globalisierung in Europa, in Europa wir verbrauchen neunzig Prozent unserer Produkte im eigenen Bereich. Die Globalisierung ist zu neunzig Prozent ein Mythos. Wir heizen die Globalisierung im eigenen Bereich bewusst an. Wir könnten uns auch für ein anderes Modell entscheiden, nur müssen wir uns aber für ein Gemeinschaftseuropa entscheiden und nicht für eins der Staatskanzlei. Und das verlange ich dann auch von denen, die das soziale Thema mit diesem Pathos ansehen.

Erste Präsidentin: Frau Dr. Berger, bitte.

Abg. zum Europäischen Parlament **Dr. Maria Berger:** Einige Bemerkungen zu verschiedensten Aspekten und natürlich auch auf das Referat vom Mag. Steinkellner, das am meisten Stichworte ausgelöst hat bei mir, wo ich sozusagen gerne was dagegen sagen täte. Nur zwei Aspekte, der Vorwurf "es gäbe keine Solidarität von der Union". Ja? Ich glaube, ich habe selbst in meinem Referat hingewiesen, wo ich glaube, dass es krankt. Aber, eines muss man schon sagen, wenn es Solidarität von der Union gibt, dann reden wir nicht darüber. Dann reden wir auch im Bundesland Oberösterreich nicht darüber. Zum Beispiel bei der Hochwasserhilfe, wo - glaube ich - ein Drittel der Schäden in Oberösterreich sind, mit Geldern der Europäischen Union, die wir im Europäischen Parlament mobilisiert haben, bezahlt wurden. Es wurde bei keiner einzelnen sanierten Straße, bei keinem einzelnen Projekt ist eine Tafel gestanden, wo zum Beispiel drauf gestanden wäre "finanziert mit

Mitteln der Europäischen Union". Ich war in meinem Bezirk, wir waren ja leider ziemlich betroffen, bei vielen Wiedereröffnungen von wieder erstellten Straßen, ich habe von keinem Landespolitiker je gehört, hier hat auch die Europäische Union mitgezahlt. Ich sage das nur als ein Beispiel, dass man sozusagen in der Vermittlung, wo es dann doch so etwas wie Solidarität und Zusammenhalt gibt, dass man das natürlich auch vermitteln muss, sonst kommt das sozusagen beim Bürger nicht an.

Und bei aller Kritik an der Union, die auch wir haben, man muss schon auch in der Analyse sozusagen irgendwo die Kirche im Dorf lassen. Ja? Auch, Herr Mag. Strugl, ich verstehe schon auch die Sicht, da hat man den Bund vor sich, da gibt es noch die europäische Ebene, das man viel als zentralistisch wahrnimmt. Auf der anderen Seite, wenn man aber eine coole Abwägung macht, welche Kompetenzen können heute sinnvoller Weise auf welcher Ebene wahrgenommen werden, dann bin ich nach wie vor der Meinung, es hat vielleicht die Union manche Kompetenzen, die sie gar nicht brauchen würde oder die man anders machen würde, aber in ganz zentralen Bereichen haben wir nicht zuviel Zentralismus und zuviel Europa, sondern zu wenig Europa. Ja? In der Außenpolitik, in der Innen- und Justizpolitik, in der Wirtschaftspolitik. Und wenn wir sozusagen die Steuerpolitik kritisieren, dann kritisiere ich jetzt nicht sozusagen, dass ein einzelnes Land wie Irland, das gescheit macht oder die Möglichkeiten ausnutzt, sondern, dass wir es sozusagen aufgrund der Kompetenzlage nicht verhindern können, dass sich die Mitgliedstaaten in eine tödliche Spirale hineinbegeben, ja, die einen senken die Körperschaftssteuer, dann muss es der Nachbarstaat auch tun, kann dann Sozialleistungen nicht bezahlen, hat kein ordentliches Steueraufkommen mehr, das pflanzt sich so fort. Wir sehen das ja auch in Mitteleuropa. Beispiel Slowakei: Österreich muss die Körperschaftssteuer senken, dann sagen wieder die Tschechen, aha, jetzt sind die Österreicher schon niedriger wie wir, jetzt müssen wir auch. Und eines Tages sind wir dort, dass zwar die Unternehmen angesiedelt haben, aber wir als Gemeinden und Regionen kein Geld mehr in den Kassen haben, dass wir die Straßen sanieren können, die zu diesen Unternehmen führen, was ja in Deutschland mit dem Wegfall der Kommunalabgaben schon passiert ist. Und da denke ich, da müssen wir schon sozusagen während der österreichischen Präsidentschaft, und wir mit unseren Standorten hier, müssen wir die Möglichkeiten, die es vielleicht noch gibt, hier noch was zu bewegen, auch in Angriff nehmen.

Und Stichwort China: Die Anlagen, ja, mit denen die in China produziert werden oder die Autos, die haben wir ihnen geliefert, und wir waren sehr stolz darauf, dass sie aus Oberösterreich sind, daher sollten wir weiterhin stolz sein, dass wir so viel nach China exportiert haben. Natürlich produzieren die jetzt damit Autos und Schuhe, wir haben natürlich weiterhin ein großes Interesse daran, dass, wenn wir jetzt Schutzzölle einführen gegen die chinesischen Schuhe und Autos, dann ist das Nächste der Schutzzoll gegen den Streu aus Oberösterreich. Da müssen wir die Rechnung machen, was für uns wichtiger ist, dass wir den freien Marktzugang in China haben, bei allem auch miteintreten, dass nicht sozusagen Zölle und Protektionismus uns helfen, sondern dass wir in der Welthandelsorganisation sozusagen stärker als Europäer für die Einhaltung von mindestökologischen Sozialstandards etc. eintreten.

Erste Präsidentin: Frau Abgeordnete Mag. Jahn, bitte.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Europaabgeordnete! Herr Dr. Rübiger hat am Anfang gesagt, der Herr Aznar meinte, man soll doch den Verfassungsvertrag jetzt vergessen, konzentrieren wir uns auf die wirtschaftlichen Entwicklungen, genau das ist der entscheidende Punkt. Welcher Geist steckt hinter solchen

Aussagen? Es gibt zwei Fraktionen in diesem Europa, ob in Regierungen, ob in den Parlamenten, ob in der Kommission, die Fraktionen heißen letztlich, aus meiner Sicht auf den Punkt gebracht, ein Europa, das eine reine Freihandelszone ist, möglichst ohne demokratische Kontrolle oder ein Europa, das eine vertiefte Gemeinschaft ist, wo man auch gegenseitig Verantwortung füreinander übernimmt.

Der Mainstream ist diese Seite, die hier Aznar vertritt, der Mainstream ist diese Seite, die wir die neoliberale nennen, und der Mainstream ist der, der heißt nicht Wettbewerbsfähigkeit, alle reden von Wettbewerbsfähigkeit, nicht Wettbewerbsfähigkeit durch Know-how, durch Innovation, durch gut ausgebildete Mitarbeiter, davon wird wohl geredet. Tatsächlich versucht man, das ist die hauptsächliche Entwicklung und wurde auch schon angeschnitten innerhalb der europäischen Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftspolitik ist die Grundlage für eine ausreichende Sozialpolitik. Der entscheidende Punkt heißt: Wettbewerb auf Kosten des Anderen über Steuerdumping und über Lohndumping. Das findet seinen Ausdruck in Fragen wie beispielsweise Dienstleistungsrichtlinien, natürlich stecken da Interessen dahinter, das eine Interesse ist, dass wir alle teilen können, natürlich wollen wir, dass Dienstleistungen in Europa ohne viel bürokratischem Aufwand gemacht werden. Nur das, wie es vorgesehen ist, wird zum größten Wohlstandsverlust in den bisherigen alten EU-Staaten führen, nämlich wenn die Menschen sehen, dass das auf Kosten ihrer Löhne passiert. Wenn über das sogenannte Herkunftslandprinzip das Recht des Staates gelten soll, aus dem heraus die Dienstleistung erbracht wird, dann heißt das, man kann keineswegs mehr die Illegalität hintanhalten, man kann das kaum mehr kontrollieren. Wie soll man 25 Rechtssysteme kontrollieren? Das wird dazu führen, dass keiner mehr kontrollieren kann, wo werden denn überhaupt Sozialabgaben bezahlt. Ich weiß schon, ich kenne auch die ganzen Argumente, die heißen, das ist doch nur im Selbständigenbereich, das betrifft doch die Arbeitnehmer überhaupt nicht, dann schicken wir halt fünf Selbständige statt einer Firma mit fünf Unselbständigen. Es wird natürlich einen massiven Lohndruck ausüben auf die Menschen in den alten EU-Staaten, in den reicheren EU-Staaten. Was heißt das? Es wird der Kuchen nicht größer durch einen Steuerwettbewerb und einen Lohnkostenwettbewerb, auch wenn hier Irland zitiert wird. Als Irland der EU beigetreten ist, hat man in Europa gezielt gesagt, in Irland akzeptieren wir niedrige Einkommensteuer- und Körperschaftssteuersätze, damit dort sich gezielt Betriebe ansiedeln, natürlich wirkt das. Stellen Sie sich vor, das macht man in ganz Europa, stellen Sie sich vor, das passiert jetzt für die zehn neuen Staaten, das kann nur dazu führen, dass überall die öffentlichen Budgets reduziert werden.

Auch da, und da sage ich diese eine die Freihandelsfraktion, die neoliberale Fraktion, die will das auch, sie will den Sozialabbau, das Sparkonzept, das man allen EU-Ländern verordnet hat, hat auch diesen Hintergrund, herunterfahren der öffentlichen Budgets. Wenn die öffentlichen Budgets heruntergefahren werden, dann kann man natürlich auch ganz leicht argumentieren, sozusagen wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten und noch weiter einsparen. Es hat eine entscheidende negative wirtschaftspolitische Wirkung, nämlich die, dass kein Geld mehr zur Verfügung steht, wenn es wirtschaftlich bergab geht, dass ein Staat eingreift.

Da komme ich zum zweiten entscheidenden Punkt. Es gibt keine gemeinsame Wirtschaftspolitik in Europa und zwar von den Regierungen, da bin ich ganz bei Ihnen Herr Voggenhuber. Ich gehe nicht davon aus, dass das Europäische Parlament sozusagen an dieser Entwicklung schuld ist, es ist das Europäische Parlament die einzige Institution, die überhaupt diese Fragen im Wesentlichen aufs Tapet bringt. Der Punkt ist, es gibt keine gemeinsame Wirtschaftspolitik, sie ist in wunderbaren Zielen formuliert, wie der Lissabon-Prozess, da formuliert man, drei Prozent Wachstum möchte man haben und den

wettbewerbsfähigsten Raum, es wird die gegenteilige Politik gemacht. Warum müssen sie denn hergehen und zugeben, wir erreichen die Zeile nicht? Weil nicht wirklich das, was an Instrumenten - sogar die Instrumente, die hier vorgesehen wurden, halte ich teilweise für sehr, sehr vernünftig, nämlich drei haben Sie gesagt, Ausbildung der Menschen, Verkehrsinfrastruktur bzw. Ausbau der Infrastruktur, die wir brauchen und Forschung und Entwicklung. Was muss konstatiert werden? Konstatiert werden muss, dass hier weniger anstatt mehr investiert wurde, wenn man das über ganz Europa hin anschaut, das heißt ein Sparkurs auf der einen Seite kollidiert in einem Ausmaß mit diesen Zielen, wie man sie sich nicht vorstellen kann. Es ist eine perverse Wirtschaftspolitik, die hier betrieben wird, man kann nicht verlangen, dass investiert wird, und investieren wäre notwendig und gleichzeitig überall einsparen, das geht nicht, rein rechnerisch geht das nicht.

Wie schon gesagt, das führt zu einem kleineren Kuchen. Ich komme jetzt zum Schluss, was aus meiner Sicht doch die entscheidenden Dinge sind. Ich bin da auch noch einmal beim Herrn Voggenhuber, Schluss mit dem Sozialdumping, das ist die entscheidende Frage auch für eine EU-Verfassung. Das spüren die Menschen, nicht alle, aber selbst die, die relativ gut verdienen spüren, wie der Druck in den Unternehmen immer mehr steigt. Es ist ihnen egal, wer daran Schuld ist, ob die Verfassung daran Schuld ist oder das EU-Parlament oder die nationalen Regierungen oder die Kommission, das ist vollkommen egal. Entscheidend ist, wenn sie das spüren, haben sie kein Vertrauen darin, dass innerhalb der EU, wer immer hier die Entscheidungen trifft, eine Politik in ihrem Sinne macht. Wünschen tu ich mir, dass man im Rahmen der Finanzvorschau dieses Thema Steuerdumping auch mit den neuen EU-Staaten verhandelt unter dem Gesichtspunkt, ich kann mir vorstellen, dass man auch zwei unterschiedliche Körperschaftssteuersätze macht, dass es zu einer Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage kommt, dass aber die neuen EU-Staaten durchaus einen tendenziell geringeren Satz haben könnten als die alten EU-Staaten. Ich denke, das wäre sehr zweckmäßig, aber jetzt im Rahmen der Finanzvorschau gibt es die wirklich einzig druckvolle Möglichkeit, hier zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen, wenn die vorbei ist, glaube ich, wird es ganz, ganz schwierig sein.

Ein zweiter Punkt: Es braucht eine große öffentliche Investitionsprogrammatik, die muss auch auf europäischer Ebene passieren, denn wenn die Einzelstaaten in ihren Budgets immer knapper werden, kann man sozusagen nicht erwarten, dass sie jetzt öffentlich investieren, dazu braucht auch die EU eigenständige Finanzierungsmechanismen.

Der dritte und letzte Punkt. Es muss diese unselige Privatisierungs- und Liberalisierungsentwicklung angegriffen werden, sie führt nämlich auch zu einem, wenn man sie anschaut, ich sehe den Dr. Rübiger schon den Kopf schütteln, wenn man sich anschaut, welche Ergebnisse sie erzielt, am Anfang niedrigere Preise und dann gehen sie überall wieder hoch. Bei den Sozialsystemen führen sie letztlich dazu, dass sich die Einkommensentwicklung zwischen arm und reich immer mehr auseinander entwickelt, dass der Mittelstand tendenziell wegfallen wird. Ich sage Ihnen, die Menschen spüren das, genau das spüren sie, mit dem muss Schluss sein. Es braucht eine Politik, wo die Menschen sehen, wir wollen ein wirtschaftlich erfolgreiches Europa und eines, dass diesen wirtschaftlichen Erfolg aber durch gemeinsame Kraftanstrengung schafft und nicht dadurch, dass man gegenseitig versucht, Vorteile zu verschaffen, dann schaffen wir eine gute Verfassung. Ich glaube, zum Schluss, dass die Verfassung, so wie Dr. Maria Berger gesagt hat, in dem wirtschaftspolitischen Teil auch entscheidende Schwächen drinnen hat, ich glaube auch, wir sollten diese falschen Wege herausgreifen, aufzeigen und vermitteln, es braucht hier eine andere Politik.

Erste Präsidentin: Herr Abgeordneter Schenner, bitte.

Abg. **Schenner:** Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Anfang möchte ich sagen, mit diesem Geplänkel oben und unten kann ich eigentlich nichts anfangen. Ich komme aus dem Salzkammergut, und da ist es ja bekanntlich so, das alles, was aus Linz kommt, freudig begrüßt und nichts kritisiert wird. Dennoch haben solche Veranstaltungen irgendwie auch den Effekt, dass man das, was man in der Diskussion mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu den einzelnen Themen hört, artikuliert, aber nicht so sehr, um irgendwie destruktiv zu wirken, sondern um Argumente zu suchen und Argumente zu finden, die einem den positiven Grundgedanken zur Europäischen Union auch gegenüber den Mitbürgern besser argumentieren lassen.

Zu einigen Punkten möchte ich etwas sagen. Zum europäischen Sozialmodell: Erstens ist es, glaube ich, ein bisschen ein Problem, dass nicht alle europäischen Staaten überhaupt ein europäisches Sozialmodell anstreben, soweit mir das bekannt ist. Zweitens, dass man dann oft nicht genau weiß, was das europäische Sozialmodell genau ist, das hat man ja schon gehört. Drittens, dass selbst, wenn man sich über das Ziel oder die Ausformung seines Sozialmodells einig ist, der Weg dazu oder die Mittel dazu ganz unterschiedlich sind. Ich könnte mich durchaus wieder finden mit einigen Ideen oder besser wieder finden mit einigen Ideen eines ehemaligen Sozialpolitikers der CDU, als zum Beispiel mit Ideen des Toni Blair. Ich könnte mich nicht wieder finden mit der Rübigschen Theorie, je größer der Kuchen desto gerechter die Verteilung. Ich glaube, dafür gibt es weder Daten, noch könnte ich mir erklären, wie das funktionieren sollte.

Dieser Arztvergleich von Ihnen, Kollege Voggenhuber, das ist mir schon irgendwie klar, wenn der Patient, wenn man weiß, was soziale Gesundheit oder das europäische Sozialmodell ist. Da gibt es einen Patienten, der schwächelt, dann kommt der Arzt und verabreicht ihm eine gehörige Dosis neoliberale Medizin, darauf hin geht es dem Patienten erheblich schlechter, dann kommt der Arzt und sagt, ich weiß, was wir machen, wir verdreifachen die Dosis, dann hole ich mir vielleicht eine EZB, dass dann mancher Patient den Arzt erschießt, das kann ich mir lebhaft vorstellen.

Zweiter Punkt, die EU als Friedensprojekt. Da denke ich nicht nur daran, an die Sache mit dem Irak. Ich glaube, dass das sehr viele Menschen aus der Vergangenheit noch in Erinnerung haben, dass Kriege immer ökonomische Ursachen gehabt haben. Wenn man aber hergeht und die ökonomischen Interessensgegensätze der Staaten unter dem Stichwort Standortwettbewerb oder Konkurrenz permanent erhöht und es völlig vergisst die Kooperation, was ja auch wichtig wäre zu fördern, dann ist das Schlagwort, möchte ich fast sagen, vom "Europäischen Friedensprojekt" nicht mehr ganz so glaubhaft.

Das Dritte, an was ich gar nicht recht glaube, das ist, dass sich das Subsidiaritätsprinzip irgendwie durchsetzt. Wenn wir uns selbst bei der Nase nehmen, wie wir es mit der Gemeindeautonomie und den Möglichkeiten der Gemeinden und Gemeindeverbände schon im Landtag halten, ja warum sollte es in Wien und in Brüssel anders sein.

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Martin Windtner, Österreichischer Gewerkschaftsbund, bitte.

Martin Windtner: Danke. Ich habe einen schönen Zielsatz gehört: Beenden wir den mörderischen Wettbewerb im Sozialbereich. Es gäbe eine Menge von praktischen Beispielen, wie alltäglich dieser mörderische Wettbewerb aussieht, da brauchen wir nur ein

Stichwort Verkehrsbereich, LKW-Transporte, wie sich das entwickelt. Ich habe den Eindruck, nicht nur die Regierungen, auch das Europäische Parlament ist gerade dabei, diesen Wettbewerb zu verschärfen. Konkret, der Arbeitsmarkt ist für Österreich in absehbarer Zeit EU-weit geöffnet, 2008, 2011 ist nicht weit weg. Welche Bedingungen nachher gelten, arbeitsrechtlich, Konsumentenschutz, Umweltrecht, in diesem großen Bereich der Dienstleistungen, im Binnenmarkt für Dienstleistungen wird ja in den nächsten Wochen zu einem wesentlichen Teil schon entschieden im Europäischen Parlament. Sie werden entscheiden, ob 25 nationale Rechtsanordnungen in Oberösterreich zur Anwendung kommen. Sie werden entscheiden, ob Rechtsstaatlichkeit auch noch für solche gilt, die es sich nicht leisten können, ein Anwaltsbüro einzuschalten, wenn es mehrsprachig ist, das gewappnet ist, in 25 Rechtsordnungen, Recht, Arbeitnehmerrecht, Konsumentenrecht zu vertreten. Sie entscheiden, ob Arbeitsrecht reduziert wird auf einen Mindestlohn und auf eine maximale Arbeitszeit, oder ob so etwas wie Entgeltzahlung im Krankheitsfall, ob so was wie betriebliche Interessensvertretung auf gesetzlicher Grundlage dann noch sein wird. Meine Frage an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ist: Werden Sie einer Dienstleistungsrichtlinie mit diesem Herkunftslandprinzip zustimmen oder nicht?

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Bundesrat Kneifel.

Abg. **Kneifel:** Ich möchte zuerst sagen, dass es ein großer Vorteil ist, dass diese Enquete heute stattfindet und dass wir uns auch auf Landesebene mit den europäischen Themen intensiv auseinandersetzen können. Dass sich Europa in einer Krise befindet, dazu bedurfte es nicht dieser Enquete heute, um das darzustellen, das ist, glaube ich, jedem wachsamem Staatsbürger weitgehend bekannt. Ich glaube aber, dass das Kind nicht mit dem Bad ausgegossen werden soll, es ist nicht an der Zeit, glaube ich, dem europäischen Einigungsprojekt das Ende herbeizureden. Ich glaube eher, dass wir aus dieser Krise eine Chance machen sollen und in die richtige Richtung eben die richtigen Maßnahmen auch setzen. Man kann natürlich rein atmosphärisch die Situation beklagen oder für unzufrieden oder als unzufrieden darzustellen, ich glaube aber, dass es eigentlich keine Alternative gibt zu diesem europäischen Einigungsprozess, die Themen wurden ja schon genannt, Globalisierung, Verkehr, Sicherheit, Sozialstandards usw.

Ich glaube, dass es eine Schande ist, wenn in Europa eine Krise ausbricht und eine militärische Intervention notwendig ist und man in Europa keine anderen Maßnahmen setzen kann, als zum Hörer zu greifen und die Vereinigten Staaten um Hilfe herbeizurufen. Ich glaube, Europa soll so selbstbewusst sein, oder das wünsche ich mir zumindest, seine Angelegenheiten selbst lösen zu können, ohne eine transnationale Unterstützung herbeizurufen. Nur um den Aspekt der Sicherheit einmal zu beleuchten, ich glaube auch, dass Europa nicht das Problem ist, sondern die Antwort auf Probleme, die wir haben, zum Beispiel den Verfassungsvertrag. Ich glaube, der Verfassungsvertrag ist notwendig, ich kann mich mit der Vorgangsweise durchaus einverstanden erklären, dass wir einmal das, was außer Streit steht, Grundrecht etc., etc. von Voggenhuber genannt, uns vortasten und weiter entwickeln.

Ich habe auch eine Sorge, dass natürlich die Gründerväter der Europäischen Union sehr stark motiviert waren und von der Hoffnung getragen waren, das Friedensprojekt voranzutreiben, noch im Eindruck der Wirrnisse und der katastrophalen menschlichen Tragödien, die es in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gegeben hat. Das verblasst immer mehr, meiner Meinung nach. Die Friedensdividende ist zwar noch ein hohes Asset im europäischen Einigungsprozess, aber trotz Gedankenjahr und anderer Initiativen wird diese starke Motivation den Einigungsprozess meiner Meinung nach von Generation zu

Generation geringer und von Jahr zu Jahr schwächer. Deshalb glaube ich, sind politische Initiativen erforderlich um dieses Projekt in Gang zu halten. Ich glaube, dass hier, und Trübswasser hat es in seiner Stellungnahme gesagt, dass hier auch wir selber gefordert sind, wir selber.

Ich halte es auch immer für unangenehm und eigentlich unfair, wenn immer gesagt wird, die in Brüssel oder die in Straßburg und unsere Verantwortlichen sitzen dort und haben mit Anteil an diesen Prozessen. Also, wir dürfen uns hier nicht absentieren, weil das bringt auch natürlich diese Vertrauenskrise noch mehr in Schwung. Und was wir eher brauchen ist mehr Vertrauen in die Entscheidungen in Europa und mehr europäisches Gesamtbewusstsein. Ich glaube, dass hier wir gefordert sind als Mandatäre aller Ebenen. Ich nenne nicht die drei, die hier vorne sitzen, Voggenhuber, Maria Berger und Paul Rübiger, sondern ich gehe bis in die Gemeinden hinunter, nämlich dass wir unsere Rolle als politische Mediatoren mehr wahrnehmen, erklären, informieren, Hoffnung geben und um damit mehr Vertrauen zu schaffen.

Abschließend: Ich glaube, dass Oberösterreich, dass das Bundesland Oberösterreich, auch mit allen Mängeln, die wir heute kritisiert haben, aus den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen eigentlich sehr gut abgeschnitten hat und sehr gut gearbeitet hat. Das Land Oberösterreich ist so etwas für mich, wie der Dichter gesagt hat, die kleine Welt, wo die große ihre Probe hält. Wir haben als Oberösterreich, wenn ich an die Ereignisse denke, Maria Berger hat Hochwasser und ähnliche Dinge erwähnt, wo die Europäische Union sehr gut abgeschnitten hat, ich habe am Wochenende, weil ich von der Landesregierung auch in den Aufsichtsrat als Ehrenamtlicher dorthin geschickt wurde, die Eröffnung des Ennshafen Containerterminal gefeiert, 60 Millionen Euro Investition, sechs Millionen Euro davon europäische Förderung, ein Musterbeispiel an Umsetzung in einer Region der transeuropäischen Netze, das hilft den Betrieben. Hier bin ich auch bei der Kollegin Jahn, die gesagt hat, was bringt das denen, die soziale Probleme haben und die um ihren Arbeitsplatz zittern. Das bringt denen sehr viel, weil sie ihre guten Produkte, die in Oberösterreich in sehr vielen exportorientierten Betrieben erzeugt werden, zu wettbewerbsfähigen Preisen in die Welt hinaus bringen und damit bei der Globalisierung ankommen. Und das ist die richtige Antwort Oberösterreichs für die Menschen, die in den Betrieben arbeiten, hervorragende Produkte erarbeiten und produzieren. Und das nutzt alles wenig, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, das auch in die Welt hinaus zu bringen. Das ist, glaube ich, eine sehr konkrete, reale und pragmatische Antwort auf die Frage, was nützt uns das. Mit diesem Beispiel möchte ich enden und mich bedanken, dass diese Enquete stattgefunden hat.

Erste Präsidentin: Danke Herr Bundesrat Kneifel. Bitte Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich zunächst einmal entschuldigen, weil ich glaube, es ist heute auch ein wichtiger Termin für die Exekutive. Wir haben Regierungssitzung um acht gehabt, fünf mal länger gebraucht als das normalerweise der Fall ist, aus sehr unterschiedlichen Gründen, und deshalb bin ich ein bisschen zu spät dran. Ich versuche die Überleitung von meinem Vorredner. Da passiert einiges in Oberösterreich, das stimmt schon. Plus sieben Prozent im Sozialbudget jedes Jahr, das sind 150 Millionen Euro in dieser Legislaturperiode mehr, aber wir merken doch, liebe Kolleginnen und Kollegen tagtäglich am eigenen Leib, wie sich Handlungsspielräume der Politik einengen, auch der regionalen Politik. Und nicht deswegen, weil es einen Brüsseler Zentralismus gibt, sondern ganz einfach, weil der Druck auch auf Regionen durch eine innereuropäische und durch eine globale Globalisierung dramatisch zunimmt.

Wir haben heute ein Beispiel: Standortsicherungserklärung für die voestalpine. Ein ganz wichtiger Versuch, das abzufedern und dem entgegen zu wirken. Aber, wenn ich mir nur anschau durch die Steuerreform der österreichischen Bundesregierung, wie immer man jetzt dazu steht, und ich will jetzt keine bundespolitische Debatte da vom Zaun brechen, aber, was heißt das konkret? Das heißt für eine Region wie Oberösterreich, in Summe für die Kommunen, für das Land, in Summe rund 400 Millionen Euro weniger Steuern im Laufe der Jahre. 400 Millionen Euro heißt, 400 Millionen weniger Gestaltungsmöglichkeit auf Grund der Tatsache, dass wir einen mörderischen Steuersenkungswettbewerb als Standortwettbewerb in diesem Europa haben. Das heißt, die Kernfrage für die Politik und für die Frage, welche Gestaltungsmöglichkeiten hat die Politik noch, ist die Frage dieser innereuropäischen bzw. der globalen Globalisierung.

Die zweite Frage ist dann für mich, wer hat denn die Möglichkeit, da dagegen zu halten und einen politischen Rahmen zu definieren, Standards zu definieren? Und das kann doch nur nicht eine Antwort von früher im nationalen Bereich sein, sondern das kann doch nur eine europäische Frage, eine europäische Herausforderung sein. Und wer sonst, wenn nicht ein starkes Europa kann dafür sorgen, dass etwa in internationalen Organisationen Umwelt- und Sozialstandards eingezogen werden als Grundbedingung. Wenn wir darüber reden, die Preise bei HM sind billiger als in einem anderen Bereich von oberösterreichischen Produkten, die Autos aus China sind preiswerter. Und ich glaube das Problem sind nicht die Maschinen, die aus Oberösterreich gekommen sind, sondern die Rahmenbedingungen, unter denen produziert wird und unter denen Wettbewerbsverzerrungen dramatischer Natur im sozialen Bereich, Umweltbereich etc. passieren und geschehen und tagtäglich geschehen. Das heißt, Globalisierung in den Griff zu bekommen heißt für mich, Europa zu stärken und heißt, eine ökologische und soziale Ausrichtung Europas zu stärken. Ich war entsetzt über die Verfassungsabstimmung in Frankreich und in Holland. Aber ich sage Ihnen ganz offen, noch entsetzter war ich über so manche Reaktion von europäischen Regierungschefs, wo ich das Gefühl hatte, entweder gibt es einen blanken Populismus, oder es gibt sehr unterschiedliche Interessenslagen, wo manche eine große Freude und Genugtuung hatten, dass das nicht gelungen ist, was eine europäische Stärkung, Demokratisierung und Aufwertung eines ökologischen und sozialen Europas betrifft. Ich glaube, die Chance in der jetzigen Situation, wenn es eine Chance gibt, und als alter Berufsoptimist, glaube ich daran, dass es diese Chance gibt, sind genau diese Fragen.

Ich kann dem durchaus zustimmen, was die Gerti Jahn zuerst gesagt hat, genau diese Fragen der Antworten, wie kann eine soziale Absicherung, ein soziales Europa in Zukunft ausschauen, in den Mittelpunkt einer öffentlichen Diskussion zu bringen, einen Diskussionsprozess zu starten. Und deshalb halte ich die heutige Veranstaltung auch für extrem wichtig. Denn wenn jetzt alle sozusagen in Absetzbewegung von Europa sich ergeben, dann ist das eine verheerende Entwicklung und dann haben manche, die nicht wollen, dass es ökologische und soziale Standards, die nicht wollen, dass es nicht in eine neoliberale Richtung geht, die nicht wollen, dass diese Globalisierung in Europa und auf globaler Ebene einen Rahmen, einen klaren politischen, erhält, dann haben die auf lange Zeit gewonnen. Und das eigentliche Dilemma ist aus meiner Sicht der Zeitverlust der erfolgt. Der Zeitverlust, der Jahre bedeutet, die wir anders nützen müssten, weil andere schon sehr sehr weit voraus sind. Das heißt, diese Phase jetzt muss ein offener Diskussionsprozess über diese Problemfragen für uns, über unsere Rolle in Europa und über politische Antworten sein. Ich glaube, dass das Signal, dass ich da spüre, zumindest weitgehend, grundsätzlich ein sehr erfreuliches ist in diesem Haus heute bei dieser Veranstaltung. Das ist ein grundsätzliches Bekenntnis zu einem starken Europa. So habe ich viele viele

Wortmeldungen da herinnen verstanden. Das ist ein grundsätzliches Bekenntnis zu einem nicht nur starken sondern zu einem starken ökologischen und sozialen Europa, und das ist damit ein Bekenntnis zu einer klaren europäischen Verfassung, die die Grundbedingung dafür ist, dass Europa auf globaler Ebene stark auftreten kann. Mir hat es ja gefallen, was der Johannes vorhin, und das ist jetzt nicht parteipolitisch zu sehen, sondern ganz offen und ehrlich, formuliert hat über die Frage der innereuropäischen Globalisierung und den Unterschied, den es gibt im Bereich der Sozialstandards, der fehlenden, und damit des Sozialdumpings innerhalb Europas und dem Unterschied zum Umweltbereich. Und ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, als Umweltreferent ist es phantastisch, wenn ich hergehen kann und in harten Auseinandersetzungen definieren kann, ja bitte sehr, da gibt es eine EU-Richtlinie Feinstaub oder da gibt es Grenzwerte auf europäischer Ebene in Richtung Stickoxydabsenkung im Jahr 2010. Da müssen wir gemeinsam hinarbeiten. Und die Kollegen in der Slowakei oder in Frankreich müssen selbiges tun. Und genau das müssen wir auch auf sozialpolitischer Ebene erreichen.

Erste Präsidentin: Danke Herr Landesrat Anschöber. Zwei Wortmeldungen habe ich jetzt noch. Die nehme ich noch herein und sie versuchen diese Fülle von Fragen Antworten zu geben oder auch auf die Fülle von Antworten, die gegeben worden sind, auch Ihre Meinung auch dazu zu sagen. Herr Dr. Baltasar Gierlinger und Herr Abgeordneter Frauscher im Anschluss, bitte.

Dr. Baltasar Gierlinger: Ich möchte vor allem eines sagen, dass ich schon auf die Sozialcharta hinweisen möchte, dass wir in Europa Erfolgserlebnisse haben wie man heute gehört hat, Irland. Dann schließlich und endlich sind die ärmeren Staaten Spanien, Portugal, Griechenland usw. integriert worden und somit haben sie profitiert auch auf diesem Sektor. Und das Neueste, ich habe vor kurzem gelesen, selbst Irland, Lettland, Estland und Litauen haben bereits höheres Wirtschaftswachstum, also profitieren sie im weiteren Sinne dann auch auf sozialem Bereich. Dass natürlich diese große Differenz zwischen den alten Staaten und den neuen zugezogen schwierig ist, dass man es gleich ausgleicht, das ist natürlich klar. Aber ich kann mit nur vorstellen, so muss einmal der eine Faktor als positiv betrachtet werden. Wenn man natürlich auch immer wieder fordern muss, die soziale Komponente darf nicht verloren gehen, so wie in Amerika.

Und das Zweite würde ich sagen, das Subsidiaritätsprinzip ist schließlich und endlich auch durchgezogen worden und hier hängt es von jedem einzelnen und jeder Subsidiaritätsgemeinde oder regionalem Bereich ab, dass sie diesbezüglich ein bisschen munter sind und kämpfen für die Interessen dieser subsidiären Gebiete.

Und noch ein letzter Punkt wäre, wir haben die Verpflichtung gegen die Hintermänner, der Gegner der EU zu kämpfen. Wer sind diese Hintermänner? Sind das USA, mit ihren ferngesteuerten, freimaurerischen Leuten, die vielleicht sich freuen, wenn die EU, wie man sagt, nicht so harmonisch läuft, und damit sie ihre Interessen vielleicht sehr optimal durchziehen können. So, ich danke.

Erste Präsidentin: Danke. Herr Abgeordneter Frauscher bitte.

Abg. Frauscher: Ich möchte kurz eingehen auf die Angleichung der sozialen Standards. Es ist sicherlich ein Ziel, das anstrebenswert ist, und für jeden Menschen sicherlich ein wertvolles Ziel ist. Es muss uns aber klar sein, dass diese Angleichung der sozialen Standards gerade in den Ländern, wo sie noch niedrig sind, natürlich mit Kosten verbunden ist, die wahrscheinlich durch Wirtschaftswachstum aufzubringen sind. Wenn wir jetzt

natürlich sagen, und das ist auch wieder richtig, dass wir dieses Steuerdumping jetzt einmal hintanhaltend wollen, und das wird eine Harmonisierung brauchen, dann würde es so sein, wenn wir es auch nicht über Förderungen dann erreichen wollen in den Ländern, dann würde es so sein, dass wir wahrscheinlich das Wirtschaftswachstum innerhalb Europas einmal zukünftig anders verteilen müssen, was nichts anderes heißt, dass die Länder, die jetzt ein besseres Wirtschaftswachstum haben, die so genannten reichen Länder, wahrscheinlich etwas abgeben werden müssen, um es den anderen zu geben und dort Wirtschaftswachstum und Wertschöpfung entstehen zu lassen. Ob diese Solidarität aufgebracht werden kann, das wird, glaube ich, der Knackpunkt sein, ob das wirtschaftliche Europa dort drüber kommt.

Erste Präsidentin: Danke Herr Kollege Frauscher. Darf ich Sie jetzt noch um eine Beantwortungsrunde bitten. Vielleicht ist es möglich, diese Fragen kumuliert doch in drei Minuten zumindest anzureißen, weil ich würde sehr gerne auch den Klubobmännern noch einmal Gelegenheit geben, noch einmal darauf zu replizieren.

Abg. zum Europäischen Parlament **Johannes Voggenhuber:** Ja, vielen Dank. In Tablettenform kann man das dann nur pressen und hoffen, dass es irgendwie später dann zur Wirkung kommt. Zuerst möchte ich Ihnen sagen, dass ich sehr beeindruckend finde, wie hier diskutiert wird und mit welcher Kompetenz. Damit Sie es mir glauben, sage ich, ich wünschte, dass es im Hauptausschuss des Nationalrates solche Diskussionen möglich wären. Da stößt man sehr oft auf glasige Augen, wenn manches von dem besprochen wird, was wir hier heute debattiert haben.

Ich habe nur einige Minuten. Lassen Sie mich nur sagen, die Frau Mag. Jahn hat einiges von dem ergänzt, was mir da am Herzen liegt. Vielleicht nur dazu. Erstens einmal werden Arbeitsplätze ja nur verlagert und nicht geschaffen. Das ist ja auch die Tragödie, die dort entsteht. Es geht aber um mehr. Es geht aber um die Zerstörung des politischen selbst. Ein amerikanischer Senator hat eine halbe Stunde nach dem französischen Referendum gesagt, es ist Manna vom Himmel. Ja, es ist Manna vom Himmel, die sich Europa vorstellen als letztes Bollwerk gegen die amerikanisierte, freie Wettbewerbsgesellschaft und ihrem globalen Siegeszug, die damit geschleift werden kann. Deshalb fand ich so fatal, dass Sie glauben, dass die Verfassung hier eine dreifache Dosis Neoliberalismus wäre. Ganz im Gegenteil. (Zwischenruf unverständlich) War das ein Missverständnis? Das ist richtig. In der konkreten Politik ist das sehr wohl richtig. Und das macht den Widerspruch dann. Da bin ich sehr froh, dass wir das noch ausräumen. Aber es geht darum, das Politische zu schmälern und die Politik an dem zu ändern, was ihre Natur ist, nämlich ökonomische Interessen einem Allgemeinwohl und Werten unterzuordnen. Diese Fähigkeit soll Politik verlieren, grundlegend. Weltweit, im Rahmen der Handelsregime, wer außer Europa soll denn ökologische, soziale Werte in die Welthandelsregime einbringen? Und wer als der mächtigste Wirtschaftsraum der Welt, mit 500 Millionen Konsumenten, könnte denn der Erpressung der Akteure, der globalen Akteure, einen Rahmen entgegensetzen? Und um diese Auseinandersetzung geht es, um die Emanzipation des politischen Gegenüber der Globalisierung. Und deshalb ist diese Frage so unendlich wichtig. Denn dann gibt es entweder ein Modell, ein freiheitliches, demokratisches, rechtsstaatliches Modell, das nicht vergisst, dass es eine Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit nicht gibt, oder es wird diese letzte Bastion geschleift, und wir haben eine freie, entfesselte Wettbewerbsgesellschaft rund um die Welt mit den Konsequenzen, die hier gesagt wurden.

Ich denke, das Europäische Parlament ist ein Verbündeter dafür. Die Regierungen sind es nicht. Man muss allerdings unterscheiden langsam zwischen dem, wo sie eine Verfassung

haben und von dem, was in diesem Verfassungsraum dann Politik gemacht wird. Und wenn zwischen 60 und 70 Prozent der Menschen Neoliberale wählen, dann kann man sich nicht wundern, dass diese Entwicklung auch in die Parlamente Einzug findet. Aber mit dieser Verfassung und den sozialen Rechten, zum ersten Mal in 200 Jahren Geschichte, der Menschenrechtsgeschichte, gibt es soziale Rechte als allgemeine Menschenrechte. Ich denke, dass das ein gewaltiger Fortschritt ist und dass wir jenen einen Strich durch die Rechnung machen sollten, die glauben, es ist ein gewaltiger Fortschritt zurück ins 19. Jahrhundert, wenn sie das zum Scheitern bringen. Das ist die Auseinandersetzung, um die es geht.

Erste Präsidentin: Danke. Frau Dr. Berger bitte.

Abg. zum Europäischen Parlament **Dr. Maria Berger:** Ich möchte zum einen auf die konkrete Frage nach der Dienstleistungsrichtlinie eingehen und wir werden im Ausschuss jetzt (Zwischenruf Abg. Voggenhuber: "Nein, darf ich das auch noch beantworten? Nein! Ich stimme dem sicher nicht zu!") Okay. Nur für die, die nicht so informiert sind: Es geht erstens um die Dienstleistungsrichtlinie, der Vorschlag der Kommission, der jetzt übernächste Woche im Europäischen Parlament im Ausschuss und Ende des Monats im Plenum abgestimmt wird. Wir haben uns natürlich dafür eingesetzt, diesen Richtlinienentwurf sozusagen weitgehend umzugestalten, insbesondere das Herkunftslandprinzip so weit zu entschärfen, dass es nicht mehr gefährlich ist und möglichst viele Sektoren auszunehmen. Wir werden schauen, dass wir das auch so durchbringen. Es sind ja laufend jetzt Kompromissgespräche mit der EVP-Fraktion im Gange.

Ich habe nur eine Bitte, auch bei europäischen Institutionen jene Differenzierung vorzunehmen, die wir uns zu Hause angewohnt haben. Sollte die Abstimmung im Europäischen Parlament schief gehen, weil zum Beispiel die EVP für ihre Position mehr Stimmen hatte, weil sie durch die Wahlen zum Europaparlament mehr Abgeordnete haben als wir, dann bitte nicht die Institution Europa dafür verantwortlich zu machen, sondern das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Das ist Demokratie. Also, auch wenn eine Institution einmal etwas entscheidet, was einem persönlich nicht gefällt, wird man nicht sozusagen jetzt sagen, die Institution ist schlecht, ja, sondern das ist Demokratie. Ich hoffe natürlich immer noch, dass nicht sie gewinnen sondern wir gewinnen, ja, aber das wissen wir. Ja, und es ist auch erst der erste Durchgang. Da ist noch nicht aller Tage Abend, wenn da jetzt, je nachdem, wir werden sehen, was passiert.

Was die Gerti Jahn sagt, bin ich weitgehend einverstanden und auch der Herr Landesrat Anschöber, also da kann ich mich weitgehend anschließen. Und der Arnold Schenner hat natürlich Recht beim europäischen Sozialmodell, dass viele Staaten so etwas gar nicht in ihrer Konzeption anstreben. Auf der anderen Seite, wenn man sich sozusagen hinsetzt und schaut, was haben wir trotzdem in Europa gemeinsam, dann findet man bei allen Unterschieden jetzt durchaus zum Beispiel in der Sozialdemokratie zwischen dem Weg des Tony Blair und einem Weg von anderen, trotzdem über Europa gemeinsame Aspekte. Die zu verteidigen und auch zu exportieren sozusagen in andere Länder sehe ich schon als wichtige Aufgabe. Oft sieht man auf Grund der Unterschiede das Gemeinsame oft nicht so. Aber dass zum Beispiel, was weiß ich, die größten Risiken des Lebens in einer einmal zumindest der Basis nach solidarischen Form abgesichert sind, ob das jetzt beitragsfinanzierte oder steuerfinanzierte Modelle sind, mag ein Unterschied sein, aber es gibt sie überall oder werden zumindest angestrebt dort, wo es noch nicht so ausgebaut ist.

Also da findet man dann schon etwas, was man sozusagen als dieses europäische Sozialmodell bewerten kann. Wenn sozusagen auch solche Modelle gesucht werden, ich würde wirklich immer plädieren, und gerade für die Lage, in der Österreich ist, wir können uns nicht mit Irland vergleichen, wir haben nicht sozusagen diese Situation, dass wir vor 20 Jahren total arm waren und da jetzt aufgepäppelt werden müssen und mit niedrigen Steuern schauen müssen, dass wir uns irgendwie nach vorwärts bringen. Das, was unser Modell für Österreich sein sollte, sind die skandinavischen Staaten, nach wie vor. Die haben zwar massive Einschnitte auch im Wohlfahrtsstaat zum Teil vornehmen müssen, ja, sage ich auch dazu, haben teilweise liberalisierte Dienstleistungsmärkte, aber sie haben es geschafft, sozusagen ein hohes Niveau an Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch viele, viele Investitionen in Bildung, Forschung etc. zu erreichen.

Sie sind auch nach wie vor ein attraktiver Unternehmensstandort. Es gibt Löhne, von denen die Arbeitnehmer leben können. Es gibt ein hohes Niveau an sozialen Dienstleistungen, auch Kinderbetreuung etc. Sozusagen die haben es irgendwo geschafft, ja. Ich denke mir, an dem sollten wir uns orientieren. Wenn wir es schaffen, dieses Modell sozusagen auch in Europa, was wir uns gerade als Aufgabe nehmen, mehr zu propagieren und uns näher anzuschauen und zu analysieren, dann wäre das sozusagen ein positives Modell; auch, dass man nicht nur glaubt, Wettbewerbsfähigkeit immer nur zu Lasten der sozialen Sicherheit gewinnen zu können. Danke.

Erste Präsidentin: Ich danke auch. Bitte, Herr Dr. Rübiger.

Abg. zum Europäischen Parlament **Dr. Paul Rübiger:** Ja, danke. Zuerst, ich habe der Maria Berger schon einmal gratuliert zum Europäischen Verfassungsvertrag, weil da steht 89 mal, glaube ich, das Wort sozial und nur 27 mal das Wort Wettbewerb drinnen. Also die Menschen, die hier mitgearbeitet haben, haben sehr wohl auf das europäische soziale Befinden geachtet und haben sich, glaube ich, auch sehr massiv durchgesetzt. Wenn wir das Paket aufschnüren werden wir ja sehen, wo dann die neue Richtung wieder hingehet. Aber Faktum ist, dass wir uns einig sind, dass wir nicht dieses neoliberale Ohne-Regeln-Europa haben wollen, ganz im Gegenteil. Ich glaube, wir brauchen auch in der Wirtschaft dieses rule-based, gemeinsame Rahmenbedingungen, mit denen wir uns entwickeln können. Da ist eigentlich schon in Europa in den letzten Jahrzehnten sehr viel geleistet worden.

Dann komme ich zur Dienstleistungsrichtlinie, ja. Wenn man auf der einen Seite ein gemeinsames soziales Europa will, auf der anderen Seite will man 25 nationale Dienstleistungsrechte aufrecht erhalten, dann frage ich mich, stehen wir hier nicht ineinander zu einem Widerspruch? Faktum ist, dass ich sehr viele Beschwerden an die Europäische Kommission geschickt habe von kleinen und mittleren Betrieben aus Oberösterreich, insbesondere die in Passau über die Grenze gearbeitet haben, dass der Tischler, wenn sie über die Grenze gefahren sind und eine Küche montiert haben, mindestens von sieben Kontrollinstanzen daran gehindert wurde, die Küche ordentlich zu installieren, dass wir gesagt haben, bitte, das kann doch nicht sein, dass wir in einem gemeinsamen Europa, wenn man von Österreich nach Deutschland fährt, dass hier völlig unterschiedliche Dinge gelten. Wir wollen eine Entbürokratisierung dieser Vorschriften. Es müssen Vorschriften sein, die in Gesamteuropa gelten. Das kann sich nicht am Rücken der kleinen und mittleren Betriebe abspielen, dass die drei Juristen mithaben müssen, damit sie drüber der Grenze eine Küche montieren können.

Aber vielleicht mehr zum Prinzipiellen, und ich möchte vor allem das Thema dieser heutigen Enquete loben, nämlich es gibt da drei Worte in der Überschrift zur heutigen Enquete,

Schicksal. Ja, es ist Schicksal, ob wir den Verfassungsvertrag bekommen oder nicht, nicht nur zwischen uns und den nächsten Generationen, nicht nur zwischen den großen und kleinen Staaten, sondern es ist Schicksal, ob wir es gestalten können dieses Europa, gemeinsam auf eine Grundlage stellen können, die langfristig hier Strukturen ermöglichen, die bis jetzt im Dreißigjährigen Weltrieg, im 1. Weltkrieg, im 2. Weltkrieg nicht möglich waren. Ich glaube, wir sollten aus unserer Vergangenheit lernen, dass dieses Schicksal sehr wohl von uns selbst auch mitgestaltet wird.

Das zweite Wort, das mir hier positiv in dieser Überschrift auffällt, ist das Wort Vertrag. Wann braucht man einen Vertrag? Einen Vertrag braucht man in aller Regel, wenn man sich streitet. Und wenn gestritten wird, muss es eine Entscheidung geben, die dann letztendlich hält. Deshalb ist eine ausführliche gute Grundlage, wie sie derzeit der Verfassungsvertrag ist, sehr wichtig. Das habe ich auch mit dem amerikanischen Senator in einer heftigen Auseinandersetzung gerügt, weil er gesagt hat, die amerikanische Verfassung ist so kurz und so eindeutig und die europäische so lang. Ja, wir geben halt wesentlich mehr Antworten für unsere Richter dann später einmal, wo wir hinwollen mit diesem europäischen Modell. Gerade, wenn wir heute über die Türkei diskutieren, dann, glaube ich, wäre es wichtig, unsere christlichen Wurzeln in dieser Verfassung, und wie es jetzt schön umschrieben wurde, mit der geschichtlichen Tradition Europas, dass wir das fixieren und festlegen für alle Zukunft, dass unsere Rechte und unsere Geschichte sehr wohl eine Rolle spielt.

Und der letzte Punkt ist dann die Ausrichtung, in welche Richtung wir dieses Europa gestalten wollen. Ich glaube, hier ist auch ganz entscheidend, dass wir, gerade wenn es um Besteuerungspolitik geht, nicht nur die österreichische, die oberösterreichische Situation betrachten. Die Globalisierung kann gestaltet werden. Und ich glaube, wir können sie nur dann gestalten, wenn Europa einig hier in den wesentlichen Fragen sich aufstellt. Da geht es natürlich auch bei der Besteuerung darum, wollen wir in Zukunft in erster Linie weiterhin die Leistung besteuern, sodass also unsere Betriebe dann höhere letztlich auch Verkaufspreise bekommen, weniger Löhne bezahlen können, dass die Arbeitslosigkeit steigt? Oder richten wir uns mehr Richtung Verbrauchssteuern aus, dass wir auch Produkte und Dienstleistungen, die außerhalb von Europa kommen, bei uns besteuern und dass die zu unserem Sozialmodell und zu unserer ökologischen Weiterentwicklung ganz einfach auch mitarbeiten müssen?

Das heißt, wie schaffen wir es, unsere Betriebe am globalen Markt zu positionieren, damit bei uns die Arbeitsplätze gesichert bleiben, dass neue entstehen? Und wie schaffen wir es, dass die anderen, die teilweise vergessen haben, und es ist ja eigentlich sehr eigentümlich, dass ein kommunistisches System wie in China völlig auf die Arbeitnehmer vergisst, dass die dort mit einer handvoll Reis pro Jahr noch arbeiten und wir eigentlich die Wohlstandsgesellschaft dieser Welt sind? Also bitte, auch die politischen Systeme haben ihre Vor- und Nachteile und deshalb ist es wichtig, dass wir in Europa zusammenstehen. Danke.

Erste Präsidentin: Danke sehr. Darf ich die Herren Klubobmänner jetzt bitten, beginnend mit Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner, vielleicht auch an 3 Minuten in etwa sich orientierend ihre Schlussworte zu halten.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Ich darf noch einmal zum Kollegen Voggenhuber folgende Einwendungen bringen. Erstens, was ist wichtiger? Rechtsstaatlichkeit oder Mehrheit? Klar ist, dass, wenn nicht alle Staaten den Vertrag unterzeichnet haben, die Verfassung nicht für Europa Gültigkeit hat. Die Mehrheit ist für die Verfassung, die Rechtsstaatlichkeit

widerspricht der Verfassung. Und ich warne nur, eine Verfassung in Kraft zu setzen, die nicht rechtsstaatlich durch die Instanzen gegangen ist.

Punkt 2. Wenn man glaubt, dass durch den Verfassungsvertrag die innerstaatliche Position Österreichs in Europa besser aussehen würde, so trifft das nicht zu, weil einzelne so genannte Rechte, die jetzt der Staat mit Einstimmigkeitsprinzip hat, nachher verloren gegangen wären. Nichts desto trotz bekenne ich mich dazu, dass Europa eine Verfassung genau mit den Zielen, die wir immer hier definieren, natürlich braucht und es notwendig sein wird, eine Verfassung, die von den Menschen akzeptiert wird, zu finden und zu suchen. Da ist der Prozess ein längerer. Aber ich glaube, dass also, um eine Verfassung auch zu leben, die Menschen das Gefühl brauchen, dass positive Gestaltungseffekte der europäischen Union wirklich für die Menschen spürbar werden.

Ich bitte in der zukünftigen Diskussion, ob sie jetzt hier ist oder wo anders, wir kommen wieder zurück auf die Diskussion des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union. Es geht nicht um den Rückfall ins 19. Jahrhundert, sondern dann, wenn Sorgen artikuliert werden, etwa die Harmonisierung im Sozialbereich, so müssen wir schon auf der Hut sein, dass eine Harmonisierung nicht auf Kosten unserer Sozialstandards erfolgt. Wünschenswert ist es, dass alle dort hinkommen, wo wir jetzt sind und wir dort verbessern, wo wir einen Nachholbedarf haben. Aber Harmonisierung bis jetzt auf europäischer Ebene hat eher eine Verschlechterung in manchen Bereichen bewirkt. Ich denke, dass wir nicht auf unsere Sozialstandards für unsere Menschen verzichten wollen. Und eine kritische Anmerkung ist kein Rückfall ins 19. Jahrhundert, sondern Sorge, wie es im nächsten Jahrhundert für Europa und Österreich aussieht.

Abg. Trübswasser: Ich denke, der Verlauf dieser Diskussion hat gezeigt, dass es notwendig wäre und ich es für sinnvoll fände, wenn nicht nur jährlich solche Enqueten stattfinden oder nur jährlich ein Auseinandersetzen, ein innerösterreichisches Auseinandersetzen mit Europapolitik stattfinden würde, weil ich glaube, dass wir auch in vielen Bereichen, in vielen Standpunkten auch eine gemeinsame Sprache finden müssen. Wenn es eine kleine Kritik an dem heutigen Tag geben darf, so die, dass wir uns wahrscheinlich auf Grund der Fülle der Themen, die anstehen, weil wir so lange nicht über den Bereich gesprochen haben, sehr rasch in eine Diskussion allgemeiner Art gekommen sind. Ich denke, dass wir, wenn wir Stück für Stück die Probleme und Fragen, die auftreten, immer wieder abarbeiten und darüber diskutieren, wir wahrscheinlich auch dann mehr auf die einzelnen Probleme unsere Beiträge fokussieren können.

Ich möchte auf ein paar wenige Dinge hinweisen. Das Subsidiaritätsprinzip, ja, es ist mir auch sehr wichtig, weil es ganz einfach zusammenhängt mit dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen oder kleiner Gruppen, von Gemeinden. Aber genauso wichtig ist die Erkenntnis oder die Antwort auf die Frage, gibt es nicht größere, höhere Ebenen, die etwas besser regeln können und auch dort etwas zu regeln, wo die Kompetenz gegeben ist, wo garantiert ist, dass auch die entsprechende Wirkung erzielt wird? Ich sage nur das Beispiel Umweltstandards, das wurde schon angeführt, auch die Sozialstandards, auch eine Harmonisierung oder zumindest nach unten eine Begrenzung der europäischen Steuerpolitik.

Für mich ist es ganz wichtig, dass zum Beispiel Fragen Minderheitenrechte, dass der Kampf gegen Diskriminierungen und Rassismus auf europäischer Ebene geführt werden. Das sind auch Fragen, die kann ich nicht in der Gemeindeautonomie lösen, das kann ich nicht quasi in einem sehr begrenzten Raum lösen. Für mich sind einige Fragen offen geblieben heute. Es

wurde immer wieder gesprochen von der Intensivierung des Dialogs, der Verfassungsvertrag muss den Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden. Es wird an uns liegen, diesen Dialog zu institutionalisieren. Wenn das nicht passiert, dann wird sich das immer wieder auf Ereignisse, auf Begegnungen wie heute, auf Enqueten beschränken. Und jedes Mal wird man von vorne anfangen und beklagen, dass der Dialog nicht zu einem Ziel führt. Ich glaube, diese Institutionalisierung, die Verbindung, die Verlinkung der Menschen in den Mitgliedsstaaten mit dem Europäischen Parlament ist notwendig.

Die nächste Frage, die offen geblieben ist, die wir klären müssen ist, welche Instrumente stehen den Regionen zur Verfügung um sich einzubringen, politisch mitbestimmen zu können? Das ist, glaube ich, eine wichtige Frage. Oberösterreich hat im Bereich der Gentechnik versucht, ich glaube, sehr erfolgreich versucht, ein überregionales Netzwerk zu schaffen, um eine bessere Stimme in Europa zu haben. Auch solche Modelle sind ganz, ganz wichtig.

Abschließend möchte ich sagen, dieses Europa, wenn ich dem Kollegen Rübiger in einem Punkt widersprechen darf, ich würde das Wort Schicksal nicht so sehr betonen. Wir sind Politiker und als Politiker habe ich den festen Glauben als Optimist, dass ich mit meiner Politik etwas bewirke. Schicksal ist für mich die Frage, ob der Hurrikan an der Stelle von Galveston oder New Orleans das Festland betreten wird. Da kann man dagegen nichts tun. Aber Schicksal ist etwas, was ich im politischen Leben nicht gerne habe. Ich weiß schon, wie Sie es gemeint haben, und es ist auch richtig, dass das Schicksal den Verfassungsvertrag betrifft. Aber was mit ihm passiert, das liegt in unserer Hand, auch in unserer Hand, wenn sie auch vielleicht manchmal nicht zu schwach scheint, aber das stimmt nicht. Ich glaube, dass wir unsere Stimme erheben können, dass wir uns einbringen können und dass wir sehr wohl das Schicksal des Verfassungsvertrages bestimmen können.

Ich würde mir wünschen, dass die Skepsis nicht in Euphorie umschlägt, aber in ein gesundes Engagement. Dass man diese Skepsis dazu benützt um nicht Ängste zu befriedigen, sondern ganz einfach zum Motivieren sich in Europa einzubringen, auch als Landtag, auch als Landtagsabgeordneter.

Erste Präsidentin: Danke, Herr Klubobmann Trübinger. Bitte, Herr Klubobmann Dr. Fraiss.

Abg. Dr. Fraiss: Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass wir manches in der Diskussion neu regeln müssen. Das eine, Herr Kollege Voggenhuber, glaube ich, ist ein Grundprinzip, dass wir uns davon lösen müssen, ein eigenes soziales Verständnis unter Umständen dadurch zu erschüttern, dass es irgend jemanden gibt, der eine andere Meinung hat, auch wenn es in der eigenen Partei ist. Es wurde bereits angesprochen, es gibt auch hier Unterschiede, wie in allen Fraktionen. Ich glaube, der Denkansatz muss an sich sein, in welcher Art und Weise können wir soziale Vorsorge machen, denn nur das ist das, was wir dem Bürger geben können unabhängig davon, welche institutionellen Antworten unter Umständen von irgendwo gegeben werden.

Tatsache ist für mich, dass wir mehrere Punkte zu beachten haben. Wir werden meines Erachtens sehr wohl darauf achten müssen, dass das Zusammenwachsen Europas auch Zeit braucht. Ich halte es an sich auch hier für einen Denkfehler zu glauben, mit institutionellen Vorgaben letztendlich auch den Faktor Zeit auszuschalten. Auch das werden die Bürger nicht verstehen. Zusammenwachsen heißt, sich gegenseitig kennen lernen, aufeinander einzugehen, die entsprechenden Verständnisse zu entwickeln.

Zweiter Punkt: Ich erwarte Antworten von Europa darauf, wie es funktionieren soll, wenn Großteile unserer Produktion in Billigländer ausgelagert werden? Und wie reagiert der Wirtschaftsraum Europa auf diese Problematik? Ich erwarte eine Antwort, die gemeinsam zu erarbeiten ist, wir drücken uns nicht davor, und die im Landtag wissen es, die Frage der Daseinsvorsorge ist sehr wohl intensiv zu behandeln, denn die Daseinsvorsorge ist ein Bereich, der nicht zum neuen Felde jetzt sage ich einmal, weil andere Produktionsfelder weggekommen sind, praktisch wirtschaftlichen Bereichen unterworfen werden soll. Versorgung, Vorsorge ist anders zu bewerten als ein üblicher Wirtschaftsbetrieb.

Der dritte Bereich, die Dienstleistungsrichtlinie. Kollege Rübiger, da muss ich einen satten Widerspruch jetzt einbringen. Der Unterschied besteht einfach darin, dass wir bei unterschiedlichen Standards die Problematik sehen. Wenn ich Bayern und Oberösterreich vergleiche, dann ist das der schlechteste Vergleich ja überhaupt, denn hier haben wir sehr, sehr ähnliche verwandte Standards. Und da bin ich ja völlig der Meinung, dass wir eigentlich überhaupt kein Herkunftslandprinzip mehr brauchen, denn da sollen im Grunde alle Barrieren wegfallen. Das Problem ist ja letztendlich die zweite Frage, von welcher Seite gehen wir das letztendlich an. Von der Seite an, dass wir Lohndumping, letztendlich den Zwang zum Lohndumping brauchen, um überhaupt wo anders eine Leistung erbringen zu können, oder ist es unser europäisches Ansinnen zu schauen, dass woanders die Leistungen, Gehälter, Einkommen und so weiter auch erhöht werden, denn das ist ja glaube ich das, wo die Annäherung in Europa stattfinden sollte. Entweder Preisdumping oder Sozialdumping oder eher der Zwang zu höheren Preisen. Das ist die Auseinandersetzung, wo wir halt zu höheren Einkommen und so weiter stehen, weil wir glauben, dass damit die Sozialstandards rascher angeglichen werden können.

Wir werden uns um eine Frage nicht herumdrücken können, auch wenn zwischen Neoliberalismus und zwischen anderen Bereichen heftig diskutiert wird. Aber es gibt eine Verfassung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die niemals festgeschrieben wurde, die niemals abgestimmt wurde, das ist das neoliberale Washington-Abkommen. Hier legt man im Grund eigentlich die große Weltpolitik der Wirtschaft fest, ob das die WTO-Entscheidungen sind, ob das die Weltbankentscheidungen sind, ob das die EWF-Entscheidungen sind.

Und es ist zu wenig, wenn sich Europa darauf einlässt zu sagen, wir haben halt dann im Sinne dieser Liberalisierungsschritte die von dort, von WTO und so weiter, vorgegeben werden, einfach still und brav ja zu sagen. Hier hat dieser europäische Binnenmarkt, dieser europäische Markt in Summe seine Entscheidungen zu treffen, seine Entscheidungen vorzugeben, damit die Menschen ein Gefühl kriegen, das der Sicherheit und das der Verlässlichkeit und das der Nachhaltigkeit. Wenn das als Ergebnis herauskommt, da bin ich überzeugt, wird die Verfassung, zu der ich mich in einer Form bekenne, das muss nicht diese Form sein aber in einer Form. Ich halte alle demokratischen Schritte, die darin verankert sind, für zwingend notwendig. Es gibt viele Punkte die noch exakter ausformuliert werden könnten. Aber das scheint mir der Denkansatz und der Weg zu sein, dass auch die Menschen mit Mehrheit eine solche Verfassung und das Europa gemeinsam tragen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke vielmals Herr Klubobmann Dr. Fraiss. Bevor ich nun Herrn Klubobmann Mag. Strugl bitte, darf ich Sie einladen mit mir zu begrüßen die Frau Kommissarin für Außenbeziehungen und EU-Nachbarschaftspolitik, Frau Dr. Benita Ferrero-Waldner. (Beifall) Frau Kommissarin! Das ist der Ausschuss für EU-Angelegenheiten des Oberösterreichischen Landtages und Gäste, die wir dazu eingeladen haben, und wir sind in

der Diskussion so weit, dass die EU-Abgeordneten mehrere Statements abgegeben haben, dass wir im Plenum diskutiert haben, dass wir jetzt die Reihe der Klubobmänner im zweiten Durchgang noch haben. Dann würde ich dich bitten zu uns zu sprechen und wir sehen wie es uns dann mit der Zeit geht. Um 13 Uhr haben wir uns vorgenommen diese Enquete zu beenden. Mit der Frau Kommissarin begrüße ich Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer ebenfalls sehr herzlich. (Beifall) Ich hoffe, dass wir auch die etwas fehlenden heimatischen Gefühle des Salzburger Voggenhuber damit um Wesentliches gehoben haben. Bitte Herr Klubobmann Mag. Strugl!

Abg. Mag. Strugl: Ja ich möchte auf zwei Aspekte eingehen. Das eine ist die Frage des Kompetenzaufbaus, weil das glaube ich eine entscheidende Frage ist. Es wurde das Subsidiaritätsprinzip jetzt auch in den Wortmeldungen mehrfach angesprochen. Ich habe es auch eingangs erwähnt. Für mich ist es ein Prinzip, weil Sie gesagt haben Herr Abg. Voggenhuber, wenn man es sozusagen von der katholischen Wurzel her versteht, ich sehe es so, dass wir es als Prinzip unserer Politik erachten aber nicht als Selbstzweck. Das heißt, wir messen das an den Zielsetzungen, die wir damit verfolgen. Das ist doch das Entscheidende, wenn wir sagen, es soll die untere Ebene das lösen, wenn sie dazu in der Lage ist.

Und diese gemeinsamen Ziele, die sind dann letztlich der Gradmesser. Warum gibt es denn das Unbehagen? Weil halt doch manchmal einem das Gefühl beschleicht, dass auch Europa manchmal mit Kanonen auf Spatzen schießt, wenn es darum geht Sachverhalte zu regeln. Das ist doch jetzt sehr vereinfacht gesagt auch die Befindlichkeit beim Bürger in manchen Bereichen. Und deswegen bekennen wir uns auch als Vorkämpfer für starke Regionen in diesem gemeinsamen Europa. Das hat nichts mit Kleinstaaterei zu tun, das hat damit zu tun, dass wir ganz einfach haben wollen, dass diese Regionen Platz haben unter diesem gemeinsamen Schirm Europa. Und das ist für mich auch der Grund, warum wir diese Verfassung brauchen, weil der Geist dieser Verfassung diese Regionen, meiner Meinung nach, auch stärkt.

Zur Frau Abgeordneten Berger möchte ich sagen. Erstens einmal, ich finde das auch, es ist zwar eine Kleinigkeit, es hat aber eine große Symbolik, ich würde mir auch wünschen, dass so wie in anderen Staaten, beispielsweise dort wo Europa wesentliche Projekte mitfinanziert, das auch sichtbar gemacht wird. Wenn Sie sich heute in Portugal größere Bauwerke anschauen, dann werden Sie dort überall eine Tafel finden wo die EU kofinanziert hat und das auch entsprechend sichtbar gemacht wird. Das glaube ich würde auch dem Bürger öfter zeigen, dass gerade auch die EU einiges leistet in den Staaten, wenn es um wesentliche Projekte geht.

Aber wesentlicher für mich ist die Frage, brauchen wir mehr oder weniger Europa, so wie Sie das formuliert haben. Ich glaube es ist gar nicht so sehr das Problem, dass wir darüber diskutieren müssen, was gehört auf welcher Ebene geregelt. Es geht eher darum, dass es getan wird und dass es wahrgenommen wird, dass, wenn wir hier einen Kompetenztatbestand haben, dass der hier auch ausgefüllt wird.

Es hat einmal ein jetziger Abgeordneter ein Buch geschrieben, das heißt "Die Globalisierungsfalle". Er ist nicht bei meiner Fraktion. Aber er hat in diesem Buch wenigstens eine richtige Analyse, meiner Meinung nach, auch aufgestellt, er hat Europa oder das gemeinsame Europa als eine Antwort auf die Globalisierung gesehen. Das kann man jetzt einmal glaube ich unterschreiben. Das Problem ist aber, was hat eigentlich letztlich Europa wirklich getan in diesem Zusammenhang? Was ist denn wirklich die Antwort? Es wurde

gesagt, es gibt keine gemeinsame Wirtschaftspolitik und ich glaube diese Analyse, die kann man teilen. Wir haben eine gemeinsame Währung. Aber darüber hinaus eigentlich wenig, was eine geeinte europäische Strategie ist gegen die Globalisierung. Wenn Sie heute auf einer amerikanischen Universität mit Professoren diskutieren, was die einzelnen Strategien in den großen Wirtschaftsmächten ausmacht, dann kann man das beantworten für den amerikanischen Raum, dann kann man das beantworten für den asiatischen Raum, und wenn Sie über Europa reden, dann ist auf dem Chart ein großes Fragezeichen. Da steht dann darunter, Festung Europa. Und eigentlich kann man nicht sagen, was macht denn diese europäische Wirtschaftsstrategie aus. Und das glaube ich ist ein Schwachpunkt, den man in dem Zusammenhang noch lösen muss.

Wenn wir hier von Steuerdumping reden, dann muss ich sagen, ich persönlich bin durchaus für eine Korridorlösung. Ich weiß es gibt auch andere Meinungen, auch in meiner Partei. Aber ich persönlich glaube, dass das Sinn macht. Wenn Sie heute in der Slowakei mit einem Finanzminister diskutieren, dann wird er Ihnen bestätigen, dass sie trotz Flat Tax dort höhere Steuereinnahmen haben. Also ganz so einfach ist es nicht zu sagen, mit der Flat Tax kommt weniger Geld in den Staatssäckel und dann kann man die sozialen Systeme nicht finanzieren. Das stimmt nicht. Das Problem für uns ist, dass letztlich das auch EU-finanziert wird, wenn hier mit niedrigen Steuerraten Betriebe angelockt werden und das sozusagen auch noch mit dem Geld der Nettozahler. Ist jetzt ein bisschen polemisch gesagt. Aber wenn man es ganz vereinfacht herunterbricht, dann könnte man auf das kommen.

Also wir werden in eine Situation kommen, und da gebe ich auch Karl Frais Recht, wir haben Produktionen, die werden in Billiglohnländern stattfinden. Und wir werden diesen Wettbewerb niemals gewinnen. Wir können den Kostenwettbewerb in Europa nicht gewinnen, wenn wir haben wollen, dass wir unsere Lohnniveaus halten können. Und das wollen alle. Aber was wir gewinnen müssen, das ist der Wertschöpfungswettbewerb. Wir müssen in der Wertschöpfungskette uns hocharbeiten und nur so können wir, und das ist für mich auch eine Antwort jetzt auf die Globalisierung, wenn wir das schaffen, europäisch, gemeinsam, dann hat auch Europa als Wirtschaftsregion eine entsprechende gute Ausgangsposition in einem globalisierten Wettbewerb. Denn die Globalisierung können wir, ob es uns nun gefällt oder nicht, wir können sie nicht wegdiskutieren, sondern wir brauchen eine Antwort darauf in Form einer entsprechenden Strategie. Das wäre meiner Meinung nach auch eine Antwort und auch eine Strategie, um nicht nur einen Staat wie Österreich, sondern die EU in diesem gesamten Kontext auch stark zu machen und stark zu erhalten.

Und noch einmal, dieser Verfassungsvertrag bietet eine Menge Chancen für eine solche gemeinschaftliche Politik und Strategie. Und es wäre sehr, sehr schade, wenn man diese Chance vergeben würde. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke vielmals Herr Klubobmann Mag. Strugl. Darf ich jetzt dich liebe Frau Kommissarin um deine Ausführungen bitten.

Kommissarin **Dr. Benita Ferrero-Waldner:** Hohes Präsidium, werte Klobobleute, liebe Europaparlamentarier, hoher Landtag! Es ist mir eine ganz besondere Freude und Ehre heute hier zu sein. Ich habe mir vorgenommen als Kommissarin für Außenbeziehungen, aber selbstverständlich immer eine Kommissarin aus Österreich, Bundesländertage zu machen und habe einen schon absolviert, der zweite ist jetzt in Oberösterreich. Ich freue mich ganz besonders hier zu sein und gleich in diese Debatte mit einzugehen. Ich hätte auch von dort aus gesprochen aber höre, dass das Mikrofon, vor allem das des ORF hier ist, daher habe ich auch das sehr gerne wahrgenommen.

Verehrte Damen und Herren! Ich glaube Sie sind in einer interessanten Debatte. Ich habe zwar nicht alles gehört. Ich habe aber schon ein bisschen verstanden, was alles angesprochen wurde und würde gerne gleich da einsteigen. Natürlich befinden wir uns nach den Verfassungsreferenden, die negativ ausgegangen sind in Frankreich und in Holland, das muss man schon ganz klar sagen, in einer nicht einfachen Situation. Ich würde sagen, es ist eine gewisse Vertrauens- aber es ist auch eine gewisse Sinnkrise der Europäischen Union. Und es ist mehr als über den Verfassungstext, über den Kontext abgestimmt worden, und zwar über eine gewisse Befindlichkeit, die in Europa, und zwar in diesen beiden Ländern, besonders ein Kristallisationspunkt war, aber die vielleicht in vielen anderen Ländern auch gegeben ist.

Sie wissen auch, es wurden Untersuchungen angestellt, hier waren viele Punkte ausschlaggebend. Aber genau das ist es was wir ansprechen müssen. Ich glaube es ist keine existentielle Krise der Europäischen Union, denn die Europäische Union wird deswegen auch nicht untergehen. Wir haben ja auch Verträge auf Grund derer wir arbeiten. Aber wir haben diesen Zusatzschritt, den die Verfassung bedeutet hätte, auch an, ich habe es gerade gelesen, mehr Demokratisierung, an mehr Kohärenz im Augenblick noch nicht geschafft.

Nun wir haben gesagt, wir wollen deshalb momentan in eine Reflexionsphase, nicht in eine Pause verehrte Damen und Herren, sondern in eine Reflexionsphase eintreten, die aber keineswegs eine Politikpause sein soll. Und wir, die Kommission, haben uns hier als eigentlicher Motor, als Initiativengeber auch berufen gefühlt und wir wurden auch vom Europäischen Rat aufgefordert, als einer der Ideengeber da zu sein, wie man aus dieser Krise wieder herauskommt und was notwendig ist.

Lassen Sie mich zuerst drei Punkte sagen, wie ich glaube, was wir generell machen müssen. Erstens, die große Frage ist oder welche Fragestellungen da sind. Wie machen wir die EU tatsächlich effizienter und wirksamer und ich komme darauf, wie machen wir sie transparenter, dieses Europa der Bürger, das ja mit der Verfassung zumindest einen großen Schritt weiter gegangen wäre. Und gerade das ist eigentlich abgelehnt worden, weil viele Menschen die Verfassung eben benützt haben, um nein zu sagen zu vielen anderen Dingen, die ihnen im Augenblick nicht recht sind. Und schließlich, und das ist jetzt der Punkt, den wir als Kommission derzeit ansprechen, wie können wir inhaltlich die Dinge in Europa aufgreifen, die die Europäische Union stärker machen. Und ich glaube, das ist das Wesentliche. Hier brauchen wir, meiner Ansicht nach, ein Europa der Visionen und ein Europa der Inhalte.

Und verehrte Damen und Herren! Ich möchte hier fünf Punkte ansprechen, die für mich sehr wichtig sind. Das eine ist die Besinnung auf unsere Fundamente in Europa. Das ist glaube ich ganz wesentlich. Auch wenn es heute nicht mehr, darf ich sagen, sexy ist. Trotzdem ist sehr wichtig zu überlegen, warum gibt es überhaupt Europa. Und das sind schon die Rechtsstaatlichkeit, die Demokratie, die Möglichkeit unseres ökosozialen marktwirtschaftlichen Systems, also Sozialmodell, Gesellschaftsmodell Europa, eine echte Wertedebatte und die Wertegrundlage. Das ist es glaube ich, was wir als europäisches Modell verstehen. Und das ist, was wir auch versuchen hinauszutragen. Zum Beispiel ich in meiner Funktion eben als Außenkommissarin aber auch als Kommissarin, gerade für die Nachbarschaftspolitik, wo wir ganz besonders uns bemühen, sozusagen diese Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung auch voranzutreiben. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Die Form der Europäischen Union. Ich glaube man sollte keine falschen Gegensätze herbeireden, die immer wieder kommen. Man sagt Bundesstaat gegen Staatenbund. Sie wissen, wir sind eine eigene Konstruktion, sui generis. Es sind Elemente da von der Staatlichkeit, von der Bundesstaatlichkeit, es sind natürlich aber auch sehr viel Elemente aus der Nationalstaatlichkeit da.

Ich würde sagen, wir sind ein Musterprojekt gebündelter Souveränität, und zwar aus freiwilliger Form heraus. Wir haben uns selber dazu bereit erklärt. Natürlich ist dieser Prozess ein langsamer. Alles was du freiwillig machst, wenn du freiwillig Souveränität abgeben musst, dann wirst du wahrscheinlich nicht so selbstverständlich Dinge abgeben. Das ist vielleicht auch ein bisschen immer das Dilemma, das da ist. Was aber notwendig ist, meiner Ansicht nach, für die Form Europas ist nicht weniger Europa, sondern ein besseres, ein kohärenteres Europa. Und das ist ja auch bei der letzten Wortmeldung, die ich gerade mitgehört habe, angekommen. Ich komme noch darauf.

Drittens die Finalität, die Ziele Europas: Was müssen wir als Ziele ansehen? Meiner Ansicht nach zwei wesentliche Pfeiler. Auf der einen Seite die Modernisierung der Wirtschaft. Gleichzeitig aber immer mitdenkend das europäische Gesellschaftsmodell, das heißt es muss ein sozioökonomischer Ansatz sein. Was heißt das? Wettbewerbsfähigkeit müssen wir stärken. Nur so können wir Wachstum stärken. Das heißt auch eine stärkere Flexibilisierung bei den Fragen der Arbeitsplätze. Wir in Österreich stehen ja gar nicht schlecht da im Verhältnis zu vielen anderen. Auch einige skandinavische Länder sind hier in Europa Vorreiter. Aber wir müssen uns selbstverständlich dieser Herausforderung stellen. Herausforderung gegenüber den Amerikanern, dem amerikanischen Modell aber auch anderen Modellen, wobei es meiner Ansicht nach auch ein direkt asiatisches Modell nicht gibt, denn auch dort ist ja ein voller Wettbewerb im Gange. Es gibt ein chinesisches, es gibt ein indisches und es gibt ein Modell in anderen Ländern. Aber es ist richtig, dass sie natürlich nicht alle dieses Rechtssystem haben, dass sie nicht auf die ILO eingehen, um nur einige Beispiele zu nennen. Und ich sage, das Wichtigste ist, meiner Ansicht nach, zu sehen, wie können wir Europa in der Zukunft besser positionieren, in diesem Wettbewerb der einfach da ist, es ist ein globaler Wettbewerb, es ist ein Weltwettbewerb.

Vielleicht die die sich erinnern, als ich eintrat als damalige Staatssekretärin im Jahre 1995, der damalige Außenminister und Vizekanzler Schüssel hat gesagt, du such dir aus wo du glaubst, wo du ansetzen kannst. Und das war für mich die Globalisierung der österreichischen Außenpolitik. Manche werden sich noch daran erinnern. Damals haben viele nicht gewusst was ich damit meine. Ich glaube heute wissen es alle. Und es freut mich, dass ich sozusagen in dieser Aufgabe wachsen durfte, denn es ist genau das heute die Herausforderung Europas. Wir müssen uns dem stellen. Die Globalisierung geschieht, und das ist ja auch schon gesagt worden, ob wir nun das wollen oder nicht. So ist es. Sie wissen, dass heute die Informationen enorm schnell, ich will nicht sagen sekundenschnell, aber sehr schnell unterwegs sind, dass man jene Aussage, die man haben will, auf der anderen Seite des Planeten findet, dass man sich auch im Wettbewerb eben allem stellen muss, der amerikanischen Wirtschaft, aber genauso der asiatischen und allen anderen Herausforderungen. Aus diesem Grund ist es wichtig, Innovation, Bildung und ich würde sagen Forschung voranzutreiben. Warum? Weil wir das bestmögliche Humankapital haben müssen. Ich komme gerade unter anderem von Indien zurück, beim EU-Indien-Gipfel, wo uns der indische Premierminister sehr stolz gesagt hat, dass bald, ich habe jetzt die Jahreszahl vergessen, war es 2030 oder früher, Indien erstens bewusst das bevölkerungsreichste Land der Welt sein wird, nicht China, Indien, weil China ja eben diese Ein-Kind-Politik für lange Zeit eben vertreten hat und vielleicht immer noch vertritt. Zweitens,

dass sie pro Jahr einen Ausstoß, wenn ich so sagen darf, an Diplomingenieuren hat, 300.000 Diplomingenieure pro Jahr und 300.000 kleine Ingenieure, um die alte österreichische Terminologie zu sagen, das heißt 600.000 Ingenieure plus ein ganz besonderes Steckenpferd, aber auch etwas, wo sie wirklich inzwischen Know-how haben, ist die ganze Computertechnologie. Das heißt, hier wird ein Know-how da sein, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Aber wir sollten auch nicht Angst davor haben, sondern wir sollten dem unser europäisches Gesellschaftsmodell entgegenstellen, aber gleichzeitig müssen wir es verbessern, modernisieren und reformieren und keine Angst auch vor der Reform haben.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir alte Mitgliedstaaten, und wir gehören heute schon zu den alten Mitgliedstaaten, das besonders in den Vordergrund stellen. Daher freue ich mich auch, Herr Landeshauptmann, heute Abend bei der Verleihung des Zukunftspreises sein zu dürfen. Das ist eine Investition in die besten Köpfe und das ist genau heute notwendig. Wir müssen das eben als die positive Chance ansehen. Und tatsächlich, ich stimme dem zu, ich habe nicht gewusst, dass der Martin das in der Globalisierungsfalle auch geschrieben hat, ich habe es damals nicht im Detail gelesen, dass tatsächlich die Europäische Union für uns sicher die Antwort auf die Globalisierung ist. Denn nur durch den Zusammenschluss wird man stärker. Dasselbe, was man überall praktiziert hat, ist auch hier so. Und dieser Zusammenschluss heißt natürlich, dass wir noch kohärenter werden müssen.

Ich muss Ihnen sagen, ich sehe das als Außenkommissarin, dass wir in vielen Bereichen in der Außenpolitik, auch wenn wir sie nicht offiziell noch haben, diesen Zusammengang, wie wir das eigentlich wollten in der Verfassung, sehr kohärent vorgehen, weil wir alle erkannt haben, nur so können wir eigentlich besser sein und eben diesen Herausforderungen uns stellen. Manchmal gelingt es nicht, der Irak war ein Beispiel dafür. Der Iran ist nicht einfach, obwohl derzeit die EU hier ziemlich geschlossen auftritt. Aber ich sage nur, das sind so die Schwierigkeiten. Aber gleichzeitig in vielen anderen Fragen gibt es manchmal auch den kleinsten gemeinsamen Nenner, aber es gibt ihn. Und es gibt dann eine Erklärung, und wenn man diese Erklärungen des Rates der Außenminister oder des Europäischen Rates anschaut, da ist ja jedes Wort sehr bedeutend, wie Sie wissen, und jedes Wort wird dann natürlich interpretiert. Aber das ist die gemeinsame Position. Und das sehe ich auch wie gesagt in meiner Tätigkeit, wo ich hauptsächlich eben mit dem Ausland außerhalb der Union zu tun habe. Ich bin sehr viel in Washington, in New York, jetzt in Indien, hätte in China sein sollen beim Gipfel, war stattdessen in Afghanistan, weil dort die wichtigen Wahlen waren, wo wir als Europäische Union ja auch sehr, sehr viel geben und gerade die Kommission hier einer der Hauptspender ist. Oder es geht weiter, der ganze Nahostbereich oder eben die Nachbarschaftspolitik, die mir natürlich auch sehr, sehr wichtig ist, das heißt Ukraine, Moldawien, Weißrussland, das heißt der ganze Mittelmeerbereich, wo es die große Barcelona-Konferenz geben wird. Also nur um ein paar Stichworte zu sagen bitte, ich bin natürlich in der Diskussion dann auch offen.

Mein vierter Punkt: Was ist notwendig? Ich glaube, es ist notwendig eine gewisse Konsolidierung der Europäischen Union. Ich meine hier die Erweiterung. Wir haben eine große Erweiterung durchgeführt und Sie wissen, ich war eine ihrer ersten Verteidigerinnen. Ich bin froh und freue mich, dass es so gut gelaufen ist, und gerade für Sie hier in Oberösterreich ist es ja so wichtig, endlich diese Gemeinsamkeit zu haben. Ich glaube, Karl Doutlik, der hier sitzt, der ist der Leiter der österreichischen Kommissionsaußenstelle, der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien, hat den Nachbarschaftsvertrag, das Grenzabkommen mit Tschechien im Touristikbereich, kleine Grenzübergänge, mit unterschrieben und das hat gezeigt, wie wichtig das geworden ist. Gott sei Dank haben wir

das aufbrechen können. Aber das war ein ganz wichtiger Schritt und ich meine, jetzt sollten wir ein bisschen Zeit nehmen, das zu verdauen. Und zwar nicht nur wir Österreicher, sondern alle. Natürlich steht Bulgarien, Rumänien vor der Tür, das haben wir ausverhandelt, dem wird sich niemand entgegenstellen, das ist überall abgesehnet, da geht es nur darum, ist es 2007 oder 2008, da hängt es von der Rechtsumsetzung ab. Aber generell glaube ich, sollten wir uns etwas mehr Zeit nehmen. In der Politik ist auch der Zeitfaktor, das habe ich inzwischen auch gelernt, ein ganz, ganz wesentlicher. Und ich glaube, das sollten wir immer wieder sehen und das gilt für alle anderen Länder, die hier am Horizont stehen oder die direkt im Augenblick natürlich angesprochen sind, 3. Oktober Türkei.

Es ist interessant, dass man hier ein Dilemma sieht. Das Dilemma ist zwischen der Außenwirkung der Europäischen Union und der Innenwirkung. Außenwirkung ist, wir sind ein Magnet geworden. Alle möchten in die Europäische Union. Wenn ich sage alle, meine ich nicht nur den Balkan, die Türkei, ich meine auch die Nachbarstaaten Ukraine, Moldawien, noch nicht Weißrussland, mit diesem Regime wird das wohl schwierig sein. Aber Kaukasus zum Beispiel, auch die sprechen sich schon als die nächsten Staaten an. Nur wir müssen auch sehen, wie ist die Innenwirkung und was wollen wir im Inneren. Ich glaube, es ist notwendig, eine Konsolidierung herbeizuführen, also eben langsam, wie ich sage, verdauen, wirklich wissen, was das heißt, miteinander arbeiten. Und deshalb ist gerade diese Nachbarschaftspolitik so wichtig geworden. Daher freue ich mich, dass ich besonders dafür zuständig bin, also das ist eine zusätzliche besondere Zuständigkeit, und ich halte es deshalb für so wichtig, weil wir trotzdem die Chance haben, dass diese Länder, eben ich sage es noch einmal, das ist Ukraine, Moldawien, Weißrussland, die drei Kaukasusländer neu dazukommen plus der ganze Bereich der südlichen Mittelmeerländer, weil wir die heranführen können an die Europäische Union. Das heißt nicht, dass sie Mitglieder werden, sondern es heißt ein Heranführen, das heißt ein langsames Öffnen unserer Binnenmarktgrenzen, dort wo es geht, manchmal um sehr verschiedene Politiken, sei es Erziehungspolitik, sei es Transport, sei es Energiepolitik, aber dafür auch ein Anstreben dessen, dass diese Länder unsere Fundamente übernehmen, was ich am Anfang gesagt habe, unsere Basiswerte. Das braucht Zeit, das geht nicht so von heute auf morgen. Aber wir haben einen Stimulus dabei. Je mehr hier übernommen wird, desto mehr können diese Länder mit uns zusammenarbeiten. Ich glaube, es ist die richtige Politik, die wir in diesem Moment führen müssen.

Schließlich mein letzter Punkt: Kommunikation. Gute europäische Politik muss natürlich auch kommuniziert werden. Nun weiß ich, dass das kein einfacher Punkt ist, das ist dann sozusagen als das Hauptrezept am Anfang dagestanden, was kann man machen, um sozusagen die Verfassung auch überall wirklich zu einem positiven Ja zu bringen. Ich glaube nicht, dass es der einzige Punkt sein kann, sondern ich glaube vorher, neben dieser Debatte D, wie wir gesagt haben, Plan D, Debatte, Dialog, Diskussion, habe ich immer gesagt muss es einen Plan S geben für Substanz, Strategie, also das was ich vorher gesagt habe. Inhalte sind meiner Ansicht nach noch wichtiger. Denn ein gutes Produkt kannst du auch besser verkaufen. Nun wie können wir meiner Ansicht nach auch diese Strategie tatsächlich mehr unter die Bevölkerung bringen, auch mehr Interesse wecken? Erstens, indem wir alle bereit sind, immer wieder uns diesem Thema zu stellen und die Fragen aufzugreifen. Wie gesagt, meine Bundesländertage sollen auch dem natürlich Rechnung tragen. Zum Zweiten, indem wir mehr gemeinsam, das sind die EU-Außenminister aber auch wir, mehr die Dinge, die dann beschlossen werden im Rat, aber auch im Europäischen Rat und die natürlich auch vom Parlament im Großteil oft unterstützt werden, wobei das Parlament dann natürlich auch abweichende Meinungen hat in seinen Resolutionen, indem wir das auch gemeinsam kommunizieren. Weil oft ist es so, dass genau jeder das heraushebt, was er als den großen

Sieg ansieht oder die große Niederlage für den anderen. Das ist natürlich keine gute Optik und die Menschen werden nie wissen, wo stehen sie dann eigentlich. Und das halte ich für ein ganz wichtiges Thema und das sollten wir uns anschauen. Und dritter Punkt ist, ich glaube, wir sollten den Menschen zeigen, wo sind sie am meisten durch eine Entscheidung positiv oder auch manchmal negativ betroffen. Sind sie positiv betroffen, werden sich die Menschen darüber freuen, auch da muss man es kommunizieren. Sind sie negativ vorläufig oder kurzfristig davon betroffen, muss man erklären warum, welche Grundsätze stehen dahinter, was kann man tun, um vielleicht Schwierigkeiten einmal auch auszuräumen. Man muss auch zuhören können. Also das sind meine wichtigen Punkte. Ich sage Ihnen, dann bin ich, ich bin eine alte Optimistin immer gewesen, dann bin ich zuversichtlich, dass das möglich ist.

Nun ganz kurz nur noch einen Punkt, ich möchte auf zwei Dinge antworten, die ich gerade gehört habe vom Klubobmann Strugl, das eine ist die Frage der Visibilität, das Sichtbarmachen. Ich bin absolut derselben Meinung, wir müssen das, was wir tun, stärker sichtbar machen und ich finde es schade, ich darf das jetzt so sagen, dass es in Österreich nicht möglich war und noch nicht ist oder nicht überall, ich weiß nicht jeden einzelnen Ort, dass man große Plakate aufstellt oder aufgestellt hätte in der Vergangenheit, wo man gezeigt hat, wo die Europäische Union eingetreten ist. Ich glaube, es wäre wahnsinnig wichtig, und ich verlange das als Strategie jetzt in meiner gesamten Politik, in der Außenpolitik, dort wo ich es einsetzen kann. Das ist nicht einfach, da habe ich jetzt mich mit der Louise Fréchette, der stellvertretenden UNO-Generalsekretärin, getroffen, weil die das in das System der UNO hineinbringt. Was glauben Sie, wie viel wir zum Teil als Kommission mit der UNO zusammen machen? Und was kommt dann heraus? Na die UNO ist dann die große Spenderin. Oder mit der Weltbank, World Bank Trust Fund für Irak zum Beispiel, wo wir den Wiederaufbau vorantreiben, oder in Afghanistan unter anderem. Das akzeptiere ich nicht mehr. Und ich bin sehr hart und sehr klar. Natürlich dauert das seine Zeit, bis das umgesetzt wird, aber dasselbe sehe ich natürlich auch in den Mitgliedstaaten. Es ist schade, die Menschen können gar nicht wissen, dass die EU sehr viel für sie tut. In Spanien, das Land, das ich gute kenne, Sie wissen, weil mein Mann Spanier ist und wo wir im Sommer immer hinfahren, na da sehe ich jedes Mal, wenn eine Straße da ist, heißt es FEDER, das ist der große Fonds, und jedes Mal sage ich zu ihm, das haben wir mitfinanziert. Nicht, da haben wir dann immer so eine kleine Familienkrise, aber er weiß es schon und ich kann nicht aus, ich muss es sagen, weil wir sind Nettozahler und sie sind Nettoempfänger.

Und schließlich wollte ich einen zweiten Punkt ansprechen. Globalisierung ja, aber es gibt keine einheitliche asiatische Strategie zur Globalisierung, sondern es gibt eine chinesische Strategie, es gibt eine indische Strategie, die beiden stehen in schwerem Konkurrenzkampf natürlich, weil sie beide Erste werden wollen. Es gibt selbstverständlich die anderen asiatischen Länder, die genauso wie wir kämpfen und es gibt die Japaner, die ebenfalls mit großer Sorge das beobachten, was China und Indien machen. Das waren nur zwei Kommentare auf die Diskussion. Vielen Dank, verehrte Damen und Herren, es war eine Freude, hier zu sein. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Frau Kommissarin, herzlichen Dank. Du hast gesagt, es war eine Freude hier zu sein. Es war für uns eine Freude, dich hier zu haben und die Abgeordneten zum EU-Parlament hier zu haben. Für uns in Oberösterreich ist das sehr wichtig. Wir betreiben, seit wir Mitglied der Europäischen Union sind, verstärkt, aber auch schon früher, sehr gute Kontakte zu den Brüsseler Stellen. Wir besuchen unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des EU-Ausschusses, Herrn Abgeordneten Schürer, in den letzten Jahren sehr konsequent unsere neuen EU-Mitgliedstaaten. Wir bemühen uns um viele Kontakte, weil wir der festen

Überzeugung sind, nur wenn man sich auch persönlich kennt, nur wenn man auch aus persönlichen Gesprächen um Befindlichkeiten, um Schwierigkeiten, Probleme, aber auch um Vorteile und gute Chancen weiß, kann man letztendlich schneller etwas bewirken, als würde man immer nur quasi die Aktenlage ansehen. Und drum tun wir das auch als ein Land, das selbst ja exportorientiert ist, drum tun wir das als ein Land, das eine gute soziale Basis hat und drum tun wir das auch mit dem Selbstbewusstsein der Ober-Österreicherinnen und Ober-Österreicher, um immer ein kleines Wortspiel hier zu verwenden, mit einer großen kulturellen Tradition, die uns feste Wurzeln gibt und die es möglich macht, dass man durch den festen Bodenstand die Arme weit ausstreckt, um auch das Neue immer hereinzulassen.

In diesem Sinne haben wir uns unsere heutige Enquete zu Fragen der Europäischen Union, insbesondere zur Frage des Verfassungsvertrages und zur sozial- und wirtschaftspolitischen Ausrichtung der EU in der Zukunft verstanden, weil das nicht die Probleme der anderen sind, sondern weil das auch unsere Probleme sind, weil auch wir gefordert sind, Antworten zu geben. Und ich gebe schon zu, es ist bedeutend einfacher, Fragen zu formulieren, als die Antworten auch parat zu haben. Das ist eine schwierige, auch mittel- und längerfristige Angelegenheit, der man sich aber stellen muss und wir sind auch als Landesparlament, als regionales Parlament, sehr, sehr gerne bereit, hier auch uns mehr und verstärkt einzubringen. Ich war selbst ja jetzt 18 Monate Vizepräsidentin des Österreich-Konvents, Frau Dr. Berger und ich, wir haben uns dort oft gesehen, wir wissen also um die Schwierigkeit und die Zähigkeit, die solche Themen, die nicht von vornherein die Menschen zu Begeisterungstürmen hintreiben, die aber in letzter Konsequenz doch sehr wesentlich auch das Leben der Menschen mit betreffen und mit beeinflussen. Und darum sind es die Prozesse, die wir tun müssen.

Es wurden von verschiedenen Seiten heute die griechische Mythologie bemüht. Ich glaube ganz zurecht, Sisyphos. Man könnte es ja vielleicht so interpretieren, dass die Arbeit, die er sich antut, um die Kugel hinaufzurollen, nicht ganz so quasi nicht nur nutzlos die Kugel wieder herunter läuft, sondern dass man es halt als eine unendliche Arbeit interpretiert, die zu tun ist, die nicht immer ganz lustig ist, aber die einfach zu tun ist und der wir uns letztendlich ja auch zu stellen haben. Und der Vergleich mit Atlas, der die Kugel trägt, in dasselbe Symbolbild eigentlich hineinpasst, nämlich dass man auch Kraft und Energie dazu braucht und dass man sich aber letztendlich diese Kraft und diese Energie nicht immer nur von anderen holen kann, sondern dass man die ja auch selber investieren muss.

Vielleicht ist es auch angebracht, um die griechische Mythologie noch einmal zu bemühen, wie ist denn dieses Europa entstanden. Zeus in Form des Stieres und eine sehr heftige Liebesbeziehung zu einer phönizischen Prinzessin hat letztendlich dazu geführt. Und heftige Liebesbeziehungen haben es an sich, nicht ganz friktionslos über die Bühne zu gehen, sondern da muss man sich in vielen Dingen auch zusammenraufen. Das Ergebnis an sich kann sich ja sehen lassen und das soll uns auch wieder die nötige Energie geben, um am gemeinsamen Projekt Europa mitzuarbeiten, konsequent zu arbeiten. Wir wollen es ja alle, wir wollen es aus verschiedenen Gründen heraus, aber da gibt es einen gesellschaftlichen Konsens in wesentlichen Bestandteilen. Und an diesem gesellschaftlichen Konsens glaube ich kann man schon weiterarbeiten. Und da wünsche ich dir, liebe Frau Kommissarin, sehr viel Erfolg, Ihnen, Herr Abgeordneter Voggenhuber, der Sie ja auch diese Arbeit und Aufgabe übertragen bekommen haben, hier wieder neu durchzustarten sozusagen, und ebenso Ihnen, Frau Dr. Berger, und dir, Paul Rübiger, viel Kraft, Energie und Erfolg und versichere Ihnen, dass auch wir im kleinen Oberösterreich, aber wie gesagt, mit dem Selbstbewusstsein eines erfolgreichen Landes ausgestattet, gerne daran mitarbeiten. Vielen Dank, dass Sie hier gewesen sind, danke allen Damen und Herren, die mit ihren Beiträgen

auch zum Gelingen der EU-Enquete beigetragen haben. Ich darf Sie auf die Minute genau in der uns vorgenommenen Zeit schließen. Danke, dass Sie da gewesen sind, stärken Sie sich noch ein wenig draußen und bleiben Sie noch hier. Die EU-Enquete ist geschlossen. (Beifall)

(Ende der Enquete: 13.01 Uhr)